TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

175 45. JAHRGANG 3/2023

Ampel-Koalition:

Planlos in die Zukunft

TOP-INTERVIEW

„Wir nehmen die Sorgen der Unternehmer sehr ernst“

Friedrich Merz MdB

KRANKENHAUSREFORM

Reform ohne Krankenhäuser?

Michael Dieckmann

INDUSTRIESTANDORT

Geschäftsmodell ermöglichen

Dr. Martin Brudermüller

WIRTSCHAFTSRAT Deutschland

VOGELS KLIMACHECK:

WAS IST BESSER – BIOGAS ODER STROM?

„Beides. Da, wo E-Mobilität an ihre Grenzen stößt, gehen die bei Post und DHL noch einen Schritt weiter auf dem Weg zum grünen Konzern. Alternativen wie biogasbetriebene LKW sind dabei superwichtige Bausteine, die schon jetzt im Einsatz sind. **Läuft.**“

GELB IST GRÜN.

Selber checken auf: **VogelCheckt.de**

Deutsche Post

DHL

Foto: Nell Killius

Astrid Hamker
Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Liebe Mitglieder und Freunde des Wirtschaftsrates,

Kürzlich stolperte ich bei der Zeitungslektüre an nur einem Tag über ein paar Nachrichten, die sehr viel über unser Land verraten. Es war der Tag nach der Sommerklausur der Bundesregierung in Meseberg.

Das Positive zuerst: Die Ampel hat die von uns lange geforderten Steuererleichterungen, verbesserte Abschreibungsregelungen und mehr steuerliche Flexibilität für mittelständische Personenunternehmen dank Christian Lindners Hartnäckigkeit auf den Weg gebracht. Das Volumen dieses „Wachstumspakets“ wurde immerhin von sechs auf knapp acht Milliarden Euro erhöht.

„Rechnet man die verschleierten Lasten aus den Sozialversicherungen zu den offen ausgewiesenen Staatsschulden hinzu, kommt man auf die erschreckende Summe von 17,3 Billionen Euro.“

Gleichzeitig war zu lesen: Familienministerin Lisa Paus setzt einen Teil ihrer sogenannten „Kindergrundsicherung“ doch durch, obwohl nicht zu leugnen ist, dass die von Wohlfahrtsverbänden kritisierte erhöhte Kinderarmut durch die Zuwanderung der letzten acht Jahre gespeist ist. Denn unter Deutschen und schon länger hier lebenden Migranten sinkt seit Jahren die Armut konstant, weil immer mehr Eltern in Arbeit gekommen sind. Und hier liegt der Schlüssel: Durch Arbeit und natürlich gute Bildung für bessere Chancen schaffen Menschen den Aufstieg. Immer höhere Transfers, die dazu noch das Abstandsgebot zu regulärer Beschäftigung verletzen, erhöhen kaum die Motivation.

Am gleichen Tag wurde von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bekannt gemacht, dass das „Bürgergeld“ noch einmal um zwölf Prozent erhöht wird und so binnen zwei Jahren um 24 Prozent steigen soll. Und weil die „guten Nachrichten“ noch nicht genug waren, veröffentlichte Professor Bernd Raffelbüschen seine alljährlichen Zahlen zur Gesamtverschuldung einschließlich der Demographielasten aus den Sozialversicherungen, insbesondere den aufgewachsenen Rentenansprüchen. Rechnet man all die verschleierten Lasten zu den offen ausgewiesenen Staatsschulden hinzu, kommt man auf die stolze Summe von 17,3 Billionen Euro. Das ist das Viereinhalbfache der jährlichen Wirtschaftsleistung in Deutschland.

Wir können uns all das nur durch stetes Wirtschaftswachstum leisten. Unser Wirtschafts- und vor allem Industriestandort stand seit der letzten großen Rezession Anfang der 2000er Jahre nicht mehr so unter Druck. Deutschland wird – selbstverschuldet – vor allem durch mangelndes Gegensteuern wieder zum „kranken Mann“ Europas. Da sind die beschlossenen acht Milliarden Euro „Wachstumspaket“ keine ausreichende Antwort.

Wir haben einen eigenen Katalog mit Kernforderungen vorgelegt, der darüber hinausgeht und unser Land fit für die Zukunft macht.

Herzlichst
Ihre Astrid Hamker

Titelbild: AdobeStock©UnitedPhotoStudio

Inhalt

Foto: Tobias Koch

8 TOP-INTERVIEW

„Wir nehmen die Sorgen der Unternehmer sehr ernst“

Exklusiv sprach TREND mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, über den Bundeshaushalt und neue Schulden, das Heizungsgesetz, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes, den Fachkräftemangel und die Bildung von Kindern in Deutschland.

Foto: AUDI AG

10 TITEL

Ampel-Koalition: Planlos in die Zukunft

Deutschland steckt in der Krise, die wirtschaftspolitischen Standortbedingungen müssen grundlegend besser werden. Doch die Ampel-Regierung hat keinen Plan, wie sie die großen Herausforderungen der Gegenwart angehen will. Ihr fehlt ein marktwirtschaftlicher Kompass. Immer wieder zeigt sich: Statt auf marktwirtschaftliche und innovationsfreundliche Lösungen setzt die Ampel auf Gebote, Verbote und damit auf planwirtschaftliche Ansätze – auf Kosten von Wohlstand und Freiheit. Die Soziale Marktwirtschaft gerät in Gefahr.

START

EDITORIAL
3 ▶ Astrid Hamker

AUSSENANSICHT
6 Die industrielle Basis bröckelt
▶ Daniel Goffart

TITEL

AMPEL-KOALITION
10 Planlos in die Zukunft
▶ Peter Hahne

AKTUELL

INTERVIEW
8 „Wir nehmen die Sorgen der Unternehmer sehr ernst“
▶ Friedrich Merz

GEBÄUDEENERGIEGESETZ
18 Das Verfahren ist die Simulation parlamentarischer Demokratie
▶ Dr. Jan-Marco Luczak

KRANKENHAUSREFORM
20 Reform ohne Krankenhäuser
▶ Michael Dieckmann

BUNDESHAUSHALT
22 „Falsch regiert“ – Deutschland braucht die echte Zeitenwende
▶ Dr. Mathias Middelberg MdB

TREND-GRAFIK
24 Fit für KI?

EU-LIEFERKETTENGESETZ
26 Die Richtlinie bedarf grundlegender Überarbeitung
▶ Daniel Caspary

EUROPA
28 Wohlstandsgrundlage sichern
▶ Manfred Weber

INDUSTRIESTANDORT
29 Deutschland braucht mehr Tempo
▶ Olaf Scholz

30 Klimawandel gelingt nur mit der Industrie
▶ Alexander de Croo

31 Inflation frisst Wachstum
▶ Christian Sewing

32 Freiheit und Eigentum bilden die Basis
▶ Christian Lindner

33 Soziale Marktwirtschaft muss Widersprüche vereinen
▶ Dr. Robert Habeck

34 Vielfalt und Innovation für individuelle Mobilität
▶ Dr. Volker Wissing

35 Geschäftsmodell ermöglichen
▶ Dr. Martin Brudermüller

36 Das Ende einer Ära
▶ Michael Weiss

38 Forschung und Innovation für eine erfolgreiche Zukunft
▶ Bettina Stark-Watzinger

CHINAPOLITIK
40 Risiken und Nebenwirkungen
▶ Dr. Norbert Röttgen

MEINE MEINUNG
42 Die eigentlichen Probleme bleiben ungelöst
▶ Karl Matthäus Schmidt

Foto: Jens Schicke

20 KRANKENHAUSREFORM

Reform ohne Krankenhäuser?

Die Krankenhausreform lässt auf sich warten. Auch wenn die Länder die ursprünglichen Eckpunkte verbessert haben: Noch fehlt die Zusage zur Finanzierung der Kostensteigerungen und ein echtes Zukunftskonzept.

WIRTSCHAFTSRAT

IMPRESSIONEN
43 Wirtschaftstag 2023 – Werte. Wohlstand. Zusammenhalt.

WR-Politpuls
45 Unzufrieden mit der Bundesregierung

STANDPUNKT STEIGER
46 Die Wachstumsillusion

INNENANSICHT
47 Neues aus den Kommissionen

ENGAGEMENT
50 „Lieber keine Regulierung als eine falsche“ Christian Korff

SCHLUSS

AUS DEN LÄNDERN
52 Rückblick | Einblick | Ausblick

56 Impressum

FORUM
57 Im Spiegel der Presse
58 Zahlen des Quartals
58 Spindoktor

Foto: AdobeStock©industrieblick

29 INDUSTRIESTANDORT
Deutschland braucht mehr Tempo und weniger Bürokratie
Deutschland kämpft mit der Transformation und zunehmend auch strukturellen Problemen. Politiker wie Bundeskanzler Olaf Scholz, der belgische Ministerpräsident Alexander de Croo oder Bundesminister Dr. Robert Habeck und Unternehmenslenker wie Christian Sewing oder Dr. Martin Brudermüller melden sich zu Wort und skizzieren, was passieren muss, damit Deutschland – und Europa – als Industriestandort wieder wettbewerbsfähig werden.

19,14 Milliarden*

*Wert der ehrenamtlichen Arbeit in NRW pro Jahr in Euro

Der Ehrenamtatlas ist die Vermessung der freiwilligen Arbeit in NRW und ein echter Datenschatz.

ehrenamtatlas.de

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Deutschland hat seine besten Jahre hinter sich. Jetzt sollten auch bei chronischen Optimisten die Alarmglocken schrillen.

Die industrielle

Man kann den Top-Managern unseres Landes kaum nachsagen, dass sie gerne den eigenen Untergang heraufbeschwören. Wenn aber in einer großen Umfrage Unternehmer und Firmenlenker mehrheitlich zu dem bedrückenden Ergebnis gelangen, dass Deutschland seine besten Jahre hinter sich hat, dann sollten selbst bei chronischen Optimisten die Alarmglocken schrillen. Das hat nicht nur mit dem wachsenden Unmut der Wirtschaftselite über die schwache Halbzeitbilanz der Bundesregierung zu tun, sondern ist Ausdruck einer Entwicklung, die an die Grundfesten unseres Wohlstands rührt: Der schleichenden, aber stetigen De-Industrialisierung Deutschlands.

Wer daran zweifelt oder die kritische Bewertung des Standorts für das übliche Wehklagen mächtiger Branchenvertreter hält, sollte die nackten Zahlen zur Kenntnis nehmen: Nach einer Studie des BDI hat sich der industrielle Kern hierzulande von 22,9 Prozent im Jahr 2016 auf nur noch 20,3 Prozent im vergangenen Jahr verkleinert – Tendenz weiter fallend. Wie besorgniserregend die langfristige Entwicklung ist, zeigt auch ein weiterer Blick zurück: Zu Beginn der 90er Jahre lag der Anteil der industriellen Kerne am Bruttoinlandsprodukt noch bei mehr als 27 Prozent.

Hinzu treten konjunkturelle Schwächen: Die Wirtschaftsleistung wird in diesem Jahr um voraussichtlich 0,3 Prozent schrumpfen – damit ist Deutschland in der aktuellen Prognose des IWF beim Wachstum das Schlusslicht unter allen 22 untersuchten Nationen.

Warum wurde aus dem Exportweltmeister und industriellen Musterland ein Abstiegskandidat? War Deutschland nicht der große Gewinner der Globalisierung: Wir hatten weniger Handelsschranken, preiswerte Rohstoffe, Fertigungsstätten in aller Welt, High-End-Produktion zuhause, qualifizierte Fachkräfte sowie innovationsgetriebene Unternehmen. Ja, es stimmt: Viele dieser günstigen Bedingungen haben sich innerhalb kurzer Zeit radikal verändert: Pandemie, Krieg, Energiekrise und Inflation wurden überlagert von längeren Entwicklungen wie Demografie, Klimawandel und Fachkräftemangel – und bilden heute eine toxische Mixtur. Doch es wäre zu kurz gegriffen, die aktuellen Probleme des Standorts und die schleichende De-Industrialisierung nur mit den schicksalhaften – und deshalb aus Sicht der Bundesregierung unverschuldeten – Ereignissen der vergangenen drei Jahre zu erklären. Erschwerend hinzu kommen nämlich hausgemachte Hemmnisse: im internationalen Vergleich viel zu hohe Steuern, eine wuchernde Bürokratie sowie Energiekosten auf Rekordhöhe. Schon vor dem Ukrainekrieg war der Strompreis für Industriekunden um ein Vielfaches teurer

Foto: privat

Daniel Goffart
Journalist und Buchautor
Chefreporter Wirtschaftswoche
Redaktion Berlin

„Viele Hemmnisse für den Standort sind hausgemacht: die im internationalen Vergleich viel zu hohen Steuern, eine wuchernde Bürokratie sowie Energiekosten auf Rekordhöhe.“

Basis bröckelt

als etwa in den USA oder in skandinavischen Ländern. Es ist also nicht nur der Krieg und der Wegfall des billigen russischen Gases, der unsere industriellen Kerne gefährdet und uns zu schaffen macht. Es sind auch die enorm hohen Steuern auf alle Arten von Energie.

Hinzu kommen politische „Verbesserungsversuche“ im Namen der Ökologie wie etwa Klimaschutzverträge. Danach soll der Steuerzahler die Kosten übernehmen, die bei energieintensiven Unternehmen für die Umstellung der Produktion von fossil auf öko entstehen. Das klingt erstmal gut, ist aber bei Licht betrachtet nichts anderes als das Prinzip „linke Tasche – rechte Tasche“ im Namen des Klimaschutzes: Erst zieht man Bürgern und Unternehmen hohe Energiesteuern aus der Tasche, um dann mit diesem Geld einige wenige – nämlich die energieintensiven Firmen – wieder zu entlasten.

Macht das volkswirtschaftlich betrachtet Sinn? Wo zieht man die Grenzen? Was ist mit dem Mittelstand, dem Bäcker, dem Metzger, die auch unter hohen Stromkosten leiden? Wäre es nicht viel besser, die Energiesteuern für alle radikal zu senken und die Abschreibungen auf umweltfreundliche Investitionen ebenso radikal zu erhöhen? Auch das kostet den Fiskus viel Geld, wäre aber ordnungspolitisch die erfolgversprechendere Lösung. Der Staat soll nicht erst Geld einsammeln, um es dann nach seinem Gutdünken mithilfe einer riesigen Bürokratie wieder zu verteilen, sondern er soll die richtigen Rahmenbedingungen setzen und marktwirtschaftliche Anreize schaffen. Dass dies auch im Klimaschutz funktioniert, zeigen uns gerade die USA und die einfachen Wirkungsmechanismen des Inflation Reduction Act. Nicht ohne Grund investiert RWE-Chef Markus Krebber ebenso wie andere deutsche Industrieführer derzeit Milliardensummen in Amerika. Dort herrsche mit dem IRA jetzt „zehn Jahre Klarheit“, schwärmt der Top-Manager. Was für ein Kontrast zu den Bürokratiemonstern unserer deutschen und europäischen Förderpolitik!

Mit falschen Politikansätzen wird nicht nur die Grundstoffchemie aus dem Land getrieben, sondern wir verlieren auch zahllose Unternehmen, die entlang der Wertschöpfungsketten der Chemie agieren. Die schleichende De-Industrialisierung macht sich aber noch in einem anderen Bereich bemerkbar: der industriellen Gesundheits- und Biologiebranche. Forschende Pharmafirmen klagen über erstickende staatliche Vorgaben, von 16 einzelnen Landesregelungen bis hin zum Datenschutz bei Medikamentenstudien. Die Folge ist nicht nur, dass heute 47 Prozent der klinischen Studien in den USA stattfinden, 39 Prozent in China und nur vier Prozent in Deutschland. Auch die Produktion und Forschung sucht sich andere Standorte. Wenn ein deutsches Leuchtturm-Unternehmen wie Biontech seine Krebsforschung nach Großbritannien verlagert, ist das ein Menetekel für den Standort Deutschland. Hoffentlich dient es der Politik als Mahnung. Wir können uns solche Verluste nicht mehr leisten. ▯

Foto: Tobias Koch

Exklusiv sprach **TREND** *mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,* ***Friedrich Merz,*** *über den Bundeshaushalt und neue Schulden, das Heizungsgesetz, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes, den Fachkräftemangel und die Bildung von Kindern in Deutschland.*

Das Interview führte **Katja Sandscheper.**

„Wir nehmen die Sorgen de

– Herr Merz, die Ampelregierung hat kurz vor der Sommerpause den immer wieder verschobenen Bundeshaushalt zumindest vorgestellt. Wie beurteilen Sie den Entwurf?
Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 ist ein wackeliges Kartenhaus. Zwar hält die Bundesregierung formal die Schuldenbremse ein. Dies gelingt allerdings nur, weil die Ampel alle Kreditmöglichkeiten ausreizt, sie sich aus dem Sondervermögen Bundeswehr bedient und zugleich auf Schattenhaushalte zurückgreift, die sie mit neuen Schulden in den letzten beiden Haushaltsjahren angelegt hat. Eine echte Aufgabenkritik und Priorisierung staatlicher Leistungen finden nicht statt.

– Das Heizungsgesetz des Bundeswirtschaftsministers hat eine Protestwelle losgetreten. Vieles erscheint trotz Abschwächung des Gesetzentwurfs immer noch wenig realistisch. Was hätten Sie anders gemacht, um die verabredeten Klimaziele zu erreichen?
Es wäre besser gewesen, es bei dem von der vergangenen Bundesregierung beschlossenen GEG zu belassen: Mit einer angemessenen Förderung der privaten Haushalte und festem Vertrauen in die Wirkungsmechanismen der Bepreisung von CO_2-Emissionen. Politik muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass sich die beste Lösung durchsetzt, ohne sich das Wissen anzumaßen, welche Technologien in Zukunft führend sein werden. Und die Kommunen brauchen Klarheit und Unterstützung bei der Wärmeplanung.

– Die deutsche Wirtschaft wird 2023 schrumpfen, Europa mit knapp einem und die USA mit zwei Prozent Wachstum vom Platz gehen. Der Ampel scheint ein wirtschaftspolitisches Programm für Deutschland zu fehlen. Was schlagen Sie vor?
Wir haben bereits im letzten Jahr auf die drohende Gefahr einer schrumpfenden Wirtschaft hingewiesen und im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen 2023 ein „Wachstumspaket“ vorgelegt. Leider hat die Ampel alle unsere Vorschläge abgelehnt. Mit jedem Monat wird die wirtschaftliche Situation nun schwieriger. CDU und CSU haben deshalb ein Sofortprogramm für Wohlstand, Wachstum und Wertschöpfung vorgeschlagen, mit fünf kurzfristig wirkenden Maßnahmen. Dazu zählen die Senkung der Stromsteuer, die Aussetzung der Netzentgelte und die Steuerfreiheit für geleistete Überstunden bei Vollzeitarbeit.

– Im renommierten IMD-Ranking ist Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf Platz 22 von 64 Ländern gefallen – hinter China! Was sagen Sie mutigen Unternehmern, die ins Risiko gehen?
Wir nehmen die Sorgen der deutschen Unternehmen sehr ernst. Oberstes Ziel der Politik muss es sein, einen verlässlichen rechtlichen Rahmen für unternehmerisches Handeln zu schaffen. Allerdings müssen die Unternehmer auch klar aussprechen, was sie sich wünschen, und dürfen sich nicht immer wieder von leeren Versprechen der Ampel vertrösten lassen. Manchmal würde ich mir mehr Klarheit in der Kritik wünschen. Ich jedenfalls kann bei der Ampel derzeit keine Wirtschaftspolitik erkennen.

– Könnte Deutschland unter einer unionsgeführten Bundesregierung auf eine grundlegende Unternehmenssteuerreform hoffen? Wie sähen die Eckpunkte aus?
Wir fordern seit langem eine Unternehmenssteuerreform, gerade mit Blick auf die weltweiten Rahmenbedingungen: Viele Staaten haben ihre Unternehmenssteuersätze massiv gesenkt, gleichzeitig hat für viele Betriebe in Deutschland die Bürokratiebelastung stetig zugenommen, Lieferketten sind abgerissen, vielerorts herrscht Fachkräftemangel, die Energiekosten sind explodiert. Darauf muss die Politik reagieren. Deshalb spielt das Thema Unternehmensbe-

„Eine echte Aufgabenkritik und Priorisierung staatlicher Leistungen finden nicht statt.“

steuerung in unserem Grundsatzprogrammprozess eine wichtige Rolle. Wir wollen als CDU sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten, damit sich Investitionen und Leistung wieder lohnen.

– Wo steht die Ampelregierung kurz vor Ende der ersten Hälfte der Legislaturperiode? Und wie beurteilen Sie die Rolle der FDP?
Die Bundesregierung hätte die „Zeitenwende“ nutzen müssen, um die Prioritäten des Bundeshaushalts neu zu ordnen. Stattdessen arbeitet die Ampelkoalition einfach weiter den Koalitionsvertrag ab, obwohl wir bei der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes mittlerweile auf einem der letzten Plätze in Europa liegen. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht, um eine langanhaltende Wachstumsschwäche abzuwenden: Vor allem die Energiepreise müssen runter, und es müsste wenigstens ein Belastungsmoratorium gegen die ausufernde Bürokratie beschlossen werden. Das Verhalten der FDP in dieser Bundesregierung ist leider auch voller Widersprüche. Die Partei trägt doch in dieser Regierung mehr oder weniger alles mit und macht anschließend Opposition gegen die eigene Regierung. Die Liberalen müssen selbst wissen, ob das zu ihrer Glaubwürdigkeit beiträgt.

– Was heißt das für die CDU als größte Oppositionspartei?
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist eine wirkungsvolle Opposition. Partei und Fraktion arbeiten enorm fleißig. Wenn es um Innere Sicherheit, Wirtschaft oder Familien geht, liefern wir klar die besseren Ideen, die unser Land voranbringen. Krieg in Europa, hohe Inflation und wirtschaftliche Unsicherheiten sind nicht die Zeit für Fundamentalopposition. Aber genau deshalb stünde es der Ampel gut zu Gesicht, die Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wenigstens mit Gewissenhaftigkeit zu prüfen, statt alles pauschal abzulehnen.

– Mittlerweile spürt die Wirtschaft den Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland massiv. Was muss passieren?
Die Frage ist doch: Funktioniert eigentlich der Arbeitsmarkt bei rund 770.000 offenen Stellen und über 2,6 Millionen Arbeitslosen noch richtig? Wir sind uns ja einig, dass unser Land auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen ist. Aber die Bundesregierung schaffte es nicht, dass wenigstens diejenigen kommen, die schon seit Wochen oder Monaten entsprechende Anträge stellen. Bei den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland bleiben Anträge in fünfstelliger Zahl unbearbeitet liegen. Wir haben deshalb vorgeschlagen, die Einwanderung in den Arbeitsmarkt und die Asylverfahren komplett voneinander zu trennen und eine rein digitale Bearbeitung der Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen einzurichten. Die Regierung hat das abgelehnt. Wir benötigen aber dringend modernste digitale Verfahren, damit wir diejenigen erreichen, die wir für unseren Arbeitsmarkt brauchen.

– Rund verdoppelt hat sich die Zahl der Menschen, die in Europa Asyl beantragt haben auf knapp eine Million im Jahr 2022. Hinzu kamen vier Millionen Menschen aus der Ukraine. Die EU konnte sich erneut nicht auf einen Kompromiss für eine Asylrechtsreform einigen. Was schlagen Sie vor?
Wir haben die wichtigsten Punkte in unserem Positionspapier „Für Humanität und Einwanderung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik“ schon vor Monaten aufgeschrieben: Verpflichtende Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, eine solidarische Verteilung anerkannter Flüchtlinge in der Europäischen Union und die klare Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration. Georgien sowie die Maghreb-Staaten Tunesien, Marokko und Algerien müssen endlich als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden, da sind vor allem die Grünen mal wieder dagegen. Und abgelehnte Asylbewerber sollten konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Von der Bundesregierung hören wir viele Worte, sehen aber keine Taten. Bundesinnenministerin Faeser muss endlich ihrer Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes gerecht werden.

– Wie groß schreibt sich die CDU das Thema Bildung auf die Fahne? Klar das ist Ländersache. Aber jetzt ist erstmals der Punkt erreicht, dass Kinder ungebildeter sind als ihre Eltern.
Bildung ist für uns als CDU ein Kernthema. Auf dem zurückliegenden „Kleinen Parteitag“ haben wir uns in einem Leitantrag mit Kinderchancen beschäftigt und sehr konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern bei der Bildung endlich vorankommen kann. Eine unserer zentralen Forderungen ist die Einführung verbindlicher Sprachtests für Drei- bis Vierjährige. Wir dürfen nicht erst ansetzen, wenn der Bildungsrückstand kaum mehr aufgeholt werden kann. Deshalb müssen wir gezielte Angebote im vorschulischen Raum schaffen. Im Gegensatz zur Ampel setzen wir in der Bildungspolitik nicht auf Sozialtransfers nach dem Gießkannenprinzip, sondern auf den Ausbau von Bildungsinfrastruktur und eine zielgerichtete Förderung. ▯

r Unternehmen sehr ernst“

Foto: AUDI AG

Planlos in die Zukunft

Deutschland steckt in der Krise, die wirtschaftspolitischen Standortbedingungen müssen grundlegend besser werden. Doch die Ampel-Regierung hat keinen Plan, wie sie die großen Herausforderungen der Gegenwart angehen will. Ihr fehlt ein marktwirtschaftlicher Kompass. Immer wieder zeigt sich: Statt auf marktwirtschaftliche und innovationsfreundliche Lösungen setzt die Ampel auf Gebote, Verbote und damit auf planwirtschaftliche Ansätze – auf Kosten von Wohlstand und Freiheit. Die Soziale Marktwirtschaft gerät in Gefahr.

Text: **Peter Hahne**

Deutschland steckt in der Krise. Wer daran noch Zweifel hatte, wurde jüngst vom Internationalen Währungsfonds (IWF) eines Besseren belehrt. Nach der aktuellen Prognose des IWF wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen. Die Größenordnung ist für sich genommen noch nicht bedrohlich. Aber der globale Vergleich ist beunruhigend. Deutschland wird in diesem Jahr voraussichtlich das einzige Industrieland der Welt sein, dessen Wirtschaftsleistung schrumpft. „IWF-Prognosen sind die harte Währung im internationalen Standortvergleich: Keine zwei Jahre ist die Ampelregierung im Amt, und schon ist Deutschland vom wirtschaftlichen Powerhouse zum kranken Mann Europas mutiert“, kritisiert Wolfgang Steiger. Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates bringt damit die Stimmung in der Wirtschaft auf den Punkt. 76 Prozent der befragten Führungskräfte aus der Wirtschaft gaben jüngst im Allensbacher Elite-Panel für „FAZ" und „Capital“ an, dass die Politik der Bundesregierung Deutschland schwäche.

Deindustrialisierung schreitet voran

Bemerkenswert ist vor allem die Begründung des IWF für das schwache Abschneiden. Im Zentrum der deutschen Wachstumsschwäche steht die Industrieproduktion. Und das ist kein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem. Die Zahlen belegen, dass die industrielle Basis Deutschlands kontinuierlich erodiert. Von 2016 bis 2022 ist der industrielle Kern von knapp 23 auf nur noch 20,3 Prozent geschrumpft, rechnet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vor. Clemens Fuest, Präsident des Münchner Ifo-Instituts, weist darauf hin, dass die Produktion in Schlüsselbranchen wie der Automobil- und Chemieindustrie deutlich zurückgeht. So lag das Produktionsniveau der deutschen Automobilindustrie im ersten Halbjahr 2023 noch immer zehn Prozent unter dem des letzten Vorkrisenjahres 2019, meldet der Verband der Automobilindustrie (VDA).

Energieintensive Betriebe leiden besonders

Insbesondere energieintensive Industrien wie die Papierindustrie oder die Metallverarbeitung stehen wegen der hohen Energiepreise seit dem Ukraine-Krieg vor gewaltigen Herausforderungen. „Während sich die globalen Volkswirtschaften schnell von der jüngsten Krise erholen, ist der Industriesektor nicht für das kommende Jahrzehnt gerüstet“, analysiert das Beratungsunternehmen PWC in einer Studie zur deutschen Industrie. Zum Teil sind die Probleme hausgemacht. So bemängeln die PWC-Experten, dass die Gewinne des „goldenen Jahrzehnts“ nicht genutzt wurden, um Innovationen und

Foto: Jens Schicke

notwendige Transformationen voranzutreiben. Der Industrie fehle es an Agilität, vor allem in den Großunternehmen. Nur noch 25 Prozent der deutschen Industrieunternehmen seien Technologieführer oder disruptive Innovatoren. Doch die schleichende Deindustrialisierung ist vor allem eine Folge schlechter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen. Der BDI beklagt „einen toxischen Cocktail aus unnötiger Bürokratie, hohen Steuern und teurer Energie", der Deutschland im internationalen Standortwettbewerb zunehmend ins Abseits dränge. Fuest rechnet damit, dass die Energiepreise in Deutschland auf Dauer hoch bleiben werden. Die politische Festlegung auf erneuerbare Energien sei teuer und er halte es für falsch, auf die Kernenergie zu verzichten.

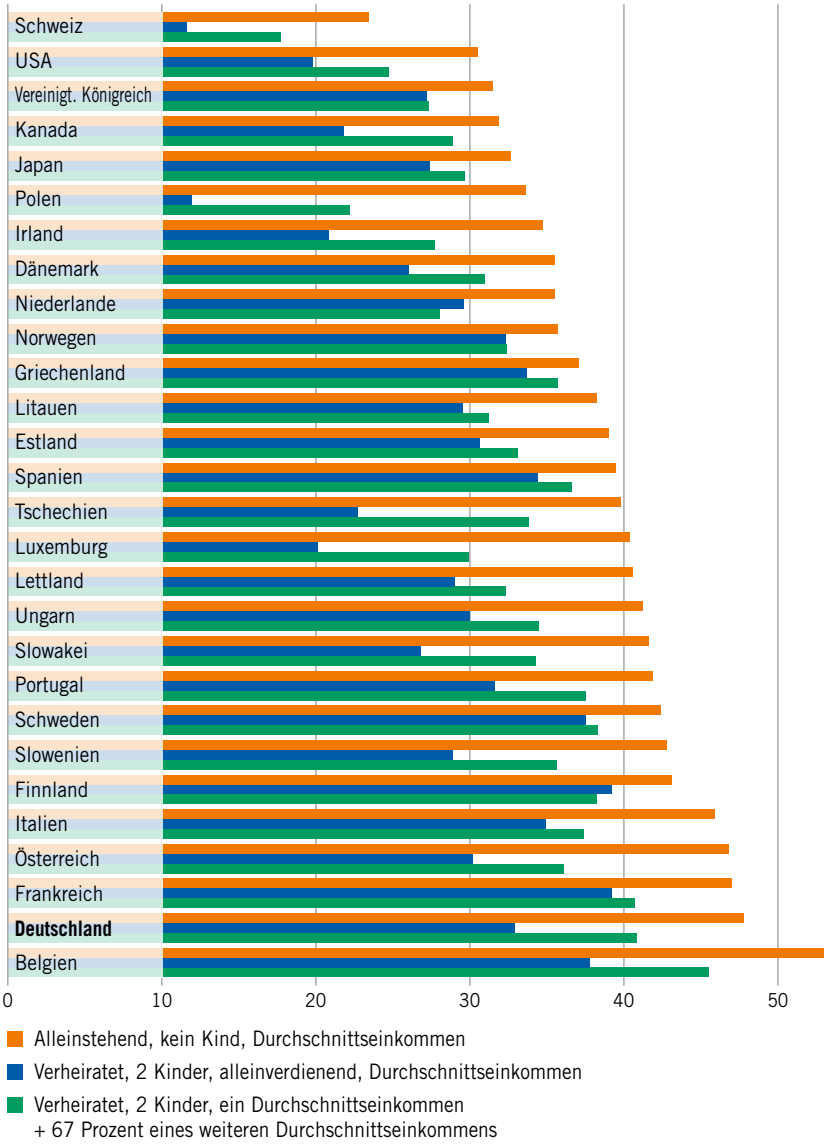
Alarmglocken müssen endlich schrillen

Der Wirtschaftsrat fordert vor diesem Hintergrund ein breites und kostengünstiges Energieangebot, geringere Steuern und Abgaben, mehr Investitionen in die Infrastruktur, weniger Bürokratie und eine Stärkung der Fachkräftebasis. „Jetzt müssen endlich alle Alarmglocken in der Bundesregierung schrillen. Wirtschaftspolitische Standortbedingungen müssen zum Hauptziel dieser Bundesregierung werden", fordert Generalsekretär Steiger. „Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit", konstatiert auch der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz. Führende Ökonomen teilen den Befund von Wirtschaftsverbänden und Opposition. So stellt Ifo-Präsident Fuest fest, dass sich wichtige Standortfaktoren für Investoren in den vergangenen zehn Jahren verschlechtert hätten – darunter hohe Bürokratie- und Steuerlasten. Der Ökonom erinnert daran, dass die letzte Unternehmenssteuerreform in Deutschland aus dem Jahr 2008 stammt. Damals mit beachtlichem Erfolg: die zweitniedrigste Steuerlast im G7-Vergleich hinter Großbritannien. Heute leidet die deutsche Wirtschaft allerdings unter der höchsten Steuerbelastung der G7-Staaten. Während andere Industriestaaten ihre Steuern senken, um im internationalen Standortwettbewerb bestehen zu können, sind die Bundesregierungen der letzten 15 Jahre in einen steuerpolitischen Tiefschlaf verfallen. Deutsche Kapitalgesellschaften ächzen unter einer Ertragsteuerbelastung von knapp 30 Prozent, im OECD-Durchschnitt sind es nur 23,5 Prozent. Bei Personengesellschaften ist die Belastung noch höher. Dabei mahnen Ökonomen seit Jahren, dass die Unternehmenssteuern dringend gesenkt werden sollten.

Kleine Steuerreform

Immerhin: Bundesfinanzminister Christian Lindner plant kleinere Entlastungen. So sollen klimafreundliche Investitionen gefördert, die steuerliche Forschungsförderung ausgebaut

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung und Einkommen-/Lohnsteuer 2022 in Prozent der Lohnkosten

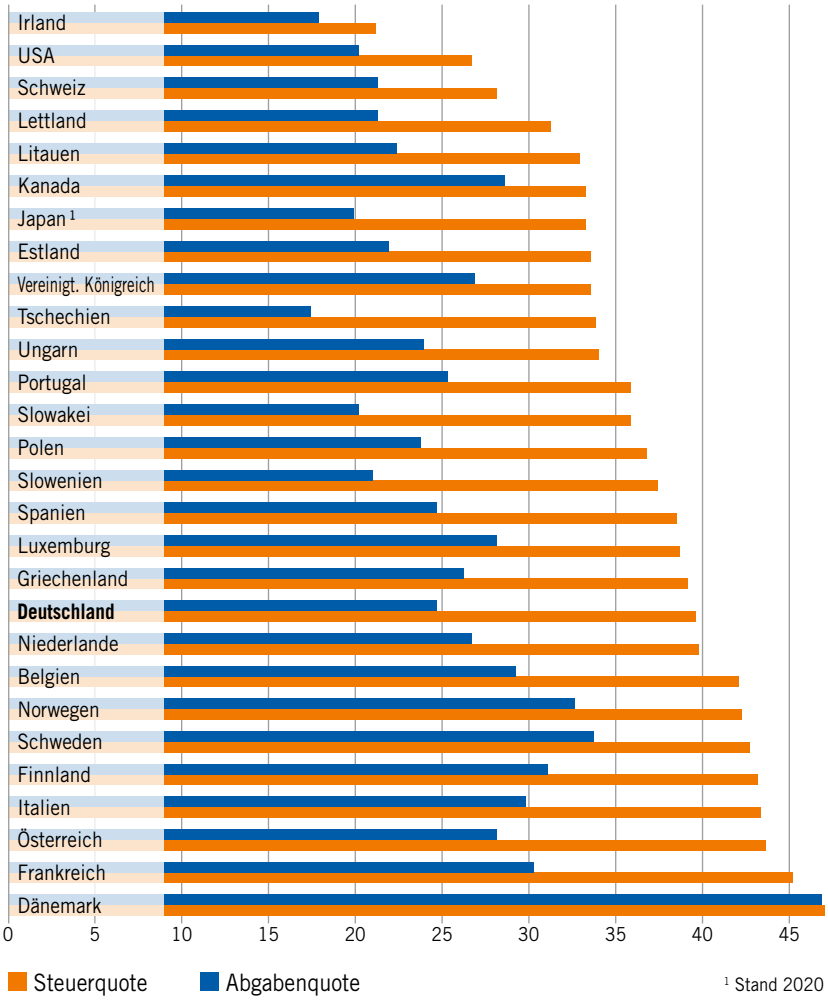


Definiert als Arbeitgeberbeitrag zuzüglich Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung und Lohnsteuer (gegebenenfalls einschließlich anteiliger Lohnsummensteuer), gemindert um die familienbezogenen Leistungen (z. B. Kindergeld). Lohnkosten definiert als Bruttoarbeitslohn zuzüglich Arbeitgeberbeitrag (gegebenenfalls einschließlich anteiliger Lohnsummensteuer).

Quelle: OECD (Hrsg.), Taxing Wages 2020-2021, Paris 2022

Foto: AdobeStock©Industrieblick

Steuer- und Abgabenquoten 2021 in Prozent des BIP



[1] Stand 2020

Quelle: OECD (Hrsg.), Revenue Statistics 1965-2021, Paris 2022

und Verluste besser mit künftigen Gewinnen verrechnet werden können. Grundsätzlich richtig, findet Michael Hüther, Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Allerdings sei die Initiative des FDP-Ministers mit einem maximalen Entlastungsvolumen von sechs Milliarden Euro pro Jahr zu klein und mit der Befristung einiger Regelungen bis 2027 nur temporär. Das ist zu wenig, meint Hüther. Dabei haben Ökonomen längst vorgerechnet, was mit einer richtigen Steuerreform erreicht werden könnte. Das Ifo-Institut beziffert den Wachstumseffekt durch verbesserte Abschreibungsregeln mit einem Volumen von 16 Milliarden Euro auf einen Wachstumsschub von fast drei Prozent. Dies führt zwar zunächst zu Mindereinnahmen. Langfristig aber dürften die Einnahmen des Staates durch mehr wirtschaftliche Aktivität steigen, ist Ifo-Präsident Fuest überzeugt: „Wie man es auch betrachtet: Es gibt keine Entschuldigung mehr, grundlegende Reformen der Unternehmensbesteuerung auf die lange Bank zu schieben."

Marktwirtschaftler rar gesät

In der Ampelkoalition finden sich allerdings nur wenige Verfechter einer marktwirtschaftlichen Politik. In besonders schlechter Erinnerung ist die nicht enden wollende Debatte um das so genannte Heizungsgesetz, das durch die einseitige Festlegung auf Wärmepumpen für große Verunsicherung in der Bevölkerung sorgte. Warum also nicht stärker auf marktwirtschaftliche Lösungen setzen, statt mit staatlichen Ge- und Verboten nicht nur die Ziele, sondern auch die Instrumente vorzugeben? Ein ebenso elegantes wie wirksames marktwirtschaftliches Instrument für den Klimaschutz ist der europäische Emissionshandel (ETS). Insofern ist die Ausweitung auf die Bereiche Gebäude und Verkehr durch die EU zu begrüßen. Bei einer konsequenten Anwendung könnte der CO_2-Ausstoß effizienter und nahezu ohne staatlichen Zwang reduziert werden. Innovative Technologien zur CO_2-Reduktion hätten so eine größere Chance, sich am Markt zu etablieren. Weitere nationale Alleingänge, ins-

besondere durch das Ordnungsrecht, wirken dagegen kontraproduktiv, weil sie Preissignale stören und Fehlallokationen von Kapital provozieren. Eine einseitige Fixierung auf Wärmepumpen und Elektroautos hilft zudem der Umwelt nicht, solange der dafür benötigte Strom nicht aus erneuerbaren Energiequellen stammt. „Die Klimaziele auf nationaler und europäischer Ebene lassen sich nur erreichen, wenn zunehmend Energie aus regenerativer Energie erzeugt wird“, heißt es dazu in einer IW-Studie. Deshalb müssen der Netzausbau und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft deutlich schneller vorankommen.

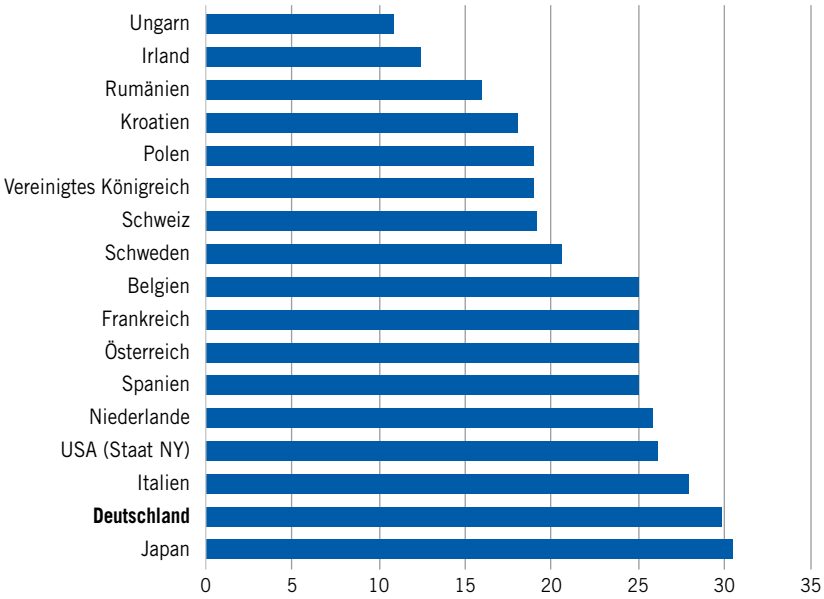
Bürokratiekosten steigen weiter

Unternehmerische Innovationen gelingen aber nur in einem wettbewerbsorientierten Umfeld. Das Dauerthema Bürokratie zeigt, dass trotz aller Beteuerungen die staatliche Regulierungswut weiter zunimmt. Seit Jahren

So viel Steuern zahlten Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich auf ihren Gewinn*

in Prozent

*Körperschaftsteuern, Gewerbeertragsteuern und vergleichbare andere Steuern des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften



Quelle: Datengrundlage aufbereitet durch das Bundeszentralamt für Steuern im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen

Foto: BASF SE

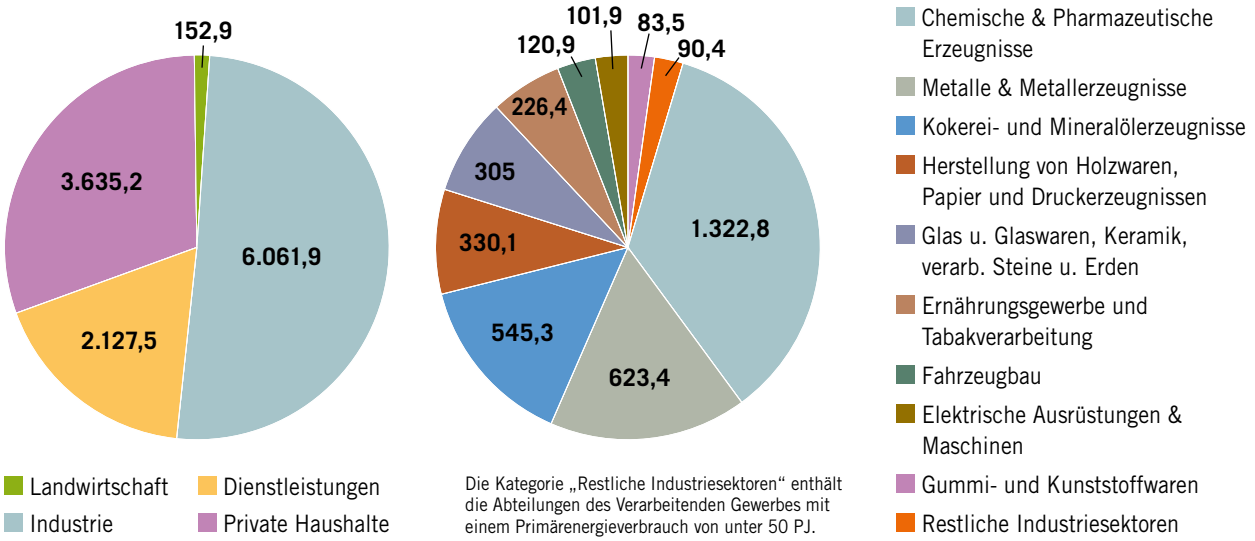
kritisiert der Nationale Normenkontrollrat (NKR) eine überbordende Bürokratie, die der Wirtschaft das Leben schwer macht. „Ob Instandhaltung oder Neubau, ob Energiewende oder Digitalisierung: Die Modernisierung unserer Infrastruktur und die Investitionstätigkeit unserer Wirtschaft dürfen nicht länger durch bürokratische Auflagen gebremst werden", fordert der NKR. Nach Angaben des BDI gab es seit 2021 im Umwelt- und Arbeitsrecht 1.200 neue Normen und 360 Änderungen bestehender Normen, hinzu kommen tausende Gerichtsurteile im Umweltrecht. Die Industrie rechnet bis 2030 mit einer Verdoppelung der Genehmigungsverfahren durch die grüne und digitale Transformation. Die Gutachten für Genehmigungsverfahren werden anspruchsvoller, gleichzeitig sinkt die Zahl geeigneter Gutachter. Das ist Gift für Investitionen und den Ausbau der Netze. Die Bundesregierung sollte sich nach Ansicht des Wirtschaftsrates auf die Stärkung der Standortbedingungen konzentrieren, um durch Wachstum und bessere Investitionsbedingungen überhaupt erst die Möglichkeiten für eine grüne und digitale Transformation zu schaffen.

Mittelstand fürchtet Fachkräftemangel

Aus Sicht von VDMA-Präsident Karl Haeusgen sind es allerdings nicht die hohen Energiepreise, die die mittelständischen Maschinen- und Anlagenbauer am stärksten belasten. „Umfragen zeigen, dass die Betriebe bei ihrer Standortwahl vor allem die Frage umtreibt, ob ausreichend Personal vorhanden ist", betont Haeusgen.

Primärenergieverbrauch auf Sektor und Branchenebene

Primärenergieverbrauch nach Sektoren (links) und nach Wirtschaftszweigen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes (rechts), in Petajoule (PJ), Jahr 2020



Die Kategorie „Restliche Industriesektoren" enthält die Abteilungen des Verarbeitenden Gewerbes mit einem Primärenergieverbrauch von unter 50 PJ.

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Destatis (2022c)

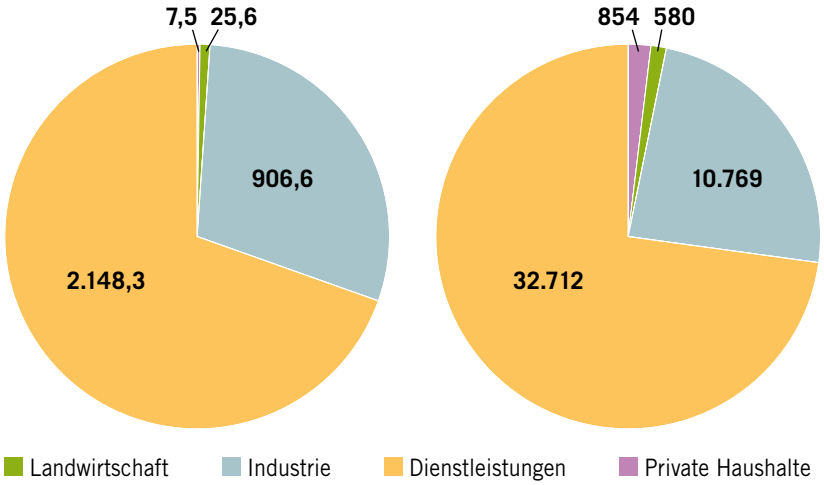
Nötig seien deshalb ein flexiblerer Arbeitsmarkt, längere Wochen- und Lebensarbeitszeiten, mehr Frauen im Beruf und eine attraktive Zuwanderungspolitik.

Kein Spielraum für politische Abenteuer

„Oberstes Gebot muss Innovationsoffenheit sein – und eben keine Verbote“, fordert BDI-Präsident Siegfried Russwurm. Die Ampel will zwar eine Koalition des Fortschritts sein, verlässt sich aber auf alte Rezepte. Der Koalitionsvertrag enthält zahlreiche Versprechen, aber wenig Substanz. Statt auf Anreize und Innovationen setzt die Ampel auf Ordnungsrecht und Subventionen. „Die Ampelkoalition setzt auf eine grüne Planwirtschaft, die unsere Wirtschaft überfordert und unsere Freiheit einschränkt“, kritisiert Generalsekretär Steiger. Und schon 1946, kurz nach Kriegsende, schrieb Ludwig Erhard den Deutschen folgenden Satz ins Stammbuch: „Eine auf Gedeih und Verderb in die Weltwirtschaft eingegliederte Volkswirtschaft bietet für politische Abenteurer und Abenteuer keinen Spielraum mehr.“ Daran hat sich nichts geändert. ▯

Sektorale Aufteilung von Wertschöpfung und Beschäftigung

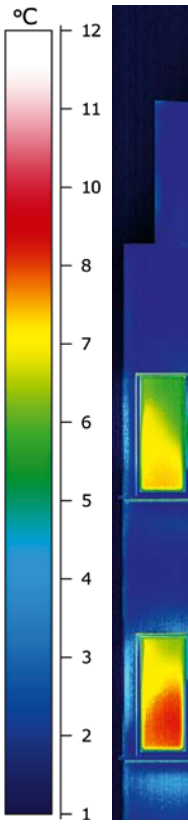
Bruttowertschöpfung in Milliarden Euro, nominal (links) und Erwerbstätige in Tausend Personen (rechts), Jahr 2020



Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Destatis (2023b; 2023c)

pne-ag.com

Das Verfahren ist die Simulation parlamentarischer Demokratie



Die Ampelkoalition bringt ein realitätsfremdes Gesetz auf den Weg, streitet wochenlang erbittert darüber und präsentiert dann einen faulen Kompromiss. Nach dem Stopp durch das Bundesverfassungsgericht, hätte eine weitere Befassung in Ausschüssen stattfinden müssen.

Selten hat eine Gesetzesinitiative Menschen so verunsichert wie es das Gebäudeenergiegesetz (GEG), oder einfacher gesagt das Heizungsgesetz, es getan hat. Das Vorgehen der Ampel ist ein Paradebeispiel dafür, wie Politik Vertrauen zerstören kann. Erst wird ein ideologiebehaftetes und realitätsfremdes Gesetz auf den Weg gebracht, dann wird darüber in der Koalition wochenlang erbittert gestritten und schließlich ein fauler Kompromiss präsentiert, der das Papier nicht wert ist, auf dem er geschrieben steht. Die selbst ernannte Fortschrittskoalition hat damit ein grelles Schlaglicht auf ihre eigene innere Zerrissenheit und ihre Entfremdung von weiten Teilen der Bevölkerung geworfen. Erst das Bundesverfassungsgericht musste der Ampel in den Arm fallen, um vorerst Schlimmeres zu verhindern.

Foto: Yves Sucksdorff

Dr. Jan-Marco Luczak MdB
Sprecher für Bauen und Wohnen
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Die Ampel ist nicht einmal in der Lage zu beziffern, wie viel CO_2 durch das Gesetz eingespart wird – obwohl dies das erklärte Ziel des Gesetzes ist.“

Dabei ist unbestritten: Wir müssen unsere Klimaschutzziele erreichen, auch wenn sie viele Herausforderungen mit sich bringen. Dem Gebäudebereich kommt insofern eine Schlüsselrolle zu. Denn hier sind die Potentiale zur Einsparung von Energie und CO_2 enorm. Man hätte also vermuten können, dass die Wärmewende zwar mit dem notwendigen Nachdruck, aber auch mit entsprechender Sorgfalt und Weitsicht angegangen wird. Das Gegenteil war der Fall.

Das chaotische Vorgehen der Ampel braucht hier im Detail nicht erneut skizziert zu werden. Unter dem Strich wurde die sorgfältige Beratung eines inhaltlich komplexen und politisch weitreichenden Gesetzes parteipolitischen Gründen geopfert. Weder sollte Wirtschaftsminister Habeck sein Gesicht verlieren, noch wollten SPD, Grüne und FDP ihren Streit über das Heizungsgesetz über die Sommerpause oder gar bis zu den Landtagswahlen im Herbst verlängern. Dafür wurden Abgeordnetenrechte ausgehöhlt und das parlamentarische Verfahren im Bundestag zu einer Farce degradiert.

Mindestens ebenso schwer wiegt aber, dass die Ampel dadurch viel des gesellschaftlichen Rückhalts für Klimaschutz und den notwendigen fundamentalen Umbau unserer Wärmeversorgung verspielt hat. Das lässt sich plastisch an den Umfragewerten der AfD ablesen. Ideologiegeleitete Politik, mangelnde Sorgfalt bei der Gesetzgebung und der Eindruck, dass „die da oben“ von den Sorgen und Nöten der

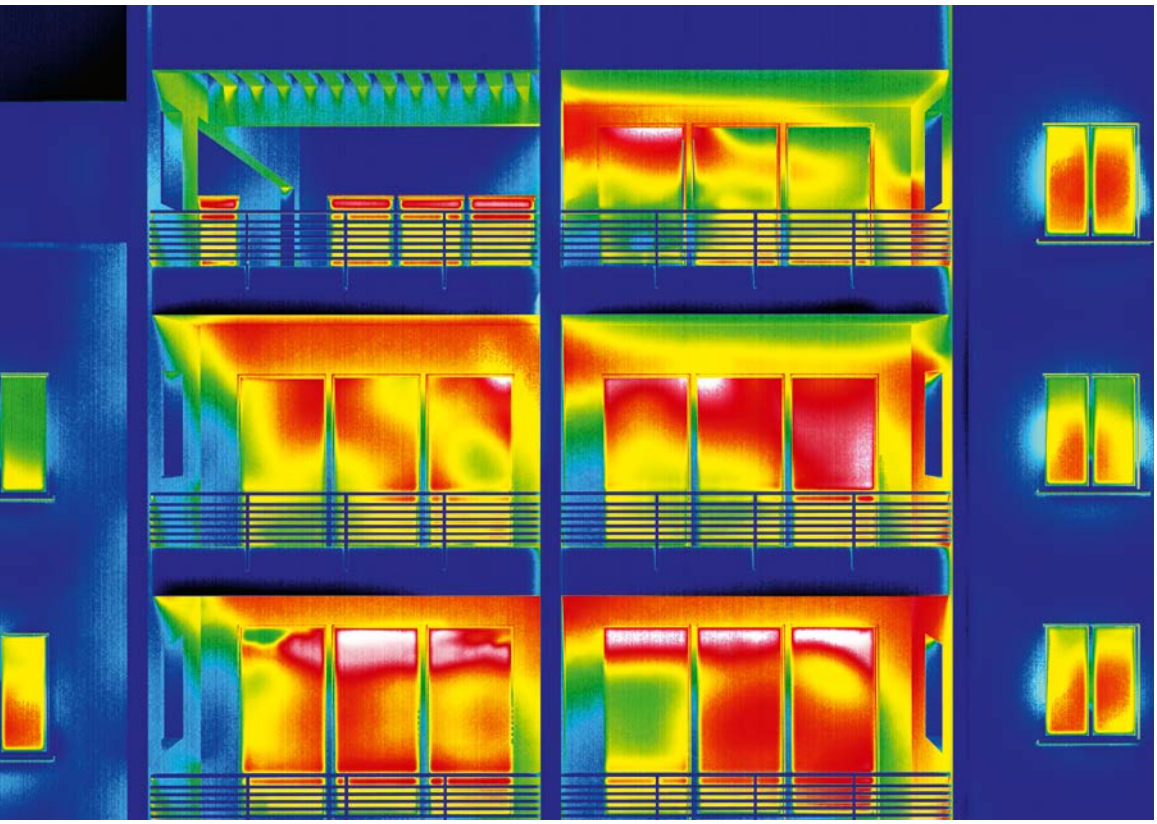


Foto: AdobeStock©electriceye

Menschen nicht nur sehr weit weg sind, sondern sich, schlimmer noch, auch nicht sonderlich dafür interessieren, entfremden Menschen von der Politik – nicht wenige machen dann ihrem Ärger an der Wahlurne Luft.

Das Stoppsignal des Bundesverfassungsgerichtes kam daher zu Recht und es war deutlich. Gehört hat es die Ampel dennoch ganz offensichtlich nicht. Denn ungeachtet der klaren Worte aus Karlsruhe soll das Gesetz in der ersten Sitzungswoche im September im Bundestag beschlossen werden – unverändert. Eine weitere Befassung in Ausschüssen oder eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den zahlreichen Kritikpunkten ist nicht vorgesehen. Statt echter Beratung gibt es nur die Simulation von parlamentarischer Demokratie.

Das missachtet nicht nur die Vorgaben der Gerichtsentscheidung, sondern ist auch in der Sache nicht akzeptabel. Denn nach wie vor gibt es keine Klarheit über wesentliche Grundlagen des Heizungsgesetzes.

So ist die Ampel nicht einmal in der Lage zu beziffern, wie viel CO_2 durch das Gesetz eigentlich konkret eingespart wird – obwohl dies das erklärte Ziel des Gesetzes ist. Das nährt den Verdacht, dass Vorgaben des Gesetzes nicht rational, sondern ideologisch formuliert wurden. Auch verfassungsrechtlich ist dies problematisch. Denn ohne klare Kenntnis darüber, in welchem Umfang das Heizungsgesetz zum legitimen und wichtigen Ziel der CO_2-Reduktion beiträgt, fehlt der notwendigen Güterabwägung mit den massiven Eingriffen in das private Eigentum die Grundlage.

Ähnlich verhält es sich mit der kommunalen Wärmeplanung. Diese soll zentraler Bezugspunkt für die verpflichtenden Maßnahmen nach dem GEG sein. Über das Wärmeplanungsgesetz gibt es jedoch frühestens im Spätherbst Klarheit – erst dann wird der Bundestag endgültig darüber beschließen. Das bedeutet: Wenn die Ampel das GEG Anfang September zur Abstimmung stellt, können die Abgeordneten dessen Auswirkungen noch gar nicht final beurteilen. Die Ampel will einen Blankoscheck. Eine Zumutung.

Eine Zumutung für die Menschen ist es auch, dass immer noch keine Klarheit über die soziale Flankierung des Gesetzes besteht. Ein detailliertes Förderkonzept wurde bislang nicht vorgelegt, lediglich politische Absichtserklärungen. Und was passiert eigentlich, wenn die Fördertöpfe leer sind? Es verwundert daher nicht, dass viele Menschen weiter Angst haben, von der Ampel um ihr in Jahrzehnten hart erarbeitetes Eigenheim gebracht zu werden.

Die Liste der Unklarheiten und der Kritik ließe sich beliebig verlängern. Wie verhält sich das GEG etwa zu den EU-Plänen zur Gebäudesanierung? Wie können die Belastungen der Wärmewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe fair verteilt werden und nicht wie im jetzigen Entwurf einseitig Eigentümern und Vermietern aufgebürdet werden?

All dies zeigt: Das Heizungsgesetz ist nicht beschlussreif – es sollte „zurück in die Montagehalle“ und grundlegend überarbeitet werden. Handlungsleitend muss dabei sein, dass die Transformation unserer Wärmeversorgung nur im Zusammenspiel aus Markt und ordnungspolitischen Leitplanken gelingt, nicht aber mit Ideologie und Mikromanagement. Statt dirigistischer Vorgaben benötigen wir marktwirtschaftliche Mechanismen wie den CO_2-Preis, die mit einer starken sozialen Flankierung versehen werden müssen. ▯

Krankenhausreform o

Die Krankenhausreform lässt auf sich warten. Auch wenn die Länder die ursprünglichen Eckpunkte verbessert haben: Noch fehlt die Zusage zur Finanzierung der Kostensteigerungen und ein echtes Zukunftskonzept.

In diesem Jahr teilt Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach den Krankenhäusern mit, dass sie die extremen Steigerungen der inflationsbedingten Sachkosten sowie die erheblich gestiegenen Personalkosten nicht refinanziert bekommen. Dafür wäre kein Geld vorhanden. Obwohl den Krankenhäusern per Gesetz ein wirtschaftlicher Betrieb ermöglicht werden muss, wird von den politisch Verantwortlichen eine Unterfinanzierung verordnet.

Dies führt im Jahr 2023 dazu, dass immer mehr Krankenhäuser nicht mehr in der Lage sind, ein zumindest ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften. Laut einer jüngst veröffentlichten Studie von Roland Berger schreiben inzwischen mehr als 50 Prozent der Krankenhäuser Verluste. Dies heißt zugleich, wenn ein Träger nicht in der Lage ist, die Verluste auszugleichen, muss das betroffene Krankenhaus Insolvenz anmelden. In dieser Situation sind derzeit viele Krankenhäuser in Deutschland, die Zahlen sollen in diesem und nächsten Jahr noch deutlich ansteigen. Dadurch ist die Krankenhausversorgung massiv gefährdet, Tausenden von hochqualifizierten Mitarbeitenden droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Und der Bundesgesundheitsminister lässt die Krankenhäuser in dieser herausfordernden Situation im Regen stehen, schaut weg, beschäftigt sich ausschließlich mit den Ideen einer Krankenhausreform, die irgendwann in den nächsten Jahren eine Wirksamkeit entfalten soll. Verlässlichkeit sieht anders aus.

Bereits im Dezember 2022 stellte der Bundesgesundheitsminister die Empfehlungen der Regierungskommission zur Krankenhausreform vor. Als eine Art Heilsbringer: Die Reform löse alle Probleme und helfe, die Krankenhäuser in eine gute Zukunft zu führen. Erste Analysen gingen allerdings davon aus, dass bei Umsetzung der Empfehlungen hunderte Krankenhäuser schließen müssten. Vorausgegangen war zudem eine deutliche Kritik an der Zusammensetzung der Kommission, da Krankenhausmanagement, Fachverbände oder Krankenkassen nicht beteiligt wurden. In den zurückliegenden Monaten kritisierten die Bundesländer, die Deutsche Krankenhausgesellschaft oder der Verband der Krankenhausdirektoren die Vorschläge der Regierungskommission, die infolge ihren Entwurf mehrmals angepasst hat und mehr und mehr auf die Forderungen, insbesondere der Bundesländer, eingegangen ist.

Die Regierungskommission wollte eine Level-Einstufung der Krankenhäuser von L1i, der Integration ambulanter und stationärer Leistungen, bis L3 für die Maximalversorger, verbindliche Leistungsgruppen und eine Vorhaltevergütung einführen, die weitgehend unabhängig von der Leistungserbringung die Vorhaltung von Strukturen finanzieren soll.

Der Bundesgesundheitsminister und die zuständigen Landesgesundheitsministerinnen und -minister haben sich am 10. Juli 2023 auf ein Eckpunktepapier zur Krankenhausreform mit folgender Zielsetzung verständigt: Gewährleistung von Versorgungssicherheit, Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität und Entbürokratisierung. Es gelte, vor

Foto: AHERGER

Michael Dieckmann
CDO und Mitglied des Vorstandes, AMEOS Gruppe; Vorsitzender der Bundesarbeitsgruppe Krankenhausreform, Wirtschaftsrat der CDU e.V.

„Der Bundesgesundheitsminister lässt die Krankenhäuser trotz massiver Kostensteigerungen im Regen stehen.“

hne Krankenhäuser?

Foto: Jens Schicke

dem Hintergrund der Entwicklung der medizinischen und pflegerischen Fachkräftesituation in Deutschland, eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung sicherzustellen. Von den ursprünglichen Empfehlungen der Regierungskommission ist nicht mehr viel übrig geblieben. Und das ist sicherlich gut.

Es wird in dem Eckpunktepapier zudem klargestellt, dass es unter dem Vorbehalt einer zukünftigen finalen Gesamteinigung über die Grundstruktur einer Krankenhausreform steht, die die notwendige finanzielle Ausstattung durch Bund und Länder für den Transformationsprozess umfasse.

Gesundheitsversorgung soll laut diesem Eckpunktepapier vor Ort und somit in der Fläche stattfinden können, indem ambulante und stationäre Behandlungsleistungen, gegebenfalls zusätzlich notwendige Pflegeleistungen, miteinander verzahnt im Krankenhaus erbracht werden können. Die Vorhaltevergütung nimmt weiterhin einen großen Raum ein. Den somatischen Krankenhäusern in dünn besiedelten und unterversorgten Gebieten oder auch in Ländern mit einer bereits fortgeschrittenen Strukturbereinigung soll eine Entökonomisierung und dauerhafte Sicherstellung durch eine auskömmliche Finanzierung eröffnet werden.

Auch die Bundesarbeitsgruppe Krankenhaus des Wirtschaftsrates der CDU e.V. hat sich in den zurückliegenden Monaten intensiv mit den Vorschlägen zur Krankenhausreform beschäftigt, Fachleute eingeladen und intensiv diskutiert. Im Ergebnis unterstützt die Bundesarbeitsgruppe grundsätzlich die Bemühungen zur Weiterentwicklung der Krankenhausversorgung. Gleichzeitig wurde aber deutlich gemacht, dass die Vorgehensweise, der Diskussionsstil und die Art und Weise der Nichtbeteiligung wichtiger Institutionen und Verbände, zudem die Vorschläge der Regierungskommission zur Level-Einstufung, abgelehnt werden. Hierdurch befürchtet der Wirtschaftsrat eine Unterversorgung in der Fläche. Als ersten notwendigen Schritt fordert die Bundesarbeitsgruppe aber die Ausfinanzierung der aktuellen Kostensteigerungen, damit es nicht zu einer Krankenhausreform ohne Krankenhäuser kommt.

Bei allen Krankenhausträgern und ihren Entscheidern diskutiert man seit vielen Jahren über die notwendige Weiterentwicklung der Krankenhaus- und der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen. Die durch die Corona-Krise verursachten Belastungen und Herausforderungen haben die Krankenhäuser auf der einen Seite massiv negativ beeinflusst, haben auf der anderen Seite aber auch die Notwendigkeit von Veränderungen deutlich gemacht. Umso bedauerlicher ist es, dass der Bundesgesundheitsminister die Krankenhausvertreter nicht beteiligt, stattdessen Empfehlungen vorlegt, die sehr viele Krankenhäuser in ihrer Existenz bedrohen. Mitarbeit und Engagement ist ausdrücklich nicht gewünscht. Schade.

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wird den Prozess der Krankenhausreform weiterhin aufmerksam und kritisch begleiten. ▯

Foto: HC Plambeck

„Falsch regiert" – Deutschland braucht die echte Zeitenwende!

Fast Halbzeit für die Ampelkoalition – die Bilanz fällt ernüchternd aus.

Die Ampel belobigte sich anfangs selbst als „Fortschrittskoalition". Tatsächlich geht mit dieser Regierung wenig nach vorn. Kein Fortschritt, sondern Trauerspiel. Die Ampel hat die bisher schlechteste haushalts- und wirtschaftspolitische Bilanz einer Bundesregierung überhaupt.

Die deutsche Wirtschaft schrumpft, die Reallöhne sinken massiv. Zur Entschuldigung verweist die Ampel auf Krisen: Corona, Ukraine, Energiepreise. Andere Industriestaaten aber leiden genauso unter den Krisen. Trotzdem sind deren Wachstumszahlen und deren Perspektiven deutlich besser. Nach der jüngsten Prognose des Internationalen Währungsfonds wachsen Indien und China in diesem Jahr mit sechs Prozent, die Vereinigten Staaten mit zwei Prozent. Auch die EU-Staaten wachsen noch mit fast einem Prozent. Nur Deutschland wird ein Schrumpfen vorausgesagt.

Dabei sind die Anforderungen aktuell besonders hoch. Denn wir sind in einer Phase grundlegenden technologischen und wirtschaftlichen Umbruchs. Die Bekämpfung des Klimawandels, der Umbau der Energiegewinnung, neue Antriebstechniken im Automobilbau, Künstliche Intelligenz. Das alles verändert unser Wirtschaften grundlegend.

Wir Deutsche sind zusätzlich betroffen durch Überalterung und Fachkräftemangel. In dieser Phase grundlegender wirtschaftlicher Veränderung müsste die Bundesregierung jetzt eine echte, umfassende „Zeitenwende" hinlegen. Tatsächlich aber redet sie nur davon. Der Koalitionsvertrag wird weiter abgearbeitet, als sei nichts geschehen. Die Zeitenwende wird in Nebenhaushalte, in Sondervermögen und „Doppel-Wummse", ausgelagert. Die nötige nachhaltige Umstrukturierung im Haushalt findet nicht statt. Dabei werden die Herausforderungen in Bereichen wie Verteidigung oder Energie länger fortwähren. Deshalb müsste dauerhaft und grundlegend umgesteuert werden:

▶ Bürokratie muss abgebaut werden. Tatsächlich pumpt die Ampel aber vor allem die öffentliche Verwaltung mit Personal auf wie keine Regierung vor ihr. Noch nie gab es in einer Bundesregierung so viele Parlamentarische Staatssekretäre – nämlich stolze 37 – und unglaubliche 43 Regierungsbeauftragte.

▶ Die Digitalisierung, die wir selbst als Union haben schleifen lassen, müsste schnell und konsequent umgesetzt werden. Damit könnte gerade im öffentlichen Sektor viel Personal gespart werden. Die Ampelparteien wollten die Kompetenzen dafür konzentrieren, sie wollten ein eigenes Digitalministerium. Tatsächlich hält die Ampel die Zuständigkeiten weiter zersplittert.

▶ Deutschland muss als Investitionsstandort dringend wieder attraktiver werden. Das würde Milliarden in die Kasse bringen. Stattdessen redet ausgerechnet der Bundeswirtschaftsminister immer wieder von Steuererhöhungen. „Neben Industrieunternehmen denken immer mehr mittelständische Betriebe darüber nach, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern." Das schreibt der FDP-Bundesvorstand in einem aktuellen Beschluss. Zu Recht! Bundesfinanzminister Christian Lindner und die FDP spielen gern regierungsinterne Opposition. Tatsächlich bewirkt die FDP nichts. Deutschland ist weiterhin international ein Hochsteuerland. Eine grundlegende Unternehmensteuerreform wäre überfällig. Die letzte gab es vor 15 Jahren unter dem SPD-Finanzminister Peer Steinbrück in der Koalition mit uns. Sie war ein Baustein für den jahrelangen Aufschwung, der folgte.

▶ Auch beim Thema Energie zelebriert sich die FDP als Opposition. Tatsächlich hat sie die Abschaltung der drei noch laufenden Kernkraftwerke nicht verhindert, obwohl der Weiterbetrieb die Preise drosseln und mehr CO_2 einsparen würde als der gesamte Heizungsaustausch nach dem Gebäudeenergiegesetz GEG.

▶ Wir brauchen eine kluge Migrationspolitik. Gesteuert in Arbeit. Die Ampel aber lässt die Migration weiter chaotisch ablaufen. Vor allem die Asyl-Zuwanderung wandert überwiegend in die Sozialkassen. Von der größten Flüchtlingsgruppe der Syrer zum Beispiel arbeiten gerade 32 Prozent sozialversicherungspflichtig, 55 Prozent beziehen „Bürgergeld". Wir müssen uns viel mehr anstrengen, diese Menschen in Arbeit zu bringen: Bessere und berufsorientierte Sprachschulung, aber auch Konsequenzen beim

Foto: Tobias Koch

Dr. Mathias Middelberg MdB
Stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Haushalt, Finanzen und Kommunalpolitik

„Die Zeitenwende wird in Nebenhaushalte, in Sondervermögen und ‚Doppel-Wummse', ausgelagert, aber die nötige nachhaltige Umstrukturierung im Haushalt findet nicht statt."

Bürgergeld, wenn keine Beschäftigung aufgenommen wird. Das hätte einen massiven Doppeleffekt. Sozialausgaben würden eingespart und zugleich Steuereinnahmen erreicht. Nur 100.000 mehr Menschen in Arbeit statt im Bürgergeld würden den Bundeshaushalt um zwei bis drei Milliarden Euro entlasten. Das wäre eine Kernaufgabe für Hubertus Heil. Da könnte er zeigen, dass er nicht nur Sozial-, sondern auch „Arbeits"-Minister ist.

Christian Lindner hatte 2017 die Koalitions-Sondierungen mit der Union abgebrochen und argumentiert: „Besser nicht regieren als falsch regieren." Gegenwärtig wird falsch regiert. Vielleicht sollte er daraus Konsequenzen ziehen. ▯

Fit für KI?

Foto: AdobeStock© nadzeya26

Text und Grafiken: **Jan Strache**

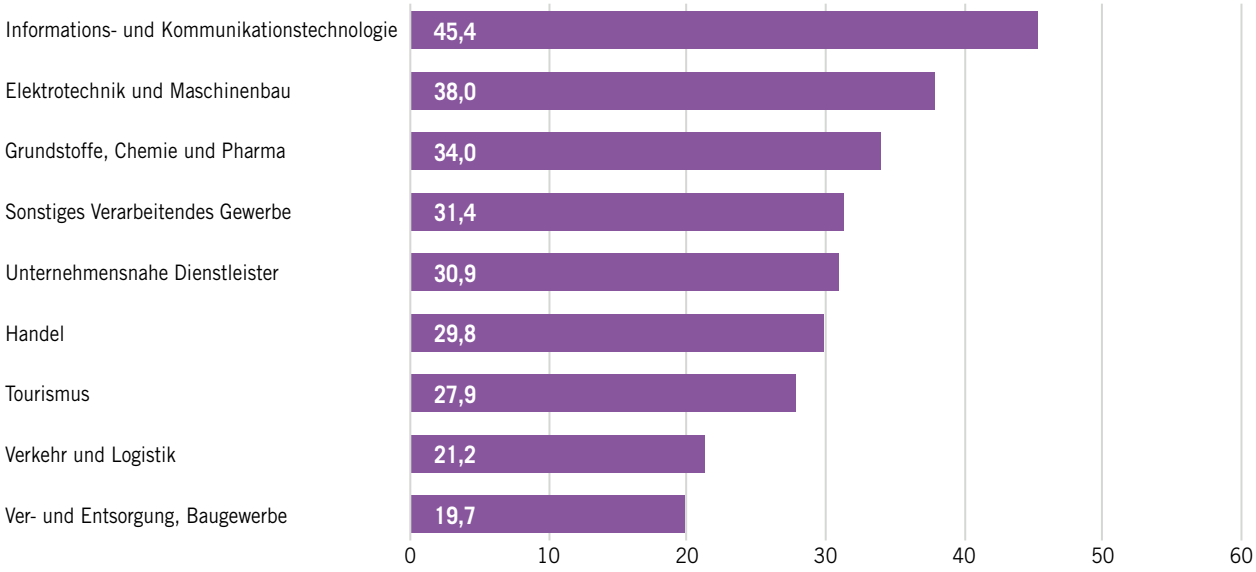
Experten sind sich weitestgehend einig: Die Künstliche Intelligenz (KI) ist die Schlüsseltechnologie der Zukunft und wird die Wertschöpfung revolutionieren. Auch in Deutschland steigt die Zahl der Unternehmen mit KI-bezogenenen Geschäftsmodellen seit Jahren. Laut einer aktuellen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums gab es in der Bundesrepublik zu Beginn dieses Jahres rund 2.800 KI-Startups. International geben jedoch andere Akteure den Ton an. Längst ist ein Wettstreit zwischen den USA und China entbrannt, der sich in der Zahl der Patentanmeldungen und -erteilungen manifestiert.

In Deutschland nutzt bisher nur ein Bruchteil der Unternehmen KI-Technologien oder plant dies konkret. Der Blick auf die Zahlen zeigt auch, dass hierzulande nur wenige Unternehmen über eine ausreichende Datenbasis verfügen, auf deren Grundlage KI-Systeme in ihre digitale Infrastruktur eingebettet werden können. Will Deutschland bei der KI-Revolution nicht den Anschluss verpassen, sind Wirtschaft und Gesellschaft gefordert, dem Wandel offen zu begegnen und ihn aktiv mitzugestalten. An der Politik liegt es, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Der kritische Erfolgsfaktor dafür ist der verbesserte Zugang zu (öffentlichen) Daten, ihre rechtssichere Nutzung und die Bereitstellung der technischen Infrastruktur.

Die Datengrundlage fehlt

in Prozent

So viel Prozent der Unternehmen der jeweiligen Branche in Deutschland erfüllen die Voraussetzungen, um Daten effizient zu bewirtschaften (Befragung von 1.001 Unternehmen im November 2022).



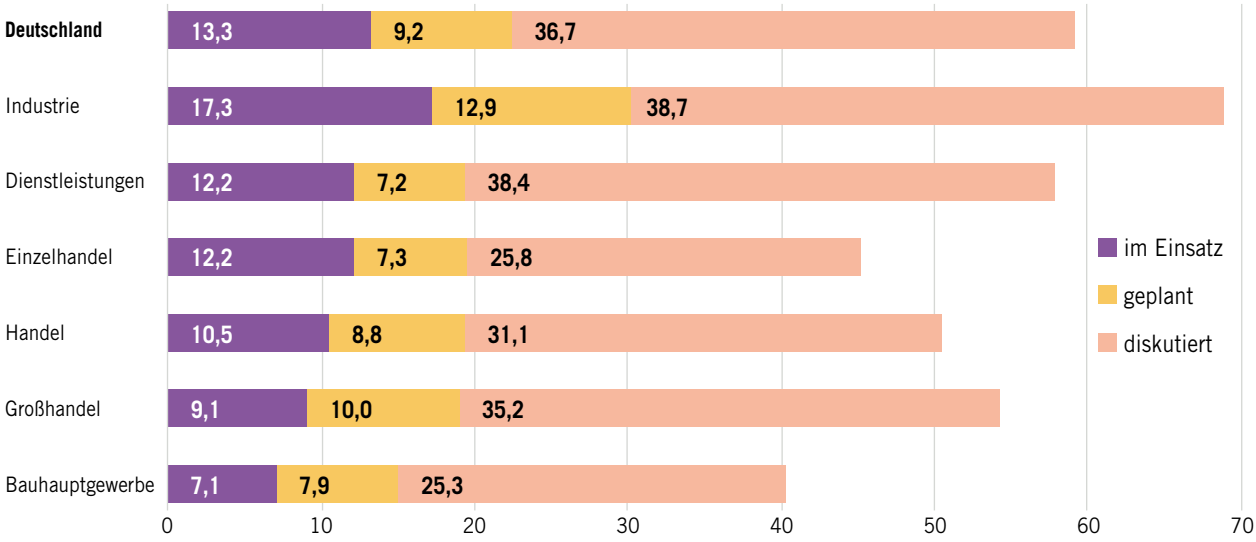
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Da KI viele Daten benötigt, sind Firmen, die effizient mit Daten umgehen, im Vorteil. In Deutschland sind diese Betriebe jedoch in der Minderheit und es herrschen starke branchenabängige Unterschiede. Die Spitzenposition nehmen Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie ein, das Baugewerbe bildet das Schlusslicht.

Einsatz von KI in deutschen Unternehmen

in Prozent

Anteil der Firmen, die KI bereits einsetzen, dies konkret planen oder derzeit diskutieren.

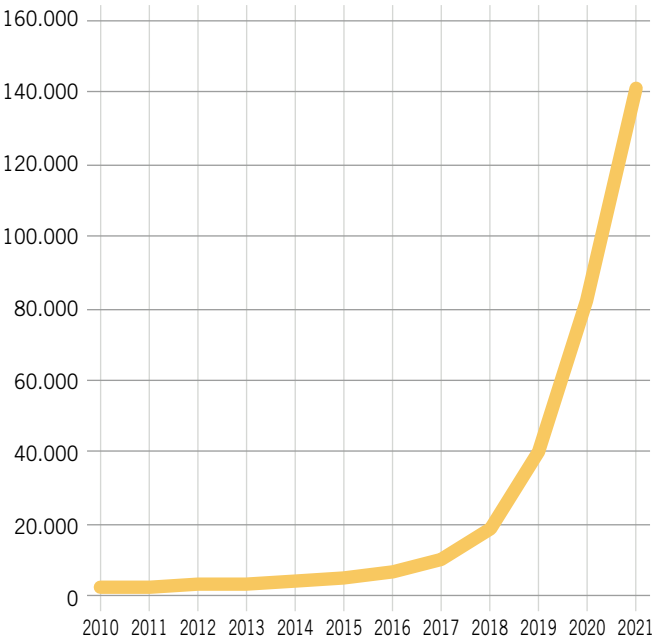


Deutschlandweit setzen rund 13 Prozent der befragten Unternehmen bereits auf KI-basierte Softwarelösungen. Weitere neun Prozent planen eine Nutzung, während knapp 37 Prozent mögliche Anwendungsszenarien diskutieren. Für rund 41 Prozent der Betriebe ist KI zurzeit kein Thema. In der Industrie ist die Bereitschaft zur Nutzung der Künstlichen Intelligenz am größten. Das Schlusslicht bildet das Bauhauptgewerbe.

Quelle: Ifo-Institut

Anzahl der Patentanmeldungen steigt rasant

Entwicklung der weltweiten KI-bezogenen Patentanmeldungen.



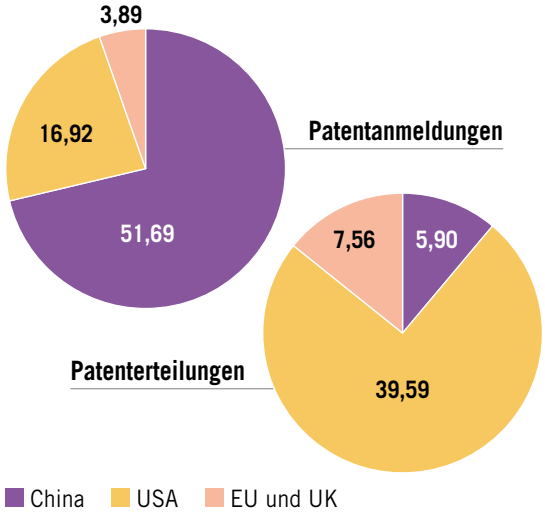
Nachdem die Zahl der jährlichen Patentanmeldungen auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz bis 2016 im vierstelligen Bereich lag, nahm sie in den Folgejahren stark zu auf rund 140.000 im Jahr 2021.

Quelle: Artificial Intelligence Index Report (Stanford University)

China und die USA geben den Ton an

in Prozent

Anteil an den weltweiten Patentanmeldungen und -erteilungen im Jahr 2021.



Mehr als die Hälfte der weltweiten Patentanmeldungen auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz entfallen inzwischen auf China, gefolgt von den USA. Ganz anders sieht das Bild bei den Patenterteilungen aus: Hier dominieren die USA klar. Die EU und das Vereinigte Königreich liegen sowohl bei den Patentanmeldungen als auch den Patenterteilungen abgeschlagen im einstelligen Bereich.

Quelle: Artificial Intelligence Index Report (Stanford University)

Die Richtlinie bedarf grundlegender Überar

Der Entwurf zum EU-Lieferkettengesetz belastet den Mittelstand schwer und gefährdet Arbeitsplätze.

Wie können wir wirksam gegen weltweite Armut, Ausbeutung der Umwelt und Menschenrechtsverletzungen vorgehen? Die Europäische Kommission hat eine Richtlinie vorgeschlagen, die im Binnenmarkt tätige Unternehmen zur Achtung der Menschen- und Umweltrechte in ihren Geschäftsabläufen und Wertschöpfungsketten anhalten soll. Klingt erstmal gut und ist wichtig, jedoch hält die Richtlinie leider nicht, was sie verspricht.

Der im Februar 2022 veröffentlichte Entwurf zum EU-Lieferkettengesetz, die sogenannte Corporate Sustainability Due Diligence Directive, sieht einheitliche Regeln für den europäischen Binnenmarkt vor. Dabei geht der Entwurf bereits im Anwendungsbereich deutlich über das bereits existierende deutsche Lieferkettengesetz hinaus. Trotz der negativen Stellungnahme des Expertengremiums der Kommission für bessere Rechtsetzung, hat die Kommission den Gesetzesvorschlag aus politischen Gründen mit nur wenigen Änderungen veröffentlicht, anstatt ihn grundlegend zu überarbeiten. Genau diesen Vorgang kritisieren wir in der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und können dem Gesetz, ohne eine grundlegende Überarbeitung, nicht zustimmen.

Was genau ist problematisch und wie könnte das überarbeitete Gesetz aussehen? Mit der Entscheidung, das Gesetz als Richtlinie zu gestalten, hat die Europäische Kommission die Chance auf passgenaue Lösungen verspielt. Eine Verordnung mit klaren Zieldefinitionen hätte den Mitgliedstaaten weniger Handlungsspielräume zur eigenen Ausgestaltung geöffnet und so übermäßige Bürokratie vermieden. Gleichzeitig hätte ein schrittweises Vorgehen erlaubt, Kritikpunkte am Entwurf sukzessive aufzugreifen, den Erfolg von Maßnahmen zu prüfen und bewährte Instrumente auszuweiten. Dem ist die Kommission weder mit dem Entwurf nachgekommen, noch konnte sich das Parlament darauf einigen.

De facto bedeutet der aktuelle Vorschlag einen enormen bürokratischen Aufwand, der auch kleine und mittelständische Unternehmen betrifft. Anders als das deutsche Lieferkettengesetz, würde der aktuelle europäische Entwurf dank Grünen, Linken und Sozialdemokraten nämlich nicht erst für Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern gelten. Auch die Anwendungsbereichsschwelle ab 250 Mitarbeitern soll nicht nur haftungsbeschränkte Unternehmen betreffen, sondern auch persönlich haftende Gesellschaften, was schlichtweg durch die bürokratische Mehrbelastung nicht umsetzbar ist. Allein in Deutschland gibt es rund 13.500 Betriebe, die nun zusätzlich unter das Gesetz fallen würden. Damit nicht genug: Die Europäische Kommission geht selbst davon aus, dass die sich aus dem Entwurf ergebenden Sorgfaltspflichten mittels Vertragsklauseln weitergegeben werden können. Dadurch bedeutet das Dossier ein erhebliches Risiko und bürokratische Mehrbelastung, nicht nur für deutsche Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern, sondern auch für kleine und mittelständische Betriebe mit niedrigeren Beschäftigungs- und Umsatzzahlen, die nicht unmittelbar vom Anwendungsbereich gedeckt sind.

Auch abseits technischer Regularien ist das europäische Lieferkettengesetz ungeeignet, für mehr globale Gerechtigkeit zu sorgen. Anstatt zu unterstützen werden durch das Gesetz Aufgaben eines Staates, wie die Sicherstellung von Standards, an Unternehmen weitergegeben. Das Problem: Unternehmen können diese Aufgabe nicht leisten, weshalb sie sich als Konsequenz aus Drittstaaten zurückziehen und den Markt anderen nicht regulierten Regionen überlassen. Ein Beispiel ist Österreichs größter Baukonzern STRABAG, welcher im Herbst 2022 ankündigte, sich zukünftig nicht mehr an Projekten in Afrika

Foto: EPP-Lahouse

Daniel Caspary
Vorsitzender CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

„Anstatt zu unterstützen werden durch das Gesetz Aufgaben eines Staates, wie die Sicherstellung von Standards, an Unternehmen weitergegeben.“

beitung

Foto: European Union, 2018

beteiligen zu wollen. Die Begründung: Es sei unmöglich, alle für ein Bauprojekt benötigten Teile auf ihre Herkunft zu überprüfen. Auch ein Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel für die IMPULS-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass letztendlich Zulieferern aus Entwicklungsländern die Möglichkeit erschwert wird, durch Handel zu Wohlstand zu kommen. Unternehmen werden aufgrund des hohen Risikos und der Unmöglichkeit, Verstöße rechtssicher auszuschließen, auf Produktionsschritte in Drittstaaten verzichten. Dies führt zur Verlagerung von Wertschöpfungsketten aus den Ländern, in denen eben jene Arbeit die Grundlage für wirtschaftlichen Aufstieg und Armutsbekämpfung darstellt. Aus Sicht der Entwicklungsländer ist gut gemeint nicht gleich gut gemacht. Die technische Umsetzung des geplanten Gesetzes ist schlecht; aber selbst die hohen Ideale des europäischen Lieferkettengesetzes bestehen den Realitätscheck nicht.

Gerade in der aktuellen Krisenzeit, die große Herausforderungen für die europäische Wirtschaft birgt, setzt dieses Lieferkettengesetz falsche Impulse. Gefragt wären Weitsicht, Sorgfalt und Anreize, nicht Bürokratie und Abwälzen von nationalstaatlicher Verantwortung auf privatwirtschaftliche Unternehmen. Die CDU/CSU-Gruppe kann keinem europäischen Lieferkettengesetz zustimmen, das den Mittelstand schwer belastet, Arbeitsplätze in Deutschland und Europa gefährdet und dabei keine wesentlichen Verbesserungen bei Menschenrechten, Sozialstandards und Umweltschutz bringt. Wir haben deshalb bisher gegen den Gesetzesentwurf im Parlament gestimmt. Auch zweifeln wir daran, dass die gerade laufenden interinstitutionellen Verhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission eine Veränderung zum Besseren bringen werden, weshalb wir uns die Ablehnung des Gesetzestextes auch nach den Verhandlungen vorbehalten. Das heißt nicht, dass wir gegen ein generelles EU-Lieferkettengesetz sind, sondern uns lediglich dafür einsetzen, dass Europa Maßnahmen erarbeitet, die tatsächlich zu Verbesserungen für Menschen, Umwelt und Wirtschaft führen. ▯

Foto: AdobeStock©Ingo Bartussek

Wohlstandsgrundlage sichern

Europa muss konsequent den gemeinsamen Binnenmarkt vorantreiben

Der Binnenmarkt ist heute die Wohlstandsgrundlage für Europa. Doch er ist in der Defensive: Der schlimmste Rückschlag war der Brexit. Das treibende Argument für den Austritt war die Rahmensetzung aus Brüssel. Deswegen steht die Frage im Raum: Wie kann man dem Binnenmarkt neues Leben einhauchen?

Zuerst: Wir haben das Prinzip nicht konsequent umgesetzt, dass nur die vom Binnenmarkt profitieren dürfen, die auch Teil davon sind. Wenn jemand Mitglied im EU-Binnenmarkt ist, darf er die Vorteile nutzen. Wenn er aber raus will, verliert er diese auch. Das ist eine schwierige Frage, weil dies auch zu Schäden führt. Machen wir uns nichts vor!

Zweitens, wir brauchen Mut für neue Felder. Die Kapitalmarktunion ist im Arbeitsprozess, auch die Energieunion. Wir Deutschen in der Mitte Europas würden am meisten davon profitieren. Europa hat im Dienstleistungsbereich die größten Schwachstellen. In den letzten Jahrzehnten hatten wir beim Warenaustausch ein Plus von über 500 Prozent, weil er aufgrund der Standardsetzung super funktioniert. Im Dienstleistungsbereich sind es nur 33 Prozent Plus. Dort haben wir viel Potenzial und packen neue Felder an. Deshalb freue ich mich, wenn starke Aufsichtsbehörden gefordert werden. Sie garantieren, dass wir gemeinsame Spielregeln im Markt haben und Wachstum möglich ist.

Mein dritter Wunsch: Wir haben in der Jean-Claude-Juncker-Periode auf EU-Ebene acht neue Handelsverträge abgeschlossen, aber in dieser Legislaturperiode keinen einzigen. Wir müssen wieder Gas geben, um mit der Welt Handel treiben zu können. Symbolthema Nummer Eins ist Mercosur – mit ausgehandelt am Tisch. 800 Millionen Verbraucher in Südamerika warten auf europäische Produkte. Da müssen wir jetzt die Kraft haben, zum Abschluss zu kommen. Handelsverträge sind die Grundlage für den europäischen Wohlstand.

Das Vierte ist: Wir müssen kritisch mit unserer Regulatorik umgehen. Wir haben im Klima und Naturschutz zuletzt viel geregelt und gestaltet – im Konsens. Aber wir dürfen als Politik nicht die Methode vorschreiben, sondern müssen dies dem Markt überlassen. Das beste Beispiel war dazu die Verbrenner-Diskussion. Meine Fraktion hat entschieden, dass wir jetzt mal Atem holen müssen. Das gilt auch für neue Auflagen, Schlagwort REACH-Überarbeitung oder Schlagwort Auflagen im Nahrungsmittelbereich für ländliche Räume.

Das Fünfte, ist die große Schicksalswahl, die 2024 auf uns zukommt und eine historische Weichenstellung für unseren Kontinent sein wird. Als bürgerlicher Vertreter im Parlament freue ich mich, dass die schwedische Ratspräsidentschaft Wettbewerbsfähigkeit wieder zu einem europäischen Thema gemacht hat. Es muss uns gelingen, dies zum zentralen Gegenstand der Europawahl-Debatte zu machen. Wohlstandssicherung durch eine Agenda, die für Stabilität auf dem Kontinent sorgt. ▯

Foto: EVP-Fraktion

Manfred Weber MdEP
Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

„Wir müssen wieder Gas geben, um mit der Welt Handel treiben zu können.“

Foto: AdobeStock©Tobias Arhelger

Deutschland braucht mehr Tempo

Die klimaneutrale Wirtschaft ist eine große Herausforderung.

Ludwig Erhard wurde 1963 Bundeskanzler. In seinem Buch „Wohlstand für alle“ beschrieb er den Dreiklang der Sozialen Marktwirtschaft: Wettbewerb, Wachstum und Beteiligung aller am Erfolg. Dieser Dreiklang gilt auch heute noch, wenn wir klimaneutral werden und ein erfolgreiches Industrieland bleiben wollen. Dafür braucht es Mut, Investitionen und Tempo. Es gibt viele Herausforderungen wie die Energiewende, den Infrastrukturausbau und die Digitalisierung. Der Angriffskrieg Russlands hat den Handlungsdruck noch verstärkt.

Wir haben bewiesen, dass wir schnell sein können, indem wir die Energieversorgung gesichert haben. Das ist eine große Leistung. Genau diese Deutschland-Geschwindigkeit brauchen wir jetzt. Das gilt auch für die Europäische Union (EU). Sie hat das Tempo bei Freihandelsverträgen erhöht. Wir benötigen tiefere Handelsbeziehungen mit Ländern wie Südamerika, Indien, Indonesien, Australien und Kenia. Nur mit fairen Handelsverträgen können wir unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen.

Die klimaneutrale Wirtschaft ist eine große Herausforderung. Bis 2030 wollen wir 80 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien beziehen. Dafür müssen wir schnell handeln. Im Norden und Osten Deutschlands gibt es theoretisch schon sehr billige, international wettbewerbsfähige Strompreise durch erneuerbare Energien. Das muss für ganz Deutschland gelten. Deshalb werden wir den Ausbau der Stromleitungen beschleunigen und ein leistungsfähiges Netz schaffen. Den Ausbau der erneuerbaren Energien werden wir auch im Süden und Westen vorantreiben.

Deutschland produziert bereits viel Strom aus erneuerbaren Quellen. Um Flaute-Situationen auszugleichen, werden wir Ausschreibungen für Gaskraftwerke voranbringen, die für Wasserstoff geeignet sind. In den 2030er-Jahren müssen alle Kraftwerke installiert sein, um die Energiesicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Wir wollen uns nicht von Stromimporten abhängig machen, sondern unseren Strom selbst produzieren und im europäischen Verbund nutzbar machen. Es wird auch Entscheidungen über den Aufbau eines Wasserstoffnetzes geben. Dieses Netz wird zwar zunächst nicht voll ausgelastet sein, aber es wird sehr wichtig für die nächsten Jahrzehnte. Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir Tempo machen bei unseren Entscheidungen. Deutschland und die EU haben sich in den letzten Jahrzehnten mit Vorschriften zugemauert. Diese funktionieren nicht, es muss jetzt schnell gehen. Wir müssen Genehmigungszeiten verkürzen und es einfacher machen. Wir können nicht überall Gutachten vorschreiben, wenn es nicht genug Gutachter gibt.

Olaf Scholz
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Foto: Christian Kruppa

„Deutschland und die EU haben sich in den letzten Jahrzehnten mit Vorschriften zugemauert.“

Fast jedes Unternehmen hat bereits Pläne, wie es zur Klimaneutralität beitragen kann. Wenn wir die Wirtschaft machen lassen, wird es zu nachhaltigem Wachstum und Wohlstand für alle in unserem Land beitragen. □

Foto: AdobeStock©industrieblick

Klimawandel gelingt nur mit der Industrie

Die EU braucht einen Industriepakt gleichwertig mit dem Green Deal.

Die Menschheit muss eine ihrer größten Herausforderungen meistern. Der Klimawandel ist zugleich der wichtigste Grund, unsere Industrie in Europa zu halten. Wir brauchen die europäische Industrie für Wohlstand, Investitionen und Arbeitsplätze. Aber wir brauchen auch die Industrie in Europa, um Lösungen für das Klima zu finden.

Oft liegt der politische Horizont hier bei 2050, aber in Wirklichkeit bewegen sich viele unserer Industrien viel schneller. Einige werden Netto-Null-Emissionen schon 2040 oder sogar 2035 erreichen. Unsere Industrie und unsere Unternehmen bekommen leider nicht genug Anerkennung für ihre Bemühungen.

Manchmal hören wir, dass die Lösung im Verzicht auf Wachstum liegt. Dass wir den Klimawandel mit weniger Wachstum, weniger Investitionen, weniger Konsum und wahrscheinlich auch weniger Arbeitsplätzen bekämpfen könnten. Das wird aber niemals funktionieren. Eine Strategie des Weniger steht völlig im Widerspruch zu unserer menschlichen Natur.

In unserer Geschichte war es immer so: Die Menschheit hat ihre größten Herausforderungen nie durch Rückschritt gelöst. Im Gegenteil: Die Lösung liegt in einer Strategie des Mehr – aber besser und anders. Anders in dem Sinne, dass wir das Wirtschaftswachstum von der Zunahme der CO_2-Emissionen entkoppeln müssen.

Das ist nicht neu. In Europa haben wir bereits eine strukturelle Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen organisiert. Diese strukturelle Entkopplung hat sich in den vergangenen Jahren sogar noch verstärkt. Im letzten Jahr betrug das Wirtschaftswachstum in Europa 1,5 Prozent, während die Treibhausgasemissionen um vier Prozent sanken.

Es wäre ein Drama für die Welt, wenn die industrielle Produktion von Europa in andere Teile der Welt verlagert würde. Die Frage lautet also: Wie organisieren wir unsere Gesellschaft so, dass wir die Industrie in Europa weiter ausbauen können? Für mich lautet die Antwort: Mit einem europäischen Industriepakt auf Augenhöhe mit dem Green Deal. Beide sollten sich gegenseitig verstärken.

Drei Dinge sind wichtig: Erstens müssen wir klare politische Entscheidungen treffen und uns auf das Wichtigste konzentrieren. Zweitens muss Europa einen Wandel vollziehen: Wir sind ein Kontinent, der gerne auf Regulierungen und Verbote setzt. Das sollten wir ändern. Wir müssen mehr auf marktwirtschaftliche Anreize bauen. Und drittens brauchen wir mehr Energie, mehr grüne Energie, und zwar sehr viel davon.

Wir haben in den letzten Jahren erfolgreich die Menschen davon überzeugt, dass der Klimawandel real ist und durch menschliche Aktivitäten verursacht wird. Die Bürger verstehen, dass es schwierig sein wird, ihn zu bekämpfen. Aber wir dürfen den Schwung jetzt nicht verlieren und wir müssen dabei auf die Marktkräfte vertrauen. ▯

Foto: Christian Kruppa

Alexander De Croo
Premierminister des Königreichs Belgien

„Die Menschheit hat ihre größten Herausforderungen nie durch Rückschritt gelöst."

Foto: AdobeStock©nmann77

Inflation frisst Wachstum

Gegen Inflation helfen eine klare Geldpolitik und solide Staatsfinanzen.

Inflation ist nicht nur Gift für die Wirtschaft, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Wir müssen von den hohen Inflationsraten herunterkommen. Obwohl ich nicht pessimistisch bin, möchte ich davor warnen, bei der Geldpolitik voreilig lockerzulassen. Inflation ist vergleichbar mit einer Krankheit, bei der man eine Woche lang 40 Grad Fieber hatte und bei 38,5 Grad sagt: Jetzt ist alles gut. Der Körper wird das nicht durchhalten.

Ich bin dankbar, dass wir endlich eine klare Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) haben. Die Bundesbank hat sich seit Jahren dafür eingesetzt. Unser Institut hat 2021 vor einer zu hohen Inflation gewarnt und gedacht, dass die Inflation auf fünf bis sechs Prozent steigt. Dass sie auf zehn Prozent zulegt, habe ich damals nicht erwartet. Und heute sind wir immer noch bei sieben Prozent! Das Problem ist die Kerninflation, sie geht nicht zurück.

Daher ist es enorm wichtig, dass wir den disziplinierten Kurs der EZB und auch der Fed in den USA beibehalten und die Zinserhöhungen fortsetzen, damit wir die Inflation in den Griff bekommen und dauerhaft in die Nähe von zwei Prozent rücken. Ob wir tatsächlich auf zwei Prozent kommen werden, stelle ich infrage. Wir rechnen damit, dass wir 2023 im Schnitt noch eine Inflation von rund sechs Prozent in Deutschland haben werden. 2024 sollten wir unter fünf Prozent kommen.

Aber warum sind hohe Inflationsraten Gift für Wirtschaft und Gesellschaft? Mindestens 30 Prozent der Bürger können von ihrem monatlichen Einkommen ihre Ausgaben nicht mehr bestreiten. Wir spüren das beim Konsum in Deutschland zwar noch nicht so, wie wir es früher in anderen Abschwungphasen gesehen haben. Noch immer können viele Menschen von ihren Ersparnissen leben.

Blicken wir in die USA: Amerika hat mittlerweile 75 Prozent seiner privaten Ersparnisse abgebaut, weil die Menschen wegen der hohen Inflation angefangen haben, ihre Ersparnisse auszugeben. Ähnliches passiert gerade auch in Europa und in Deutschland.

Es ist wichtig, die Inflation in den Griff zu bekommen, damit die Menschen nicht immer weniger konsumieren. Selbst wenn es kurzfristig weh tut und Refinanzierungen teurer werden – wir müssen langfristig wachsen können. Bleibt die Inflation zu lange hoch, werden wir das nicht können. Deshalb mein Petitum. Deshalb ist es auch richtig, wie Bundesfinanzminister Christian Lindner mit einer klaren Haushaltspolitik fortzufahren. Wir haben das letztes Jahr in England gesehen: Wenn man eine Finanzpolitik anstrebt, die nicht nachhaltig ist, reagiert der Kapitalmarkt brutal.

Christian Sewing
Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Bank AG

Foto: Deutsche Bank

„Es ist richtig, wie der Bundesfinanzminister mit einer klaren Haushaltspolitik fortzufahren."

Hätte die Bank of England damals nicht beherzt eingegriffen, hätten wir noch einen ganz anderen Abschwung erlebt. Das lag daran, dass England das avisierte Haushaltsdefizit einfach nicht verkraftet hätte. Deswegen kann ich den deutschen Finanzminister bei seinen Bemühungen um einen soliden Haushalt nur unterstützen. ▯

Foto: AdobeStock©Popowa Olga

Soziale Marktwirtschaft heißt nicht, dass Umverteilung im Zentrum steht und der Staat die Kommandos gibt.

Freiheit und Eigentum bilden die Basis

Seit 60 Jahren setzt sich der Wirtschaftsrat für die Soziale Marktwirtschaft ein. Es gibt viele, die sich zur Sozialen Marktwirtschaft bekennen, auch ungewöhnliche und überraschende Bekenntnisse hört man. Deshalb erlaube ich mir, Soziale Marktwirtschaft so zu übersetzen: Soziale Marktwirtschaft ist nicht die Wirtschaftsordnung, in deren Zentrum Umverteilung steht und der Staat die Kommandos gibt. Soziale Marktwirtschaft ist jene Wirtschaftsordnung, die auf die Freiheit des Einzelnen vertraut und sein Eigentum garantiert. Deshalb können wir alle diejenigen auf der Welt, die sich auf diese Wirtschaftsordnung berufen, unterscheiden. Da gibt es echte und falsche Freunde. Das Gefährliche ist, dass die falschen Freunde manchmal schlimmer sind als die echten Feinde, weil sie in Wahrheit auch den normativen Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft ausfüllen wollen.

Nach einem Jahr können wir feststellen, dass unser Land besser durch diese herausfordernde Situation gekommen ist, als viele befürchtet hatten. Die Politik hat dazu beigetragen. Aber im Kern hat es gezeigt, dass unsere Volkswirtschaft widerstandsfähig ist. Unternehmer in unserer Sozialen Marktwirtschaft finden effiziente und effektive Lösungen. Sie brauchen dafür kein Kommando. Ihr Erfindergeist und das Unternehmertum haben wesentlich dazu beigetragen, dass unser Land heute da steht, wo es steht.

Obwohl der Einbruch nicht so stark war wie befürchtet, kommen andere Länder besser aus der aktuellen Situation heraus. Ich fühle mich unwohl, wenn Deutschland und Großbritannien unter den G7-Nationen die geringsten Wachstumsraten aufweisen. Andere prosperieren und entwickeln eine gewisse Dynamik. Wir müssen uns mit bescheidenen 0,4 Prozent Wachstum begnügen.

Was wir brauchen, ist eine Debatte über neue Wettbewerbsfähigkeit und neue Quellen des Wohlstands. Makroökonomisch zentral für die Bundesregierung ist die Bekämpfung der Inflation. Wir müssen zurück zur Preisstabilität. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, weil Menschen fürchten, am Ende des Monats einen leeren Kühlschrank vorzufinden. Es ist auch ein Gebot der ökonomischen Klugheit. Und es ist ein Gebot der freiheitlichen Wirtschaftsordnung, weil die Lenkungsfunktion des Preises beeinträchtigt wird, wenn er Knappheiten nicht mehr vernünftig abbilden kann.

Wir können nicht mit neuen Staatsaufgaben und -ausgaben auf Pump weiter arbeiten. Politik muss jetzt viel stärker Prioritäten setzen als in der Nullzinsphase. Politik, die Geld verteilt, um politische Unterschiede mit dem Geld der Steuerzahler oder mit Schulden zuzuschütten, hat keine Zukunft. Niemand wird die Politik heute davon entlasten, Prioritäten zu setzen und zu entscheiden, was wirklich dringlich und was nicht finanzierbar ist. Im Grunde stehen wir vor einer Rückkehr zu einer einfachen Erkenntnis: Zuerst muss der Wohlstand erwirtschaftet werden. Und erst danach können die Verteilungsfragen gestellt werden. ▯

Foto: Bundesministerium der Finanzen

Christian Lindner MdB
Bundesminister der Finanzen

„Was wir brauchen, ist eine Debatte über Wettbewerbsfähigkeit und neue Quellen des Wohlstands."

Foto: Adobe Stock©engel.ac

Soziale Marktwirtschaft muss Widersprüche vereinen

Argumente für einen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke passen nicht ins Jahr 2023.

Zuerst einmal: Happy Birthday! 60 Jahre Wirtschaftsrat sind 60 Jahre Einsatz für die Wirtschaftspolitik. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, so haben Sie doch ein Forum geschaffen, das viele andere Parteien kopiert haben. Politik ohne wirtschaftliche Kontakte ist sinnlos, sie findet in einem luftleeren Raum statt. Deshalb ist das ein Grund zum Feiern!

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Prinzip, das Gegensätze vereint. Das macht sie stark. Sie geht auf Alfred Müller-Armack zurück, der darin eine "irenische Formel" sah, die Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich verbindet. Das macht sie aktuell und zu einer Verpflichtung für die Politik. Die Politik muss erkennen, dass Kreativität, Innovationskraft und das freie Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte Wohlstand schafft. Aber die Politik muss auch einen gesellschaftlichen Rahmen dafür schaffen, der immer neu ausgehandelt wird. Wir alle haben die Pflicht, Gegensätze zum Wohle unseres Landes zu überbrücken.

Es gibt viel zu tun. Zum Beispiel müssen wir gegen einen dramatischen Mangel an Fachkräften vorgehen. Aber das ist kein Verschulden der letzten zwölf Monate, sondern ein Verpennen der letzten zwölf Jahre, als nicht genug getan wurde. Ähnlich verhält es sich mit der Atompolitik. Ich akzeptiere völlig, wenn man der Meinung ist, wir brauchen nukleare Energie in Deutschland. Ich habe Argumente dagegen. Wenn man nach Frankreich schaut, sieht man, dass die Atomkraftwerke wegen der Kühlung und der Trockenheit dort nicht gerade klimafest sind. Die neuen Atomkraftwerke sind teuer und der französische Staat pumpt Milliarden Euro in die Atomkraftwerke. Aber der entscheidende Punkt ist, dass die heute vorgetragenen Argumente für einen dauerhaften Weiterbetrieb der Kernkraftwerke in Deutschland nicht ins Jahr 2023 passen, diese hätte man im vergangenen Jahrzehnt nach dem Ausstieg durch eine CDU-geführte Regierung anbringen müssen. Ich würde deshalb neben all den politischen oder ideologischen Fragen zuerst die ökonomischen Fragen stellen.

Ein Wort zum amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA): Es stimmt, die Amerikaner haben ein schnelleres Beihilfesystem als wir. Wir haben diese elendig langen Beihilfeverfahren. Das ist nicht wettbewerbsfähig. Das geht nicht. So können wir nicht mithalten. Der amerikanische Weg der Steuergutschriften ist ein anderer. Man weiß vorher nicht, wie teuer das wird. Der Grund, warum Europa anders handelt, ist das Budgetrecht. Wir müssen uns an die Maastricht-Kriterien und die Schuldenbremse halten. Deswegen müssen wir vorher wissen, wie viele Subventionen wir ausreichen. Dass das alles schneller gehen muss, ist unstrittig. Aber wenn wir auch Steuergutschriften für Investitionen geben wollen, können wir nicht gleichzeitig auf ausgeglichene Haushalte am Jahresende bestehen. Man kann sich in dieser Frage natürlich anders entscheiden – aber nicht für beides gleichzeitig.

Robert Habeck
Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Foto: Dominik Butzmann

„Atomkraftwerke sind wegen der Kühlung nicht gerade klimafest."

Foto: AdobeStock©Kirill Gorlov

Vielfalt und Innovation für individuelle Mobilität

Mit Wettbewerb und Marktwirtschaft die großen Zukunftsfragen zu lösen.

Die Soziale Marktwirtschaft hat unser Land stark gemacht und uns auch die besten Werkzeuge an die Hand gegeben, um ökologische Herausforderungen zu meistern. Ich bin überzeugt, dass Wettbewerb und Marktwirtschaft die treibenden Kräfte sind, um die großen Fragen der Zukunft zu lösen. Wenn wir uns auf diese Grundwerte besinnen, können wir unsere Ziele erreichen. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir im Verkehrssektor klimaneutral werden können. Es ist jedoch schwierig, klimaneutral zu werden, weil wir eine ganze Bandbreite von Bestandsflotten haben, die wir nicht von heute auf morgen erneuern können. Aber in vielen Bereichen sind wir sehr gut unterwegs und kommen auch sehr gut voran.

Mobilität ist sehr individuell. Deshalb brauchen wir auch Vielfalt im Mobilitätsangebot. Meine Aufgabe ist es, diese Vielfalt zu erhalten. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Deutsche Bahn. Wir haben ein Schienennetz, das in weiten Teilen veraltet und deshalb nicht in der Lage ist, die Verkehre von heute aufzunehmen. Viele Unternehmen in Deutschland würden gerne mehr auf der Schiene befördern, aber die Kapazitäten fehlen. Wir rüsten unser Schienennetz zu einem Hochleistungsnetz auf, indem wir die Hauptkorridore der Deutschen Bahn für eine kurze Bauzeit sperren und dann alles erneuern. Dadurch und durch den Aufbau digitaler Steuerungssysteme schaffen wir deutlich mehr Kapazitäten auf der Schiene.

Wir haben uns außerdem darauf verständigt, die Engpässe in unserem Autobahnnetz zu beseitigen. Davon haben wir mehr als 140 in Deutschland, die von Gutachtern als dringendes Problem bezeichnet wurden. Wir haben auch entsprechende Anreize gesetzt, um den Umstieg vom fossilen Verbrennungsmotor zum klimaneutralen Antrieb beim LKW zu fördern. Klimaneutrale Antriebe gibt es schon. Aber es gibt nicht nur eine Lösung. Deshalb setzen wir auf eine Politik der Technologieoffenheit. Wir sind der Meinung, dass der Staat nicht durch Verbote die Möglichkeiten einschränken sollte, wenn noch nicht alle Fragen der Transformation geklärt sind. Ich habe mich gefreut, dass meine Haltung auch bei den Kollegen auf der G7-Ebene Zustimmung fand. Es ging mir darum zu zeigen, dass es keinen Grund gibt, jetzt Verbote auszusprechen. Mir war es auch wichtig, dass wir in Europa keine Fehler machen. Denn wir dürfen uns bei den Antrieben der Zukunft nicht auf Technologien festlegen, die uns noch keine Antwort darauf geben können, wie wir unsere vielfältigen Mobilitätsbedürfnisse in Zukunft erfüllen können. Dass wir uns am Ende gegenüber der EU-Kommission durchsetzen konnten, hat mich sehr gefreut. Auch die positive Resonanz aus der Bevölkerung hat mich bestärkt. Die Menschen haben ein Gespür dafür, wie wichtig Mobilität ist. ▯

Foto: Jesco Denzel

Dr. Volker Wissing MdB
Bundesminister für Digitales und Verkehr

„Wir setzen auf eine Politik der Technologieoffenheit.“

Geschäftsmodell ermöglichen

Viele Wege führen zur Klimaneutralität.

Foto: AdobeStock©Kirill Gorlov

Sie haben etwas vor und müssen schnell dort sein. Sie geben Ihr Reiseziel in das Navi ein. Sie bekommen alternative Strecken vorgeschlagen, weil der direkte Weg durch Staus oder Baustellen nicht möglich ist. Alle Routen führen zum Ziel, aber sie brauchen unterschiedlich viel Zeit. So geht es auch globalen Unternehmen in der Debatte um den besten Weg zur Klimaneutralität. Der globale Routenplaner macht Angebote. Die Routen, die weltweit gewählt werden, könnten unterschiedlicher nicht sein.

Wie sieht etwa die Route zu Net Zero von China aus? Sie ist auf 2060 ausgerichtet und soll die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes mit dem Klimaschutz verknüpfen. Dennoch geht China beim Klimaschutz große Schritte: 2021 hatten die Erneuerbaren einen Anteil an der Primärenergie von 15 Prozent. In Deutschland waren es 2021 19,5 Prozent. 2022 erzielte China ein Plus bei den Erneuerbaren von 118 Gigawatt. Das ist mehr als das Doppelte des europäischen Ausbaus von 48 Gigawatt.

Die USA verfolgen einen Weg, der Net Zero über Geschäftsmodelle erreichen will. Der Inflation Reduction Act (IRA) ist so einfach wie bestechend. Er bietet Tax Credits, abhängig von der CO_2-Reduzierung, die mit einer Investition erzielt wird. Das ermöglicht Unternehmen niedrige Herstellkosten und stellt international wettbewerbsfähige Low-Carbon-Investitionen sicher. Mit dem IRA und dem Chips-Act haben die USA von August 2022 bis März 2023 Investitionen von 200 Milliarden US-Dollar mobilisiert.

Und was macht Europa? Die EU war lange ambitionierter Vordenker auf dem Weg zu Net Zero. Doch nun verliert sie sich in einem Dickicht lähmender Regulierungen. Alles wird festgelegt – das Ziel, der Weg, die Technologie, die Instrumente und wie diese Instrumente eingesetzt werden müssen. Unternehmertum, Erfindergeist, Mut und Risikobereitschaft werden erstickt. Die EU fördert innovative Investitionen durchaus großzügig, allerdings mit enormer Komplexität und langen Antragszeiten. Das eigentliche Problem ist jedoch das fehlende Geschäftsmodell. Man kann mit fast allen Investitionen in die Transformation unter diesem Regulierungsregime kein Geld verdienen.

Politisch und gesellschaftlich wollen wir einen schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft erreichen. Zugleich aber plant die EU ein Verbot aller per- und polyflorierten Chemikalien (PFAS). Doch ohne PFAS-haltige Membrane ist keine Wasserstoffelektrolyse für grünen Wasserstoff möglich. Zudem führt die Definition des grünen Wasserstoffs zu einem engen Korsett bei der Realisierung, was die fehlende Wirtschaftlichkeit weiter belastet.

Martin Brudermüller
Vorsitzender des Vorstands
BASF SE

Foto: BASF SE

„Die EU verliert sich im Dickicht lähmender Regulierungen."

Wir wollen Net Zero hinbekommen und in Europa erfolgreich und wettbewerbsfähig sein. Wir wollen, dass Unternehmen wie BASF ihre unternehmerische Kraft und ihren Ideenreichtum für diesen Weg entfalten können. Wir wissen aber auch, dass wir das nur schaffen, wenn wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben. ▯

Das Ende einer Ära

Lange galt die Industrie als Filetstück der deutschen Wirtschaft. Doch neue Daten zeigen, dass sie deutlich schlechter durch Krisen kommt als gedacht. Einfach abwarten, bis es wieder aufwärts geht, funktioniert nicht mehr. Fünf Schritte, mit denen der Sektor zu alter Vitalität gelangt.

Der gefürchtete Spitzname ist zurück. Kranker Mann Europas – so lauten plötzlich wieder die Schlagzeilen über Deutschland und seine Wirtschaft. Zuletzt hatte das britische Wochenmagazin „The Economist" der Bundesrepublik kurz vor der Jahrtausendwende diesen Titel verliehen. Es folgten harte Reformen, schmerzhafte, aber notwendige Einschnitte – und ein goldenes ökonomisches Jahrzehnt. Deutschland mauserte sich zum wirtschaftlichen Zugpferd des Kontinents.

Doch nach COVID-19, globalen Lieferkettenproblemen und dem Krieg in der Ukraine kommt die deutsche Wirtschaft – anders als die vergleichbarer Länder – kaum auf die Beine: das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagniert und könnte nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds auf Jahressicht um 0,3 Prozent fallen, der ifo-Geschäftsklimaindex sank im Juli den dritten Monat in Folge auf 87,3 Punkte. Besonders besorgniserregend: Gerade das bisherige Filetstück der hiesigen Wirtschaft, die Industrie, tut sich schwer. Zwar überraschte der Sektor im Juni mit einem Auftragsplus von sieben Prozent, doch die langfristige strukturelle Degeneration des Sektors entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist damit längst nicht gestoppt.

Foto: PwC Deutschland

Michael Weiss
Partner bei
PwC Strategy&
Deutschland

Alte Gesetzmäßigkeiten gelten nicht mehr

Das zeigt unsere aktuelle Studie „In DEcline? The German industrial sector between perceptions and realities since 2020", in der wir die wirtschaftliche Entwicklung der 600 umsatzstärksten deutschen Unternehmen seit dem Jahr 2000 analysiert haben. Das ernüchternde Ergebnis: Die deutsche Industrie erholt sich nach Krisen deutlich langsamer als der Durchschnitt – und schneidet auch im Vergleich mit ähnlichen strukturierten und ebenfalls energieintensiven Sektoren schlecht ab.

Jahrzehntelang gültige strategische Gesetzmäßigkeiten verlieren in diesem Kontext an Relevanz. So können etwa die großen Industriekonzerne ihre Skalen- und Portfolioeffekte nicht mehr ausspielen – und erholen sich nach Krisen deutlich langsamer als ihre kleineren Pendants. Während diese im ersten Post-Krisen-Jahr beim EBITDA – also dem Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände – im Schnitt 120 Prozent an Boden gut machen konnten, legten die großen Player nur um 72 Prozent zu.

„Nur noch 25 Prozent der deutschen Industrieunternehmen gelten als Technologieführer, mehr als die Hälfte werden als adaptierende Nachzügler ohne nennenswerte Innovationskraft eingestuft."

Zu zögerlich, zu spät, zu inkonsequent

Die Gründe der strukturellen Misere lassen sich längst nicht mehr allein durch das parallele Auftreten mehrerer Krisen erklären, sondern liegen tiefer. Viel zu lange wurden etwa Transformationsprogramme im Industriesektor zu zögerlich, zu spät und zu inkonsequent umgesetzt. Hinzu kommt ein Krisenmanagement, das bisweilen an die 80er Jahre erinnert: In schweren Zeiten werden Budgets gekürzt, nach einer kurzen Verschnaufpause kehrt das Management zum Normalzustand zurück. Strukturelle Änderungen sowie strategische und operative Neupositionierungen gibt es dagegen kaum. Genau das rächt sich jetzt – und die Folgen der verschleppten Mängel treten umso deutlicher hervor.

Neben der schwächelnden Vitalität zeigt sich das etwa bei der Arbeitsproduktivität. Stieg sie zwischen 1991 und 2007 im Schnitt noch um jährlich 3,3 Prozent, waren es im Zeitraum von 2010 bis 2019 nur noch 0,3 Prozent – trotz milliardenschwerer Transformations- und Automatisierungsprojekte. Die Industrie hat jedoch nicht nur ein Kosten-, sondern auch ein Innovationsproblem. Nur noch 25 Prozent der deutschen Industrieunternehmen gel-

Foto: AdobeStock©Industrieblick

ten heute als Technologieführer, mehr als die Hälfte werden dagegen als adaptierende Nachzügler ohne nennenswerte Innovationskraft eingestuft. Die Zahl der Patente geht ebenfalls seit Jahren zurück. Selbst wenn die Nachfrage in Zukunft wieder steigt, rücken ausreichende Margen so in weite Ferne. Eine automatische Rückkehr auf den Wachstumspfad ist alles andere als selbstverständlich.

Fünf Schritte zur alten Vitalität

Der Handlungsdruck ist entsprechend hoch. Und das Zeitfenster für Erste-Hilfe-Maßnahmen begrenzt. Das gilt für die Politik, die Innovationsprogramme fördern, Genehmigungsverfahren beschleunigen und eine zuverlässige sowie bezahlbare Infrastruktur bereitstellen sollte. Noch mehr aber gilt es für die Unternehmen selbst. Statt auf den Staat als Retter zu hoffen, sollten sie Herausforderungen wieder selbst angehen:

▶ 1. Als erstes braucht es dafür einen Mentalitätswandel. Das Topmanagement muss verstehen, dass Probleme nicht mehr sequenziell, sondern parallel gelöst werden müssen.

▶ 2. Statt wie bislang bloß mit dem Markt mitzuhalten, kommt es – zweitens – darauf an, in Zukunft wieder selbst das Tempo zu setzen und als Pionier voranzugehen.

▶ 3. Strategisch muss die Industrie dafür die richtige Balance finden zwischen der Neuausrichtung ihrer Wertschöpfungsketten und der Sicherung regionaler Ökosysteme.

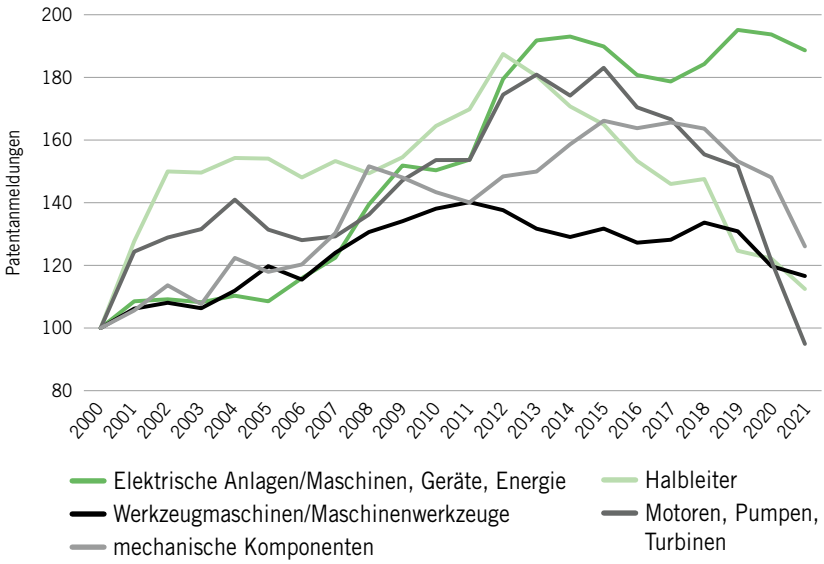
▶ 4. Immer interessanter werden auch Zu- und Verkäufe von Geschäftseinheiten. Gerade wenn Fachkräfte knapp sind und Erholungsphasen nicht mehr ausreichen, um Vorkrisenniveaus zu erreichen, gewinnen transformative Portfolios an Wert.

▶ 5. Bei all dem kommt es auf Geschwindigkeit an. Viele Industriekonzerne nutzen technische Innovationen durchaus – sind aber bei der Implementierung zu spät dran. So verspielen sie First-Mover-Vorteile, und ein Teil der potenziellen Wirkkraft verpufft.

Das Thema Transformation bekommt in diesem Umfeld eine entscheidende Bedeutung. Nur wer den notwendigen Wandel erkennt und ernst nimmt, Umstrukturierungen aktiv angeht und die strategische sowie operative Steuerung priorisiert, hat in Zukunft eine Chance. Die Politik sollte der Industrie dabei nach dem Grundsatz „Fordern und Fördern“ zur Seite stehen. Mit knapp einem Viertel Anteil an der Bruttowertschöpfung ist sie schlicht zu wichtig, um sie sich selbst zu überlassen. ▯

Sichtbarer Innovationsrückgang in allen wichtigen Technologiekategorien

Patentanmeldungen in einzelnen Technologiekategorien von 2000 bis 2021



Quelle: WIPO IP Statistics Data Center

Foto: AdobeStock©Gorodenkoff

Forschung und Innovation für eine erfolgreiche Zukunft

Deutschland muss Innovationen wieder als Schlüssel für Wachstum und Wohlstand begreifen

Die letzten Jahre waren von Krisen geprägt. Die Corona-Pandemie, die Energiekrise und vieles mehr haben uns einiges abverlangt. Aber die Zeitenwende, die Olaf Scholz ausgerufen hat, bedeutet mehr als nur den Status quo zu bewahren. Ohne Innovation gibt es keinen Klimaschutz, keine Wettbewerbsfähigkeit und keinen Wohlstand. In unserem Land haben wir das Wissen und das Können, um erfolgreich zu sein. Aber es gibt keinen Stammplatz auf der Seite des Wohlstandes. Er muss immer wieder neu erarbeitet werden. Deshalb muss nach der Krisenbewältigung wieder der Schwerpunkt auf Innovationen liegen.

In Deutschland und Europa bremsen veraltete Regeln neue Technologien. Ein Großteil der Forschung findet in den USA und in China statt. Wollen wir wirklich riskieren, nur noch Konsumenten ohne Anspruch auf Gestaltung zu sein? Das kann nicht unser Ziel als Technologienation sein. Deshalb werde ich mich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass neue Technologien in Deutschland und Europa Einzug halten können.

Die Wissenschaft zeigt uns den Weg. Unsere freiheitliche, demokratische Gesellschaft und unsere marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung schreiben Erfolgsgeschichten wie Biontech. Wir müssen konsequent auf Forschungsfreiheit, Förderung und Unternehmertum setzen, ohne dabei Mut mit Leichtsinn zu verwechseln. Wir brauchen Technologieoffenheit. Die Geschichte wird zeigen, welche Technologien sich durchsetzen. Aber es ist unsere Aufgabe, die Startrampe dafür zu bauen.

Wir brauchen erneuerbare Energien, aber wir werden immer ein Energieimporteur sein. 70 Prozent unserer Energie importieren wir. Bei Wasserstoff geht es längst nicht mehr um die Frage, wer das Rennen macht, sondern um die Frage, wer die effizientesten und günstigsten Technologien herstellen kann. Denn ohne Wasserstoff gibt es keine Energiewende! Hier spielen wir ganz vorne mit, vor allem bei komplexen Anlagen. Die Stahlproduktion geht weg von der Kohle hin zum Wasserstoff. In einer Industrienation kann nicht alles mit Strom betrieben werden. Deshalb setzen wir alle Anstrengungen daran, dass Deutschland auch eine Wasserstoffrepublik wird.

Wir müssen uns bewusst sein, dass Innovationen der Schlüssel zu unserem zukünftigen Erfolg sind. Wir haben das Potenzial, führend in vielen Bereichen zu werden. Aber wir müssen auch bereit sein, Risiken einzugehen und neue Wege zu beschreiten. Nur so können wir sicherstellen, dass wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben und unseren Wohlstand sichern. Unsere Freiheit ist der beste Standortfaktor – und zugleich auch die beste Garantie für Fortschritt in Deutschland und Europa. ▯

Foto: Guido Bergmann

Bettina Stark-Watzinger MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

„In Deutschland und Europa bremsen veraltete Regeln neue Technologien."

– Anzeige –

Steigende Kassenbeiträge belasten die Wirtschaft

Die Beitragssätze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung steigen weiter. Unter den hohen Sozialabgaben leidet die Attraktivität des Standorts Deutschland.

Ein Advertorial des PKV-Verbands

Beitragszahler in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) müssen sich 2024 wieder auf höhere Beiträge einstellen. Das kündigte Gesundheitsminister Lauterbach im Juni an. Denn laut GKV-Spitzenverband könnte das Defizit der Krankenkassen im nächsten Jahr bis zu 7 Milliarden Euro betragen. Da Finanzminister Lindner zusätzliche Steuerzuschüsse an die GKV ausgeschlossen hat und Lauterbach Leistungskürzungen ablehnt, wären steigende Beitragssätze unausweichlich.

Steigende Belastung für hochqualifizierte Arbeitsplätze

Wie stark die Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber 2024 steigen könnten, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW für das Handelsblatt berechnet. Demnach könnte der durchschnittliche Zusatzbeitrag in der GKV um bis zu 0,4 Prozentpunkte steigen. Zusätzlich erwartet das ZEW eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) von 59.850 Euro Bruttojahreseinkommen auf 63.600 Euro. Das würde vor allem hochqualifizierte Fachkräfte und ihre Arbeitgeber treffen.

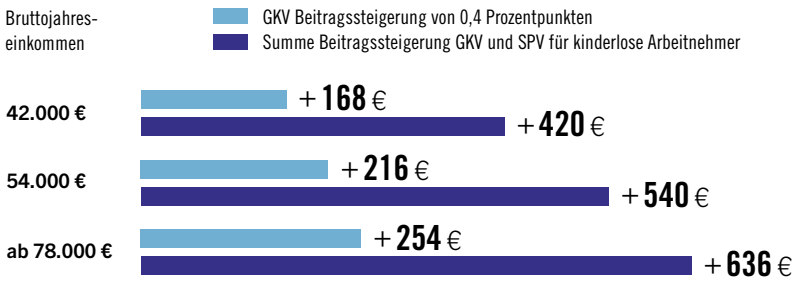
Arbeitnehmer mit einem Einkommen über der BBG müssten im Jahr 2024 für ihre gesetzliche Krankenkasse dann 254 Euro mehr bezahlen – die Hälfte davon trägt der Arbeitgeber. In der Sozialen Pflegeversicherung steigt die Belastung für kinderlose Arbeitnehmer im Zuge der Pflegereform sogar um bis zu 382 Euro. Insgesamt würde sich die Beitragsmehrbelastung auf bis zu 636 Euro belaufen.

Beitragsspirale trifft die deutsche Wirtschaft

Die Beitragsentwicklung in den Sozialversicherungen trifft die deutsche Wirtschaft empfindlich. Die Obergrenze bei den Sozialabgaben von 40 Prozent, wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit, wird immer stärker überschritten. Im Frühjahr vermeldete die Deutsche Industrie- und Handelskammer, dass so viele Firmen aus Kostengründen den Heimatmarkt verlassen wie seit 15 Jahren nicht mehr. Der industrielle Mittelstand sieht die Lohnkosten und den wachsenden Fachkräftemangel inzwischen als größte Herausforderung – noch vor Energiepreisen und zunehmender Bürokratie, berichtet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

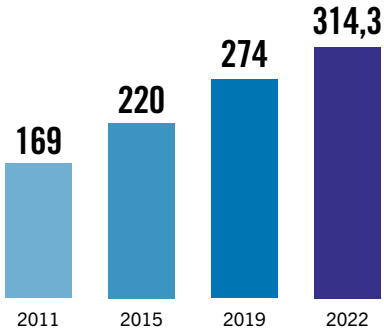
GKV-Beitragszahlern drohen höhere Beiträge

Prognose der Beitragserhöhung in der Kranken- und Pflegeversicherung 2024



Demografie-Vorsorge der PKV wächst weiter

Alterungsrückstellungen in Milliarden Euro



Quelle: PKV-Verband (2023)

Mehr Leistungen kapitalgedeckt absichern

Wie sich Gesundheit und Pflege absichern lassen, ohne die nachfolgenden Generationen und die Wirtschaft zu belasten, zeigt die Private Krankenversicherung (PKV). Hier sorgen die Versicherten selbst für die Kosten im Alter vor. Mehr als 300 Mrd. € haben die Versicherten als Nachhaltigkeitsreserve zurückgelegt, die zusätzlich mit ihren Zinserträgen stetig ausgebaut wird. Um die gesetzlichen Sozialversicherungen zu stabilisieren, ist der Ausbau dieser kapitalgedeckten Vorsorge unumgänglich. ▯

Risiken und Nebenwirkungen

Nach vielen Monaten des Wartens hat die Bundesregierung nun endlich ihre China-Strategie veröffentlicht. Sie beschreibt zutreffend das schwierige Verhältnis zu China und rückt das Ziel des De-Riskings, also des Risikoabbaus gegenüber China, in den Fokus – das ist richtig. Nur mit welchen Mitteln soll das gelingen? Diese zentrale Frage bleibt unbeantwortet und droht im Dauerstreit zwischen Kanzler und Außenministerin unterzugehen. Für die deutsche Volkswirtschaft hätte das im Konfliktfall mit China katastrophale Folgen.

Wir haben in den letzten anderthalb Jahren in Deutschland schmerzhaft erlebt, was es bedeutet, sich in die Abhängigkeit eines Autokraten zu begeben. Zur reinen Gewinnmaximierung haben wir immer mehr billiges Gas aus Russland importiert und damit die Ziele in der europäischen Sicherheitspolitik konterkariert. Unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von China ist noch um ein Vielfaches größer, als sie es von Russland je war. Umso dringender müssen wir jetzt gegensteuern. Wir müssen verhindern, dass wir im Falle eines chinesischen Angriffs auf Taiwan in eine noch viel schlimmere Situation geraten und so Schaden von der deutschen Volkswirtschaft abwenden.

Noch befinden wir uns nicht in dieser Situation, sondern in einer Phase, in der wir über Abwägungen und Kosten reden können. Um uns unabhängiger von China zu machen, brauchen wir Zeit. Es ist klar, dass das nicht abrupt geht. Darum müssen wir jetzt sorgfältig unsere größten Sicherheitsrisiken definieren. Das sind zum einen die Überinvestitionen strategisch wichtiger Branchen der deutschen Wirtschaft und zum anderen Lieferketten und Rohstoffe. Ohne diese wird die Wende hin zu erneuerbaren Energien in Deutschland nicht gelingen. Deutschland braucht daher dringend eine Rohstoffstrategie, an deren Anfang das klare Bekenntnis steht, auch unsere eigenen Möglichkeiten zur Rohstoffgewinnung in Deutschland zu nutzen. Davon ist weit und breit nichts zu sehen.

Gleichzeitig müssen wir die Zeit, die uns bleibt, nutzen und damit beginnen, unsere Abhängigkeiten vom chinesischen Markt systematisch zu reduzieren. Der ganze Mittelstand hat das verstanden und handelt bereits. Diese Firmen wollen in China bleiben, aber sie diversifizieren ihr Engagement und reduzieren es, wo nötig. Sie tun dies aus einer einfachen Risikoabwägung heraus. Leider ist in Teilen der deutschen Industrie das Gegenteil der Fall: Die Investitionen in China nehmen nicht ab, sondern steigen weiter. Knapp 40 Prozent des Konzerngewinns von VW werden in China erwirtschaftet. Kommt es zum Krieg um Taiwan, dann wird das unsere Autoindustrie bis ins Mark treffen. Und auch die jüngste Zehn-Milliarden-Investition von BASF, die größte Investition ihrer Unternehmensgeschichte, hätte nicht sein müssen. Das ist ein zusätzliches Risiko, dem sich das Unternehmen aussetzt.

Denn was passiert, wenn China Taiwan angreift? Die USA werden dann unmissverständlich an Taiwans Seite stehen und dies von Deutschland und Europa ebenfalls fordern. Sollte Deutschland aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Verwundbarkeit zögern, wäre das nicht nur ein schwerer Schlag für den Westen, sondern auch ein Verrat an unseren Werten. Taiwan kann sich daher unserer Solidarität gewiss sein. Gleichzeitig muss jedem klar sein, dass Xi Jinping unsere wirtschaftliche Abhängigkeit ohne mit der Wimper zu zucken ausnutzen und gegen Deutschland ausspielen wird. Auf westliche Sanktionen gegen China würden brutalste chinesische Gegensanktionen folgen.

Die strategische Abhängigkeit einzelner Unternehmen vom chinesischen Markt ist daher mehr als ein privatwirtschaftliches Problem. Ihre

Foto: Andreas Chudowski

Dr. Norbert Röttgen MdB
Mitglied im
Auswärtigen Ausschuss

„Deutschland braucht dringend eine Rohstoffstrategie, an deren Anfang das klare Bekenntnis steht, auch unsere eigenen Möglichkeiten zur Rohstoffgewinnung in Deutschland zu nutzen."

Foto: AdobeStock©Photo Gallery

Abhängigkeit wird zur Gefahr für unsere Volkswirtschaft und damit unseres Landes schlechthin. Wie wir mit dieser Ansteckungsgefahr umgehen sollen, die in ihrer ökonomischen Bedeutung weit über die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energielieferungen hinausgeht, ist in der deutschen Politik nach wie vor unbeantwortet geblieben – auch weil diese Politik einen Preis hat.

Häufig werde ich gefragt, ob die deutsche Bevölkerung bereit wäre, die höheren Kosten zu tragen, wenn Investitionen reduziert und kritische Branchen nach Europa zurückverlagert würden. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen einer vernünftigen Politik, die sich erklärt und die Bürger ernst nimmt, ihre Zustimmung geben. Es liegt in der Verantwortung einer Regierung, für das Notwendige zu kämpfen und nicht verängstigt dazusitzen und sich zu fragen: Was kostet uns das? Auch das Nicht-Handeln zieht Kosten nach sich – oftmals viel höhere als zielgerichtete Politik. Hinzukommt, dass die Menschen durch die Pandemie und den Krieg die Erfahrung gemacht haben, dass unsere Sicherheit und Unabhängigkeit sehr hohe Güter sind, die es zu schützen gilt.

Über Jahrzehnte bestand deutsche China-Politik im Wesentlichen aus Industrie-Exportpolitik. Geopolitische Risiken wurden ausgeblendet. Das funktioniert in einer Zeit des Systemkonflikts mit China nicht mehr. Politik und Wirtschaft müssen sich zusammensetzen und für Deutschland eine neue Außenwirtschaftsstrategie entwickeln, die neue Absatzmärke und Investitionsfelder erschließt und uns so erlaubt, auf Wachstumskurs zu bleiben, ohne dafür den Preis von weiteren Abhängigkeiten zu bezahlen. Eine neue Wachstumsstrategie als eigentlicher Kern der Chinapolitik gehört daher von Regierungsseite unverzichtbar dazu. Diese muss auch den heimischen Markt im Blick behalten und fördern. Denn eigene Stärke ist im Umgang mit China essenziell. ▯

Deutschlands Chinapolitik muss sich ändern! Das steht fest. Aber wie? Diese Frage lässt die jüngst veröffentlichte Chinastrategie der Bundesregierung offen.

Foto: AdobeStock©NK

Die Fokusgruppe private Altersvorsorge hat sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt. Im Vordergrund steht der Verzicht auf die garantierte Rückzahlung der eingezahlten Beiträge durch die Anbieter.

Die eigentlichen Probleme bleiben ungelöst

Renditestark und günstig, einfach und flexibel, transparent und verständlich – so soll sie sein, die neue private Vorsorge, die das bisherige Riestermodell ablösen soll. So empfiehlt es die „Fokusgruppe private Altersvorsorge" in ihrem Abschlussbericht auf der Webseite des Bundesfinanzministeriums. So weit, so gut.

Doch wie sehen die von der Kommission diskutierten Vorschläge sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen konkret aus? Ich habe mir das genauer angesehen – und bin ernüchtert. Letztlich ist der Bericht das Ergebnis eines Kompromisses und stellt auf den ersten Blick den kleinsten gemeinsamen Nenner der in der Fokusgruppe vertretenen Interessengruppen dar - Versicherungswirtschaft, Fondsindustrie und Verbraucherschutz. Bei genauerer Betrachtung spiegelt er aber leider nur die Interessen der Finanzbranche wider.

Im Wesentlichen hat man sich auf die Empfehlung geeinigt, in Zukunft darauf zu verzichten, die Anbieter zur garantierten Rückzahlung der eingezahlten Beiträge zu verpflichten. Dies erlaubt es, in Zukunft größere Anteile der angesparten Beträge in Aktien zu investieren, deren Risiken man langfristig für überschaubar hält. Zudem soll zukünftig nicht mehr gelten, dass mit einem geförderten Altersvorsorgeprodukt zwingend eine Rentenzahlung bis an Lebensende (Leibrente) verbunden sein muss. Beide Empfehlungen sind meines Erachtens sinnvoll und können von daher nur unterstützt werden.

Allerdings beseitigen sie nicht die eigentlichen Defizite der bisherigen privaten Altersvorsorge – insbesondere der Riester-Angebote –, nämlich die mangelnde Qualität und zu hohe Komplexität der Anlageprodukte, die überhöhten Kosten sowie die zu geringen Renditen. Manchmal wird argumentiert, die geringen Renditen lägen an der Beitragsgarantie, die einen nennenswerten Aktienanteil verhindere. Das ist jedoch nur ein Teil der Wahrheit. Insbesondere Riester-Verträge haben sich nicht nur deshalb nicht gelohnt, weil man zu wenig in Aktien investieren durfte, sondern auch, weil meistens in zu teure und ungeeignete Anlagen investiert wurde.

Leider sind die im Abschlussbericht empfohlenen Maßnahmen nicht geeignet, die Unzulänglichkei-

Foto: Quirin Privatbank

Karl Matthäus Schmidt
Vorstandsvorsitzender
Quirin Privatbank

„Wir selbst haben einen Vorschlag unterbreitet, der sich an das britische Modell der ‚Individual Savings Accounts' anlehnt, das durch seine Unkompliziertheit sowie eine Einkommenssteuerbefreiung innerhalb gewisser Grenzen die private Altersvorsorge enorm angeregt hat."

ten der privaten Altersvorsorge zu beseitigen. Dabei gibt es durchaus entsprechende Anregungen, wie die gravierendsten Defizite vermieden werden könnten. Wir selbst haben hierzu einen konkreten Vorschlag unterbreitet, der sich an das britische Modell der „Individual Savings Accounts" anlehnt, das vor allem durch seine Unkompliziertheit sowie eine Einkommenssteuerbefreiung innerhalb gewisser Grenzen die private Altersvorsorge enorm angeregt hat.

Diesem Vorschlag entsprechend kann jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer ein sogenanntes Spardepot eröffnen und auf dieses jährlich bis zu einem bestimmten Stichtag maximal 20.000 Euro einzahlen. Sämtliche Erträge daraus sind von der Kapitalertragssteuer befreit. Die angelegten Gelder werden nach vorab festzulegenden Qualitätsstandards an den Kapitalmärkten investiert. Erfahrungen aus Großbritannien zeigen, dass die Steuerbefreiung und die Bindung an einen Stichtag vor allem für untere Einkommensgruppen einen starken Sparanreiz bewirkt. Anleger können dabei zu jedem Zeitpunkt über ihr Geld verfügen. Diese Flexibilität hilft ebenfalls, etwaige Vorbehalte zu überwinden.

Zudem sieht unser Vorschlag vor, ein Unterdepot mit Zweckbindung an die Altersvorsorge einzurichten. Zuzahlungen in dieses Unterdepot werden bis zu 4.000 Euro jährlich durch eine staatliche Sparprämie in Höhe von 25 Prozent des Sparbetrags gefördert. Um sicherzustellen, dass die besonders geförderten Zuzahlungen tatsächlich zum Aufbau eines zusätzlichen Ruhestandseinkommens verwendet werden, kann über das Depot frühestens ab dem 60. Lebensjahr verfügt werden; ausnahmsweise aber auch für den Bau oder Kauf eines Eigenheims bzw. im Falle einer Lebenserwartung von weniger als 12 Monaten.

Um eine durchgehende Qualität der Anlagen bei maximaler Kosteneffizienz sicherzustellen, sind zwingend eine Kostendeckelung sowie explizite Qualitätskriterien erforderlich, denen alle geförderten Produkte entsprechen müssen. Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Wettbewerb an dieser Stelle nur sehr eingeschränkt funktioniert. Er hat jedenfalls nicht flächendeckend zu zielführenden und dabei kostengünstigen Anlagealternativen geführt. Zu den empfohlenen Qualitätsstandards gehören insbesondere: keine Einzeltitel-, sondern Fonds-Investments, eine breite, internationale Streuung des Aktiensegments und eine breite Laufzeitenstreuung des Anleihesegments. Die Kosten der entsprechenden Angebote sollen unbedingt auf maximal ein Prozent p.a. des Depotvolumens gedeckelt werden. Idealerweise führt der Wettbewerb aber zu noch geringeren Kosten.

Wirklich innovative Verbesserungsvorschläge sind also durchaus vorhanden. Ein Mangel herrscht jedoch an der Bereitschaft, bestehende Provisionspfründe anzutasten und auf diese Weise zu wirklich zielführenden Lösungen zu kommen. Der Abschlussbericht sowie die Tatsache, dass die Innovatoren des Finanzdienstleistungssektors, sprich die Fintechs, Online-Broker und Robo-Advisors nicht ernsthaft gehört wurden und in der Fokusgruppe nicht vertreten waren, sind ein Beleg dafür. ▯

Impressionen

Wirtschaftsta
Werte. Wohls

Der Wirtschaftstag ist seit Jahren die zentrale Plattform, um die drängenden Handlungsnotwendigkeiten in Deutschland und Europa mit Spitzenkräften aus Politik und Wirtschaft zu diskutieren und gemeinsame Lösungsvorschläge zu entwickeln.

Noch nie in seiner Geschichte wurde der Wirtschaftsrat als die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft so sehr gebraucht wie in diesen herausfordernden Zeiten. Die Kraft der Freiheit, eine stabile Währung, Technologieoffenheit, Wettbewerb und Verantwortung – diese bewährten Erfolgsgaranten unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden zunehmend in Frage gestellt. Nur mit Respekt vor dem freien Markt und dem freien Unternehmertum, vor Leistung und Eigentum werden die Spielräume für Investitionen und sozialen Ausgleich erwirtschaftet.

Hierfür haben wir auf dem Wirtschaftstag 2023 kraftvolle Impulse ausgesendet. Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens des Wirtschaftsrates kamen die Teilnehmer an gleich zwei aufeinanderfolgenden Tagen zusammen, um die zentralen Herausforderungen für die deutsche und europäische Wirtschaft zu erörtern und zukunftsweisende Lösungen zu erarbeiten. ▯

Fotos: Christian Kruppa, Thomas Rafalzyk, Jens Schicke, Christian Thiel

Globalisierung bleibt die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Deshalb ist es richtig, dass die EU mehr Tempo aufgenommen hat beim Thema Freihandel. Nur mit mehr Freihandel können wir die wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen. (s. S. 29)

Olaf Scholz MdB
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Manche meinen, die Lösung für das Klima sei weniger Wachstum. Es ist jedoch ein Mythos, dass eine Strategie des Weniger den Klimawandel bekämpfen könnte. Weniger Wachstum, weniger Konsum, weniger Arbeitsplätze – das wird niemals funktionieren. (s. S. 30)

Alexander De Croo
Premierminister des Königreichs Belgien

Die Entfesselung von Bürokratie ist absolut notwendig für unseren Innovationsstandort. Wir brauchen mehr Mut, wenn wir erfolgreich sein wollen. Die German Angst lähmt uns! (s. S. 38)

Bettina Stark-Watzinger MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

g 2023:
tand. Zusammenhalt.

Soziale Marktwirtschaft ist keine Wirtschaftsordnung, in deren Zentrum Umverteilung steht und der Staat die Kommandos gibt. Soziale Marktwirtschaft ist eine Wirtschaftsordnung, die auf die Freiheiten des Einzelnen vertraut und sein Eigentum garantiert. (s. S. 32)

Christian Lindner MdB
Bundesminister der Finanzen

Die Kapitalmärkte in Europa sind fragmentiert und ausgeblutet. Wir brauchen mehr Tiefe und Breite auf dem europäischen Kapitalmarkt, um die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft finanzieren zu können. Stattdessen haben wir unsere Banken zu Tode reguliert.

Dr. Theodor Weimer
Vorsitzender des Vorstands, Deutsche Börse AG

Der Wirtschaftsrat kann auf sechs Jahrzehnte erfolgreiche Arbeit als kraftvolle Stimme der Sozialen Marktwirtschaft zurückblicken. Dafür möchte ich im Namen der CDU und der CDU-Bundestagsfraktion ganz herzlichen Dank sagen. (s. S. 8)

Friedrich Merz MdB
Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands,
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir alle haben ein Interesse, die Stahlindustrie und die Chemieindustrie in Deutschland zu halten. Dafür brauchen wir eine Brücke von etwa fünf Jahren mit einem Industriestrompreis, bis der Strom aus dem Markt heraus wieder günstiger wird. (s. S. 33)

Dr. Robert Habeck MdB
Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Waren wir früher die Lokomotive in Europa, sind wir nun der Bremsklotz. Deutsche Alleingänge helfen niemandem, schon gar nicht dem Klima.

Astrid Hamker
Präsidentin des Wirtschaftsrates

Die EU muss sich für das neue geostrategische Zeitalter wappnen, anstatt im neuen Weltgefüge unterzugehen. Ein wirtschaftlich souveränes Europa ist unabdingbar, damit die EU neben den USA und China auch in Zukunft einer der drei größten globalen Player bleibt.

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann
Vorsitzender des Aufsichtsrates, Bayer AG

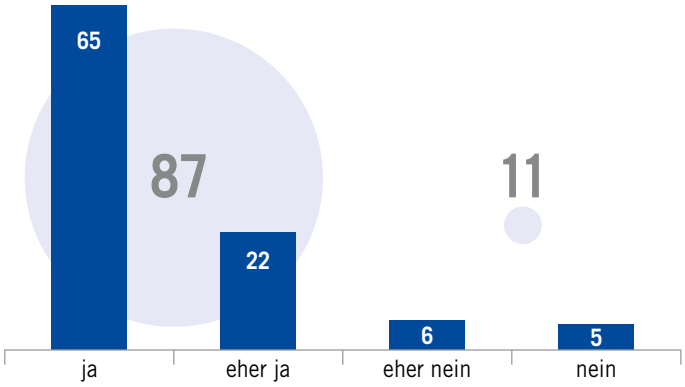
Unzufrieden mit der Bundesregierung

Der Ausstieg aus der Kernkraft steht stellvertretend für die tiefgreifenden Umbrüche, die Deutschland in den nächsten Jahren durchlaufen wird. Dabei werden wir grundlegende Fragen neu beantworten müssen: Wie erhalten wir Wachstum und Wohlstand? Wie können wir die großen Herausforderungen Energiewende und Digitalisierung bewältigen? Wie erreichen wir mehr Generationengerechtigkeit? Und wie stellen wir unsere sozialen Sicherungssysteme für die Zukunft auf?

Angesichts der Vielzahl der Fragen, die die Politik der Bundesregierung aufwirft, hat der Wirtschaftsrat zum inzwischen 22. Mal seine Mitglieder im WR-Politpuls um ihre Einschätzung zur Wirtschafts-, Finanz- sowie zur Energie- und Klimapolitik gebeten. Die Ergebnisse der Befragung spiegeln deutlich die durch Themen wie den Atomausstieg oder die Heizungsdebatte geprägte politische Stimmung wider.

Die Zufriedenheit der Teilnehmer mit den Ergebnissen der Bundesregierung nahm im Vergleich zum Vorjahr auf fast allen Politikfeldern ab. Lediglich bei der Haushalts- (23 Prozent) und bei der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik (17 Prozent) verzeichnete die Bundesregierung jeweils ein Plus von jeweils zwei Prozentpunkten. Besonders groß ist die Unzufriedenheit bei der Wohnungspolitik. Lediglich fünf Prozent sind hier mit der Leistung der Ampelkoalition „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“. Am positivsten wird mit 26 Prozent Zustimmung die Europapolitik wahrgenommen. 2022 waren es noch 42 Prozent.

Sollte die Bundesregierung die Erforschung von Kernkraftwerken der vierten Generation und die Fusionsforschung eher unterstützen oder eher nicht unterstützen? in Prozent



Befragung der Mitglieder des Wirtschaftsrates der CDU e.V. n=2.167
Erhebungszeitraum: 26.04.–15.05.2023

Besonders offenbar wird die Unzufriedenheit auch angesichts der wahrgenommenen wirtschaftspolitischen Kompetenz der Parteien. Bewerteten 2022 noch 25 Prozent der Befragten das wirtschaftspolitische Profil von Bündnis 90/Die Grünen als „gut“ oder „sehr gut“, teilten diese Ansicht 2023 nur noch acht Prozent. Die FDP verzeichnete hingegen einen leichten Anstieg bei der ihr zugeschriebenen wirtschaftspolitischen Kompetenz von plus sechs Prozentpunkten auf 75 Prozent. Dennoch liegen erstmals seit 2020 die Unionsparteien mit 76 Prozent wieder leicht vor der FDP.

Die Kernkraftdebatte spiegelt sich in einer eindeutigen Meinung der Mitglieder zum künftigen Engagement Deutschlands in der Erforschung von Nukleartechnologien wider. 87 Prozent der Teilnehmer sind der Meinung, dass die Bundesregierung trotz des Kernkraftausstiegs die Erforschung von Kernkraftwerken der vierten Generation und die Fusionsforschung unterstützen soll. Lediglich fünf Prozent lehnen ein derartiges Engagement Deutschlands generell ab.

Bei der Frage nach der Umsetzbarkeit der deutschen Klimaziele vertreten die Mitglieder des Wirtschaftsrates ein klares Meinungsbild: 96 Prozent der Befragten halten die Gewährleistung der Technologieoffenheit für „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“. Einem globalen, marktgerechten CO_2-Preis messen 81 Prozent der Befragten eine hohe Bedeutung zu. Andere Maßnahmen wie das Tempolimit auf Autobahnen mit 23 Prozent und das Verbot von Verbrennungsmotoren mit 13 Prozent stoßen auf deutlich weniger Zustimmung.

Die Bekämpfung der Inflation ist für 92 Prozent der Teilnehmer eine wichtige Maßnahme, um die Generationengerechtigkeit zu verbessern. Weitere als wichtig erachtete Maßnahmen sind die Förderung von Kapitalaufbau mit 90 Prozent und das Einhalten der Schuldenbremse mit 85 Prozent. ▯

„Der EU-Wiederaufbaufonds ist ein bürokratisches Monster, das kaum Wachstumsimpulse setzt."

Foto: Jens Schicke

Wolfgang Steiger
Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

STANDPUNKT STEIGER

Die Wachstumsillusion

Als „Game Changer" wurde der EU-Wiederaufbaufonds noch vor kurzem bezeichnet. Erstmalig erhielt Europa eine eigene Verschuldungskompetenz und hunderte Milliarden sollten den EU-Staaten bei der Transformation und zum wirtschaftlichen Aufschwung verhelfen. Doch die Realität sieht anders aus. Der EU-Wiederaufbaufonds ist ein bürokratisches Monster, das kaum Wachstumsimpulse setzt, das Transparenz und Kontrolle vernachlässigt und dessen Finanzierung auf wackeligen Füßen steht.

Der Bundeswirtschaftsminister will nun hierzulande das nächste Wunderprogramm zünden, obgleich gerade Deutschland bislang kaum die verfügbaren Mittel aus dem Aufbaufonds abgerufen hat. Statt nach immer neuen Schulden zu rufen und ineffiziente Doppelstrukturen aufzubauen, gilt es, eine ehrliche Bestandsaufnahme vorzunehmen.

Dazu kann ein Blick über den Atlantik lohnen. Die USA senden das klare Signal, ihr Land reindustrialisieren zu wollen. Die Mittel des US-Inflation Reduction Acts werden im Wesentlichen über Steueranreize gewährt und die Vergabe zeichnet sich durch Pragmatismus aus. In Europa dominieren dagegen sehr eng definierte Förderbedingungen, Gesetze und Vorschriften. Hier muss Europa entschlossen handeln und seine Förderprogramme entbürokratisieren, vereinfachen und technologieoffen ausgestalten.

Wie schon bei den Vorgängerprogrammen wurde die Wachstumswirkung des EU-Wiederaufbaufonds massiv überschätzt. Nach der Finanzkrise startete Europa im Juli 2009 den sogenannten „European Economic Recovery Plan." Ein Konjunkturprogramm und Stimulus von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, um „Millionen von Arbeitsplätzen" zu schaffen und dafür zu sorgen, dass Europa gestärkt aus der Krise kommt. Der Juncker Plan wurde kurz danach als „Investment Plan für Europa" gefeiert und hat 360 Milliarden Euro mobilisiert. Das Ergebnis all dieser Programme war niederschmetternd. Die Wachstumsraten schwach, Produktivitätssteigerungen kaum vorhanden, Investitionstätigkeiten nahmen keine Fahrt auf.

Dazu kommt, dass der EU-Rechnungshof bei der Verwaltung der für den EU-Aufbaufonds aufgenommenen Schulden mehr Transparenz fordert und bemängelt, dass die Kommission keine klaren Ziele für das Schuldenmanagement festgelegt hat. Der EU-Haushaltskontrollausschuss kritisiert zudem, dass er nur sehr unzureichende Informationen dazu bekommt, wieviel von dem bewilligten Geld wirklich die Realwirtschaft erreicht hat.

Die Risikoprämien der EU-Anleihepapiere sind mittlerweile höher als die der meisten Länder. Ein ehrliches Fazit muss zu dem Ergebnis kommen, dass die europäischen Anleihen keineswegs das erhoffte Safe Asset der EU-Währungsunion sind. Gleichzeitig wurde die EU-Kommission von steigenden Zinsen offensichtlich vollkommen überrascht und hat sich bei den Finanzierungskosten massiv verkalkuliert – 19 Milliarden Euro veranschlagt die EU-Kommission nun an gestiegenen Zinskosten, weil die Nullzinswelt vorüber ist.

Für Deutschland und Europa gilt: Weder eine von Beamten gesteuerte Wirtschaft, noch neue Schuldenvehikel lösen Probleme. Im Gegenteil, sie lähmen Europa. Wir brauchen eine Politik, die auf Eigenverantwortung, Wettbewerb und Innovation setzt, statt auf Umverteilung, Regulierung und Subvention. Nur so können wir den Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern. ▯

NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN

HIGHLIGHT-TALK

Dr. Carsten Linnemann MdB über das Grundsatzprogramm der CDU

„Die deutsche Politik muss stärker von ökonomischer Vernunft geprägt sein", betonte der neue Generalsekretär der CDU Deutschlands in einem Highlight-Talk. Rund 600 Mitglieder des Wirtschaftsrates richteten ihre Fragen an Dr. Carsten Linnemann MdB, der auch als Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission sowie stellvertretender Bundesvorsitzender den künftigen Kurs der CDU maßgeblich steuern wird. Dieser kritisierte, die Ampelkoalition führe ökonomisch absurde Konstellationen herbei. So werde das Energieangebot durch die Politik verringert, dadurch steige der Energiepreis, dagegen wolle der Staat dann wiederum mit Subventionen vorgehen. Stattdessen müssten alle Anstrengungen unternommen werden, das Energieangebot auszuweiten und CO_2-Einsparungen durch technologischen Fortschritt zu erreichen.

Ebenso widersinnig am Kurs der Bundesregierung: Deutschland steht gemeinsam mit Belgien bei der Steuern- und Abgabenquote an der Weltspitze, und das Geld, das den Bürgern so abgenommen wird, fließt etwa in Form familienpolitischer Programme an die Bürger zurück. Stattdessen solle lieber von vornherein die Steuer- und Abgabenlast senken, damit den Bürgern mehr netto vom brutto bleibt, forderte Dr. Carsten Linnemann MdB. „Einem klaren wirtschaftspolitischen Kompass folgt hingegen die CDU bei der Erstellung ihres neuen Grundsatzprogramms", sagte Linnemann und nannte drei Grundprinzipien, die das Programm tragen würden: Erstens, das Individuum ist der Ausgangspunkt. Zweitens, die Politik kann nicht die absolute Wahrheit für sich in Anspruch nehmen, sondern muss Freiraum für Entwicklungen lassen. Aufgabe der Politik sei es daher eher, den Rahmen zu setzen, als beispielsweise konkrete Entwicklungen vorzuschreiben. Dazu gehöre auch der Verzicht darauf, durch staatliche Interventionen nationale oder europäische wirtschaftliche Champions schaffen zu wollen. Diese müssten bei einem passend gesetzten Rahmen durch die Entwicklungen des Marktes entstehen. Drittens, Subsidiarität mit dem Vorrang von Eigenverantwortung. Nur dort, wo Individuen überfordert sind, ist staatliche Solidarität gefragt. Auch wirtschaftlich muss der Ruf nach staatlicher Hilfe auf absolute Ausnahmesituationen wie die Corona-Krise beschränkt bleiben.

Abschließend dankte Dr. Carsten Linnemann MdB dem Wirtschaftsrat für seine starken wirtschaftspolitischen Konzepte, die der CDU wie der Politik insgesamt wertvolle Anstöße lieferten.

Foto: Tobias Koch

HIGHLIGHT-WEBTALK

Julia Klöckner MdB über Wirtschaftspolitik, die Wachstum schafft

Deutschlands wirtschaftliche Lage ist zunehmend angespannt. Viele Unternehmen stecken in der Kostenfalle durch hohe Energiepreise, Inflation und gestörte Wertschöpfungsketten. Gleichzeitig hält die Konsumflaute an und der Standort wird im internationalen Wettbewerb durchgereicht. In einem Webtalk diskutierten Unternehmer im Wirtschaftsrat mit Julia Klöckner MdB, wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wege aus der Krise. Deutschland braucht zur Standortsicherung umgehend ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Doch die Bundesregierung stellt einseitig ihre ökologischen Interessen über alles und schwächt damit den Wirtschaftsstandort weiter, lautete die Bestandsaufnahme der wirtschaftspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nachhaltig heiße, Wirtschaft, Energie, Umwelt und Klima gemeinsam zu denken, machte Julia Klöckner deutlich und forderte, dass es wieder mehr um Investitionen und Innovationen gehen müsse. Alles andere sei „keine Wirtschafts-, sondern Schlusslichtpolitik".

Julia Klöckner MdB stellte das Gegenmodell vor. Im Bereich der Energiepolitik etwa forderte sie, ideologiefrei alle Kapazitäten ans Netz zu nehmen – von einem stärkeren Ausbau der Erneuerbaren bis hin zur Kernkraft. Auch müsse die Steuer- und Abgabenlast auf Energie deutlich gesenkt werden. Zentrales Instrument der Energiewende und des Klimaschutzes bleibe der Emissionshandel. Er sei die effizienteste Form der CO_2-Vermeidung und garantiere zugleich Technologieoffenheit, betonte die Politikerin.

Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten grundsätzlich beschleunigt werden – nicht nur für einzelne Themen. Die Regelungen sollten auch auf die Bereiche Verkehr, Bau oder digitale Infrastrukturen übertragen werden, forderte Julia Klöckner. Um die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft zu fördern, sprach sie sich für eine Deckelung der Steuerlast für Betriebe auf 25 Prozent aus. Eine umfassende Unternehmenssteuerreform müsse den Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen, die Verlustverrechnung verbessern und eine Turboabschreibung einführen.

Überdies rege die Union ein Belastungsmoratorium an. Gerade die neu eingeführten Regulierungen von Lieferketten oder die Ausweitung der Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickelten sich zur Bürokratiefalle schlechthin, sagte Julia Klöckner. Das Fazit: Der Weg zu echter Nachhaltigkeit kann nur mit starken Anreizen für Investitionen und Innovationen gelingen. Überzogene staatliche Eingriffe und Verbote führen in die Rezession.

Foto: Torsten Silz

HIGHLIGHT-WEBTALK

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai zum Wirtschaftsstandort

„Die deutsche Politik muss sich wieder mehr darauf konzentrieren, unseren Wirtschaftsstandort attraktiv und wettbewerbsfähig zu machen“, betonte der Generalsekretär der FDP, Bijan Djir-Sarai MdB vor Mitgliedern des Wirtschaftsrates. Um dies gewährleisten zu können, brauche es konkrete Lösungen: Im Hochsteuerland müsse sich beim Thema Unternehmensteuern dringend etwas ändern und darüber müsse auch eine inhaltliche, faktenorientierte Diskussion geführt werden können. Schwer zu schaffen machten zudem die hohen Energiekosten. Energieentscheidungen von morgen führen eher dazu, dass sich Unternehmen gegen Deutschland als Standort entscheiden. Hier stellte sich den Zuschauern des Wirtschaftsrates die Frage, warum Deutschland kein ausgereiftes Energiekonzept für die Zukunft habe.

Foto: AdobeStock©industrieblick

Beim Industriestrompreis machte Generalsekretär Djir-Sarai deutlich: Aus der Kernenergie auszusteigen und gleichzeitig die Industrie beim Strompreis zu subventionieren, das überzeugt mich als Liberalen überhaupt nicht,“ betonte Bijan Djir-Sarai. Er könne nicht verstehen, warum der Staat erst das Angebot an Strom verknappt. Dieses ideologische Vorgehen lehne er ab, da es nichts mit den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu tun habe. Subventionen könnten Probleme immer nur kurzfristig lösen. ▯

HIGHLIGHT-WEBTALK

Thorsten Frei MdB: Freihandel ist die Basis

Foto: AdobeStock©M. Johannsen

Der freie Handel bildet eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstandes. Umso wichtiger ist es, offene Märkte zu erhalten und auszuweiten. Was dafür notwendig ist und was dabei die größten Herausforderungen sind, war Thema in der Highlight-Videokonferenz mit Thorsten Frei MdB. Der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erläuterte, wie wichtig es sei, die Handelsbeziehungen zu stärken und Resilienzen zu erhöhen, während gleichzeitig Handelsbarrieren abgebaut werden müssten. Angesichts der weltpolitischen Lage mit Akteuren wie China und Russland sei es zudem notwendig, die Außenhandelspolitik zu diversifizieren und die Versorgungssicherheit zu stärken. Die Gasimporte aus Russland sollten als mahnendes Beispiel gelten, dass die Fokussierung auf einige wenige Handelspartner schnell zu einer Gefahr für den Industriestandort Deutschland werden könnte.

Den wachsenden Herausforderungen beim Abschluss von Freihandelsabkommen sollte nicht mit wachsender Komplexität begegnet werden, sondern mit einem gesunden Pragmatismus, der ermögliche anstatt zu verhindern, betonte Thorsten Frei. Deshalb sei es an der Zeit, dass das MERCOSUR-Abkommen nach 20 Jahren endlich abgeschlossen werde. Die Bedenken der Ampel-Koalition, dass der brasilianische Regenwald nicht ausreichend geschützt werde, dürften nicht zur Bremse für ein Freihandelsabkommen zwischen zwei Wirtschaftsblöcken werden. In Bezug auf China sagte der erste parlamentarische Geschäftsführer, dass ein Decoupling der falsche Weg sei, da die Vernetzung der Wirtschaft zu groß wäre. Dennoch gelte es ein De-Risking anzustreben, insbesondere mit Blick auf mögliche einseitige Rohstoffabhängigkeiten. ▯

HIGHLIGHT-WEBTALK

Virologe Prof. Hendrik Streeck bemängelt Corona-Aufarbeitung

Weder Politik noch Gesellschaft scheinen ernsthaft an der Aufarbeitung des Krisenverlaufs und der getroffenen Maßnahmen interessiert, bemängelte der Bonner Virologe Prof. Dr. Hendrik Streeck. Dabei sei es für zukünftige pandemische Ereignisse unbedingt notwendig, eine kritische Auseinandersetzung ohne Schuldzuweisungen durchzuführen.

Valide Aussagen über künftige Pandemien konnte Prof. Streeck nicht treffen. Dennoch gebe es – nach Schätzungen der Wissenschaft – global rund 400.000 Viren, die den Menschen infizieren und krank machen könnten, die allerdings noch nicht bekannt seien. Diese schlummerten insbesondere in Tieren, wodurch theoretisch jederzeit wieder eine neue Pandemie ausgelöst werden könne. Der Menschheit seien gerade einmal 15 Prozent der Tierarten weltweit bekannt. Daher sei in der Folge Umwelt- und Naturschutz besonders wichtig, um die natürlichen Barrieren zwischen Mensch und Tier aufrechtzuerhalten und einer Pandemie etwa durch die Zerstörung des Lebensraums von freilebenden Tieren vorzubeugen.

Foto: Universität Duisburg-Essen

Prof. Streeck wünschte sich außerdem für Deutschland ein starkes Robert-Koch-Institut, das eigenständig und unabhängig forscht sowie Entscheidungen trifft – ohne Einfluss des Bundesgesundheitsministeriums.. ▯

„Lieber keine Regulierung als eine falsche“

Text: **Jan Strache**

Wenn Christian Korff über die Zukunft der Künstlichen Intelligenz (KI) nachdenkt, gerät er ins Schwärmen: „Wir werden weniger arbeiten müssen, klügere Entscheidungen treffen und ein längeres und besseres Leben führen.“ Als Vertriebsdirektor für internationale Großkunden bei Cisco Deutschland weiß er, wovon er spricht. Zum Produktportfolio des US-amerikanischen Unternehmens zählen unter anderem leistungsfähige Netzwerklösungen für rechenintensive KI-Anwendungen. „Die Einführung von KI in der Informationstechnologie wird in ein paar Jahrzehnten als disruptiver Meilenstein gesehen werden“, ist Korff überzeugt.

Dem neuen Vorsitzenden der Bundesfachkommission Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0 im Wirtschaftsrat ist es ein Anliegen, die Entwicklung auf diesem Gebiet zu begleiten und aktiv mitzugestalten. „Der Wirtschaftsrat ist ein hervorragendes Instrument, um aus Sicht der Wirtschaft einen Beitrag zu leisten und die Entscheidungsgrundlagen für die Politik zu verbessern“, begeistert sich der 55-Jährige. Die Agenda der Bundesfachkommission ist lang: Von der Verbesserung des Forschungstransfers über den Ausbau der technischen Infrastruktur bis hin zur Stärkung der digitalen Bildung möchte das Gremium dringend benötigte Impulse setzen.

Die eigentliche Herausforderung ist aus Sicht des Kommissionsvorsitzenden aber eine andere: „Deutschland hat es nicht geschafft, von der Chipherstellung über die Softwareentwicklung bis zu den jeweiligen Geschäftsmodellen ein schlagkräftiges Ökosystem und relevante Marktmacht aufzubauen. Daran ändern Erfolge bei der Ansiedlung von Chipfabriken grundsätzlich nichts. Wenn wir die Wertschöpfung von KI nutzen wollen, müssen wir eine Gesellschaft werden, die die Informationstechnologie annimmt, weiterentwickelt und zu einem Teil unserer Lebensrealität macht.“ Dabei nimmt Christian Korff

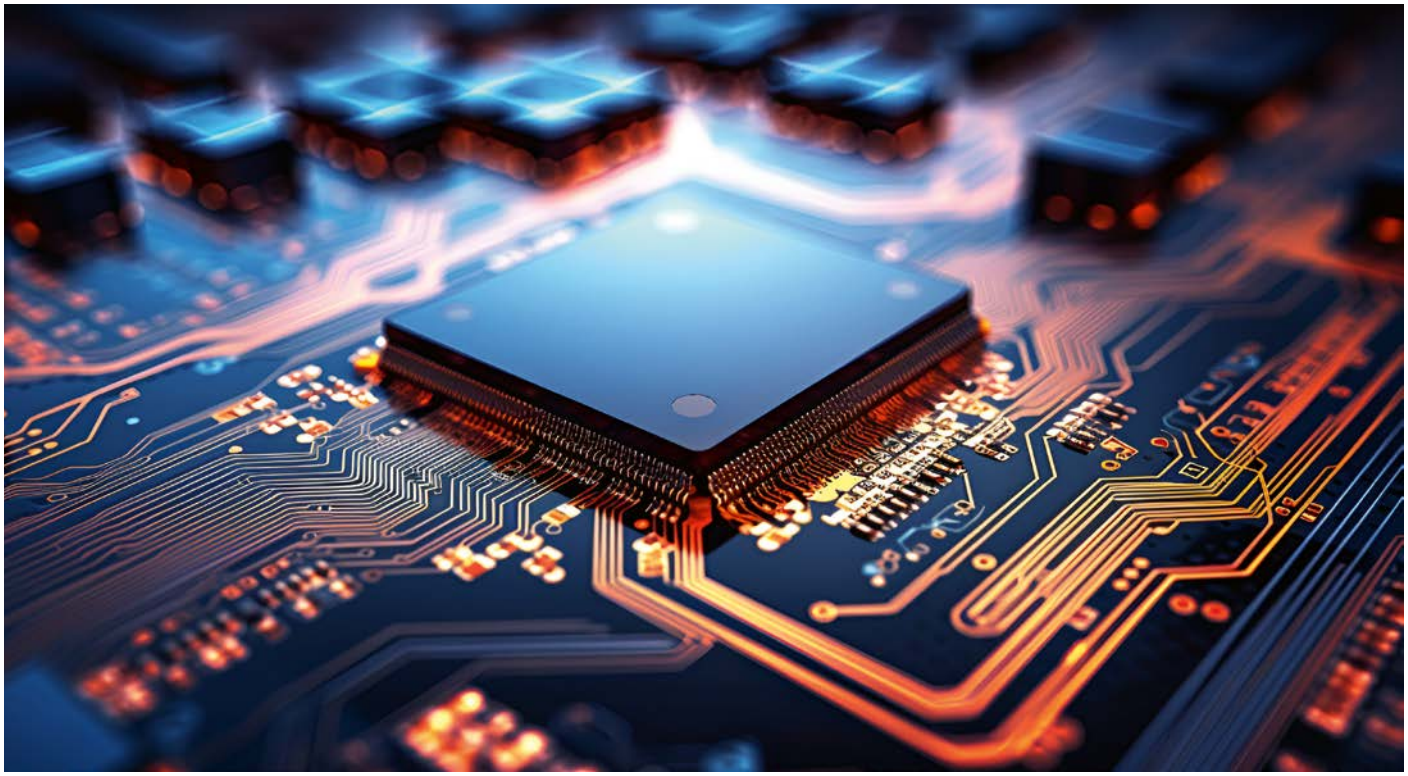


Foto: AdobeStock©Muhammad

Foto: Cisco

Christian Korff

ist seit Februar 2023 Vorsitzender der Bundesfachkommission Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0 im Wirtschaftsrat. Der Elektroingenieur ist als Managing Director Global Accounts und Mitglied der Geschäftsleitung bei Cisco Deutschland für internationale Großkunden zuständig. Für seine Arbeit im Wirtschaftsrat hat er sich zum Ziel gesetzt, die Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfeldes zu unterstützen und die Entscheidungsgrundlagen für die Politik zu verbessern.

auch die Politik in die Pflicht. „Es fängt schon damit an, dass wir heute weder in unserem Finanzsystem noch bei der öffentlichen Hand und auch nicht in anderen Bereichen wie zum Beispiel unserem Gesundheitssystem das Thema Informationsverarbeitung zufriedenstellend gelöst haben."

Richtig angewendet könne Künstliche Intelligenz der Produktivität eines Unternehmens und der gesamten Gesellschaft einen kräftigen Schub verpassen. „KI bietet zum ersten Mal eine Werkbank, auf der industrialisiert Logiken erstellt werden können. Das Faszinierende daran ist, dass die Softwareentwicklung – der fehleranfälligste und kostenintensivste Prozess – automatisiert und auf eine andere Abstraktionsebene gehoben werden kann", erklärt Christian Korff. Ein Allheilmittel für die tiefgreifenden Probleme der deutschen Wirtschaft sei die Künstliche Intelligenz jedoch nicht. „Ich persönlich glaube, dass KI eher ein Instrument ist, um unseren Wirtschaftsstandort weltweit wettbewerbsfähig zu halten." Da auch die Bedienung der KI Fachkompetenz voraussetze, müsse die Politik die richtigen Rahmenbedingungen zur Gewinnung von Fachkräften schaffen. „Die Art, wie wir bisher Arbeit organisieren, hat nichts mit dem zu tun, wie Menschen heute arbeiten möchten. Wenn wir die Potenziale der KI nutzen wollen, dann brauchen wir auch Menschen, die so arbeiten dürfen, dass sie daran Spaß haben."

Der Transfer der weltweit durchaus konkurrenzfähigen deutschen KI-Grundlagenforschung in tragfähige Geschäftsmodelle könne nur in einer innovationsfreundlichen Umgebung gelingen. „Wir müssen das tun, was uns in vielen anderen Technologien, in denen wir Forschungsweltmeister waren, nicht gelungen ist: Umfelder schaffen und ein Stück weit deregulieren", fordert der Elektroingenieur.

Dass die EU-Kommission mit dem AI Act ein umfassendes Regelwerk für KI-Anwendungen erlassen will, sieht er im Ansatz positiv, in der konkreten Entwicklung jedoch kritisch. „Wir versuchen wieder, etwas zu regulieren, ohne uns vollständig darüber im Klaren zu sein, welche Bereiche überhaupt reguliert werden müssen und in welchen Bereichen wir mehr technologische Freiheit walten lassen können." Der grundlegende Fehler bestehe darin, dass es ein ungleiches Verständnis von KI gebe. Künstliche Intelligenz sei außerdem mit dem traditionellen Regulierungskonzept nicht kompatibel. „Früher haben Systeme immer Fragen beantwortet, die man schon kannte. Die KI bietet hingegen das erste Mal die Möglichkeit, Fragen zu beantworten, die bei der Erstellung des Systems noch gar nicht bekannt waren. Das führt dazu, dass die alten Mechanismen versagen und wir eine agilere Art der Regulierung brauchen." Auch der territoriale Gedanke eines auf einen bestimmten Gesetzesraum bezogenen Regelwerks sei in der vernetzten Welt nicht mehr durchsetzbar. Aus diesen Gründen gelte der Grundsatz: „Lieber keine Regulierung als eine falsche."

„Die Einführung von KI in der Informationstechnologie wird in ein paar Jahrzehnten als disruptiver Meilenstein gesehen werden."

Dass die Künstliche Intelligenz neben vielen Chancen auch Risiken birgt, steht für Christian Korff außer Frage. Die neue Technologie verlange daher von der gesamten Gesellschaft einen verantwortungsvollen Umgang. Insbesondere sei aber die Wirtschaft gefordert, negative Entwicklungen frühzeitig auszuschließen. „Als Unternehmen haben wir uns einem klaren Regelwerk verpflichtet. KI muss nachvollziehbar und transparent sein und unserem gesellschaftlichen Wertesystem folgen", berichtet Korff aus seiner beruflichen Praxis. Diese Selbstverpflichtung erwartet er auch von anderen Unternehmen, damit vor allem auch die Grenze zwischen Realität und Fiktion gewahrt bleibt. „Denn schon in zehn Jahren werden Sie nicht sicher sein können, ob dieses Gespräch gerade wirklich stattfindet oder ob Sie mit dem Cisco-Pressebot sprechen", fügt er schmunzelnd hinzu. ▯

Rückblick Einblick Ausblick

Nordrhein-Westfalen

Bundespolitischer Dialog mit Justizminister Dr. Marco Buschmann MdB

„Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft bedingen einander“, hob Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann MdB in einem Plädoyer für einen demokratischen Rechtsstaat vor den Mitgliedern des Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen hervor. Zwar gebe es auch im Westen Bewunderer autoritärer Staaten, doch die freien Gesellschaften hätten während der Pandemie unter Beweis gestellt, dass sie mit Krisen besser umgehen können. „Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft machen Gesellschaften krisenresilienter als autokratische Systeme“, zeigte sich Marco Buschmann überzeugt.

In einer breit angelegten Tour d’Horizon kam der Bundesminister unter anderem auf den Ukraine-Krieg zu sprechen. Alle ehemaligen Sowjetrepubliken seien in unterschiedlichem Maße Angriffen durch Russland ausgesetzt gewesen, die die internationale Politik durch Verhandlungen zu unterbinden versucht habe. Es sei daher folgerichtig gewesen, die Ukraine auch militärisch zu unterstützen. „Dabei haben wir auch viel über uns und unser Land und unsere Probleme in der Verteidigungspolitik gelernt“, stellte Marco Buschmann fest.

Foto: Ulrich Gunka

Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann MdB (l.)

Wolfgang Steiger beim bundespolitischen Dialog der Sektion Düsseldorf

„Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel, für klare Konturen, für den Abschied von vielen Lebenslügen, die die Politik in den vergangenen Jahren bestimmt haben. Kurz, es ist Zeit für ein klares Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards“ – Das war die Kernbotschaft von Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, beim bundespolitischen Dialog der Sektion Düsseldorf.

In einer von Klartext geprägten Rede kritisierte Wolfgang Steiger die ideologiegetriebene und dirigistische Energiepolitik der Bundesregierung. Der Ausstieg aus Kohle, Erdgas, Öl und Kernkraft ziehe den Unternehmen den Boden unter den Füßen weg. „Der Bundeskanzler muss diese wirtschaftspolitische Geisterfahrt stoppen“, forderte der Generalsekretär. Die Entlastung der Unternehmen, Aktivierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, Gewährleistung der Technologieoffenheit und Einhaltung der Schuldenbremse seien das Gebot der Stunde. Die Stimme des Wirtschaftsrates sei daher im Jubiläumsjahr 2023 wichtiger denn je zuvor. „Ich sehe hier Unternehmer, die anpacken und Verantwortung tragen. Auf dieses Engagement kommt es an.“

Foto: Ulrich Gunka

Beim bundespolitischen Dialog mit Generalsekretär Wolfgang Steiger blieb kein Platz unbesetzt

Schleswig-Holstein

Festveranstaltung mit Ministerpräsident Daniel Günther MdL

Ganz im Zeichen des 60-jährigen Bestehens des Wirtschaftsrates standen die Landesmitgliederversammlung und die sich daran anschließende Festveranstaltung des Landesverbands Schleswig-Holstein. Ministerpräsident Daniel Günther MdL hob dabei das von Vertrauen und guter Zusammenarbeit geprägte Verhältnis zwischen dem Wirtschaftsrat und der Politik hervor. Auf dieser Grundlage müssten nun die drängenden Probleme für die Wirtschaft angegangen werden. Als konkretes Beispiel nannte

Foto: Thomas Thiele

Ministerpräsident Daniel Günther MdL

der Ministerpräsident die wachsende Kluft zwischen Staatsausgaben und Steuereinnahmen. Da auch in Schleswig-Holstein für 2023 mit geringeren Steuereinnahmen zu rechnen sei und zugleich kein Spielraum für Steuererhöhungen existiere, müsse es zukünftig auch im Norden zu Einsparungen kommen. Gleichzeitig müsse die Politik alles daran setzen, mehr Unternehmen in Schleswig-Holstein anzusiedeln. „Wir arbeiten derzeit daran, die noch vorherrschenden Standortnachteile, wie die zu hohen Netzentgelte, abzubauen beziehungsweise deutschlandweit zu vereinheitlichen“, erklärte Daniel Günther.

Hessen

Wiesbadener Hauptstadtgespräch mit Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir MdL

„Die Ampelregierung muss wieder ins Handeln kommen und das Gemeinwohl im Auge haben“, forderte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir MdL beim Wiesbadener Hauptstadtgespräch. Deutschland sei zwar dank der schnell aufgelegten Hilfsprogramme gut durch die Corona-Krise gekommen, doch spätestens der Ukraine-Krieg habe die Unzulänglichkeiten des Wirtschaftsstandortes offengelegt. Eine besondere Rolle komme der Gewährleistung der Energiesicherheit Deutschlands zu, denn die Diskussion darüber habe in der Gesellschaft große Unsicherheit hervorgerufen. Mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl in Hessen betonte der Minister, dass die hessische Landesregierung sich zwar nicht immer in allem einig sei, Meinungsverschiedenheiten aber hinter geschlossener Türe diskutiere und der Öffentlichkeit ausgearbeitete Lösungen präsentiere.

Foto: AbbVie Deutschland GmbH & Co. KG

Tarek Al-Wazir MdL, Hessischer Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Tag der Unternehmensnachfolge

Der demografische Wandel sorgt nicht nur für einen eklatanten Fach- und Arbeitskräftemangel, sondern stellt auch so manchen Unternehmer bei der Regelung der Unternehmensnachfolge vor Probleme. Mit den damit verbundenen Fragen haben sich die Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz beim Tag der Unternehmensnachfolge befasst.

Auf dem Podium in Wiesbaden diskutierten der hessische Finanzminister Michael Boddenberg MdL und die Unternehmer Jörg Brömer (Brömer & Sohn GmbH), Dr. Marie Nauheimer (Frankfurter Personenschifffahrt Anton Nauheimer GmbH), Alina Heurich (Heurich GmbH & Co. KG) sowie Monika Linhart (Truplast Sonneberg GmbH & Co. KG).

Foto: knowHow photography

Finanzminister Michael Boddenberg MdL

Michael Boddenberg erklärte, dass die Landesregierung das Thema Unternehmensnachfolge sehr ernst nehme: „In Hessen gibt es jedes Jahr 3.000 bis 4.000 Nachfolgen. Die größte Herausforderung sind aber die Menschen, die nicht da sind, um ein Unternehmen zu übernehmen.“ Als weitere Belastung sei die überbordende Bürokratie zu nennen. Die Diskussion wurde am Nachmittag mit zwei weiteren Podien in Mainz fortgesetzt.

Sachsen

Unternehmertreffen mit Staatssekretär Weilandt

Auf Einladung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz (SMJ) informierte sich eine Gruppe von Unternehmern über die Ansätze zur Resozialisierung von Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Dresden. Mathias Weilandt, Staatssekretär im SMJ, und JVA-Leiterin Rebecca Stange stellten die Eigenbetriebe der Anstalt vor, die unter anderem über eine Bäckerei, eine Kfz-Werkstatt und eine Schlosserei verfügt. „Der Arbeit der Insassen kommt eine große Bedeutung zu“, betonte Mathias Weilandt. Sie unterbinde nicht nur Langeweile und stärke das Selbstvertrauen

Foto: SMJusDEG I Daniel Meißner

Staatssekretär Mathias Weilandt und JVA-Leiterin Rebecca Stange führten Unternehmer des Wirtschaftsrates durch die JVA Dresden

der Insassen, sondern generiere im Fall der JVA Dresden jährliche Steuereinnahmen in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro. Die Abteilungsleiter der Justizvollzugsanstalt gewährten darüber hinaus weitere interessante Einblicke in die Themen Bildung, Qualitätsmanagement und schließlich in das Übergangsmanagement, das die Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Haftentlassung umfasst.

Thüringen

Wirtschaftsstandort Thüringen – Wie weiterentwickeln?

Unter der Fragestellung „Was macht Thüringen als Wirtschaftsstandort interessant?“ sammelte der Landesverband Thüringen gemeinsam mit Mike Mohring MdL und dem Vorsitzenden der Thüringer Aufbaubank, Matthias Wierlacher, Ideen zur Stärkung der heimischen Wirtschaft.

Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r. Mike Mohring MdL und Matthias Wierlacher, Vorsitzender der Thüringer Aufbaubank

„Die Politik muss zentrale Probleme lösen, damit unsere Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten können. Vor allem muss die digitale Infrastruktur zügig ausgebaut, die Innovations- und Gründerkultur gefördert, der Fachkräftenachwuchs gesichert und die Bürokratie abgebaut werden“, argumentierte Mike Mohring.

Mit dem Themenschwerpunkt „Finanzsituation, Finanzierungen, Fördermittel“ setzte der Landesverband Thüringen seine vierteilige Veranstaltungsreihe zur Entwicklung und Gestaltung des Wirtschaftsstandortes Thüringen fort.

Baden-Württemberg

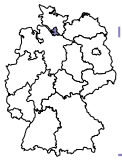
Ministerin Gentges zu Flucht und Migration

Über den Umgang der Landesregierung mit der weiterhin angespannten Migrationslage referierte Marion Gentges MdL, Ministerin für Justiz und Migration. Insgesamt zeige sich immer deutlicher, dass auch die Ressourcen einer Industrienation wie Deutschland endlich seien. Die Ministerin appellierte daher an die Bundesregierung, Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung der Migration zu ergreifen. Neben dem Mangel an geeigneten Unterkünften und hauptamtlichen Personal bereite ihr auch die zurückgehende Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen Sorge.

Trotz der Zuwanderung gebe es aktuell rund 800.000 unbesetzte Stellen in Deutschland. Die Fachkräftemigration scheitere zu häufig an bürokratischen Hürden wie der Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Abhilfe könne eine zentrale Stelle für Fachkräfteeinwanderung schaffen, die Unternehmen bei Fragen zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte berät oder für die unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse zuständig ist.

Foto: Wirtschaftsrat

Marion Gentges, Ministerin für Justiz und Migration, und Steffen Beck, Sprecher der Sektion Stuttgart



Hamburg

Julia Klöckner MdB und Franziska Hoppermann MdB beim Jungen Wirtschaftsrat in Hamburg

Zu einem exklusiven Frühstück in der Landesgeschäftsstelle des Wirtschaftsrates Hamburg traf sich der Junge Wirtschaftsrat mit der wirtschaftspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Julia Klöckner MdB und Franziska Hoppermann MdB. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Frauen zum Gründen motiviert werden können. Tenor war, dass es neben einer verbesserten Vereinbarkeit von Selbstständigkeit und Familie auch deutlich geringerer Hürden bei der Finanzierung bedürfe. So sei es für Frauen immer noch viel schwieriger, an Kapital zu kommen, sei es, weil häufig Männer Kapitalgeber seien und diese lieber in Startups von Männern investierten oder auch, weil vorhandene EU-Fördergelder aufgrund nicht leistbarer Reportingpflichten nicht abgerufen werden könnten. Als Lösung sprachen sich die Unternehmerinnen einhellig für staatliche Förderprogramme für Frauen aus, die Zugang zu unterstützendem Kapital ermöglichen.

Foto: Wirtschaftsrat

Julia Klöckner MdB im Gespräch mit den Unternehmerinnen des Jungen Wirtschaftsrates

Politisches Frühstück mit Dr. Christoph Ploß MdB

Eine Energiepolitik, „die endlich darauf setzt, dass man irgendwo auch mal wieder einsteigt und nicht überall nur aussteigt“ forderte Dr. Christoph Ploß MdB, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuss, beim politischen Frühstück des Landesverbands Hamburg. Darüber hinaus seien drei weitere Faktoren für die Zukunft Deutschlands und seiner Unternehmen entscheidend.

So binde der Sozialstaat derzeit viele Milliarden Euro, die für den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur sowie für Investitionen in Wissenschaft und Forschung fehlten. „Wir brauchen einen Staat, der den Bedürftigen hilft. Wir brauchen aber vor allem einen Staat, der nur das ausgibt, was notwendig ist, und der einen Schwerpunkt legt auf Investitionen in Zukunftsfelder“, forderte der Bundestagsabgeordnete.

Um diese Investitionen dann zügig einsetzen zu können, bedürfe es aber dringend einer Grundsatzdebatte zum beschleunigten Planen und Bauen. Das größte Brett, das in diesem Zusammenhang noch zu bohren sei, sei das Verbandsklagerecht. „Wenn wir nicht schneller planen und bauen, blamieren wir uns international, haben einen extremen Wettbewerbsnachteil und werden Infrastrukturprojekte nicht mehr in angemessenen Zeiträumen realisieren können“, warnte Christoph Ploß.

Foto: Wirtschaftsrat

Dr. Christoph Ploß MdB

Außerdem müsse die illegale Migration unterbunden und die Einwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften vereinfacht und attraktiviert werden. Dazu seien Steuersenkungen und der Abbau der Bürokratie erforderlich.

Bremen

Sommerfest mit Silvia Breher MdB

Daran, dass die Stimme des Wirtschaftsrates auch nach 60 Jahren unverzichtbar ist, ließ die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Silvia Breher MdB, beim Sommerfest des Landesverbandes Bremen keinen Zweifel. „Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft ist gerade in den derzeitigen schweren Krisenzeiten wichtiger als jemals zuvor. Ich danke Ihnen allen für Ihr ehrenamtliches Engagement beim Wirtschaftsrat“, sagte die Bundestagsabgeordnete. Die Ampelkoalition erweise sich immer mehr als politischer Totalausfall. Der Ausstieg aus der Kernkraft habe zu einer Energieversorgungslücke geführt, treibe die Deindustrialisierung voran und rücke die Klimaziele in weite Ferne. Die CDU müsse nun klare Botschaften und Ideen für Deutschland generieren. „Schlichtes Draufhauen überlassen wir einer anderen Partei. Die Christlich Demokratische Union muss Antworten auf die Fragen der Zukunft dieses Landes liefern, und dazu braucht es Ihr Engagement, denn der Wirtschaftsrat ist ein wichtiges Forum für Ideen und Neuerungen“, betonte Silvia Breher.

Foto: Karsten Klama

Silvia Breher MdB,
stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU

Brüssel
Highlight-Videokonferenz mit David McAllister MdEP

Im Rahmen einer Highlight-Videokonferenz unternahm David McAllister MdEP mit den Teilnehmern eine spannende Weltreise und ging dabei ausführlich auf einzelne Staaten ein, die aktuell für die EU-Außenpolitik eine besondere Rolle spielen.

Foto: Europäisches Parlament

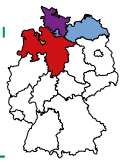
David McAllister MdEP

So hätten die destabilisierende Situation in der Ukraine oder das ständig wachsende China große Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Handelsbeziehungen der EU.

Mit Blick auf den Brexit betonte David McAllister die Notwendigkeit einer stabilen und fairen Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zur Gewährleistung reibungsloser Handelsströme. Dazu brauche es einen offenen und konstruktiven Dialog, um gemeinsame Interessen zu identifizieren und diese zu fördern. Trotz der Herausforderungen, die der Brexit mit sich bringe, wurden auch Chancen für neue Partnerschaften und Kooperationsmöglichkeiten zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erörtert.

Gleichzeitig böten sich Europa auch viele Chancen durch Beitrittsverhandlungen mit Montenegro oder dem Abschluss eines Freihandelsabkommen mit Australien, unterstrich David McAllister.

Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein
Parlamentarischer Abend der norddeutschen Landesverbände



Zum traditionellen Parlamentarischen Abend begrüßten die norddeutschen Landesverbände am Vorabend des Wirtschaftstages die Bundestagsabgeordneten Thomas Röwekamp, Dr. Christoph Ploß und Hagen Reinhold. Im Mittelpunkt standen dabei die derzeitigen wirtschafts- und außenpolitischen Herausforderungen. „Wichtig für unsere gegenwärtige politische Herausforderung im Rahmen der Energiekrise ist es, dass wir dauerhaft günstige Strompreise durch eine Erhöhung des Angebotes erzielen können“, unterstrich Hagen Reinhold. Christoph Ploß hinterfragte die zukünftige Rolle des Sozialstaates: „Arbeit muss sich weiterhin lohnen, und der Sozialstaat muss sich um diejenigen Menschen kümmern, die tatsächlich dringende finanzielle Hilfe des Staates benötigen.“ Thomas Röwekamp warb für mehr gesellschaftliches Engagement: „Der Frieden und die Demokratie müssen tagtäglich verteidigt werden, daher sollte man auch verstärkt über ein verpflichtendes Dienstjahr für die Jugend beraten.“ ▯

Foto: Thomas Thiele

Hagen Reinhold MdB

Impressum

Herausgeber:
Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:
Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

Wissenschaftliche Beratung:
Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:
Redaktion Trend
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung: Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführer:
Iris Hund
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:
Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDEDK380

Verlag: Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:
Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

Gesamtherstellung:
Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise: quartalsweise

Anzeigenpreise: Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen: Beim Verlag

Bezugsbedingungen:
Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,– Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.

Foto: Fotolia.com ©mitrija

Foto: Fotolia.com ©IvicaNS

Im Spiegel der Presse

Die **Südwest Presse** schrieb am 06.05.2023

Auf Habecks Ideen zum **Industriepreis** reagierte Generalsekretär Wolfgang Steiger verhalten. Zwar bringe der Wert von sechs Cent Entlastung, es fehle aber ein „seriöser Finanzierungsvorschlag“, so Steiger. Und der Preis könne „nur eine zeitlich befristete Übergangslösung sein.“ Es müsse von Anfang an ein klares Ausstiegsdatum geben. Zudem forderte er einen Fokus auf die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen „anstatt neuer bürokratischer Fesseln“.

Wirtschaftswoche vom 10.05.2023

Die Präsidentin des Wirtschaftsrats Astrid Hamker glaubt nicht, dass der Mangel an **Fach- und Arbeitskräften** in Deutschland mit dem verstärkten Zuzug von Migranten gelindert werden kann. Dafür gibt es andere Möglichkeiten, sagte sie in einem Interview mit der WirtschaftsWoche mit Blick auf den Migrationsgipfel von Bund und Ländern. Es müssen etwa die Anreize für die Aufnahme von Arbeit erhöht werden, forderte Astrid Hamker.

The Pioneer am 12.05.2023

Caroline Bosbach, Vorsitzende des Jungen Wirtschaftsrats, zog im Podcast eine gemischte Bilanz der Zeit von **Angela Merkel** als Kanzlerin. „Es war nicht alles schlecht, was sie gemacht hat.“ Bei den Themen Wirtschaft, Migration und Digitalisierung seien die Ergebnisse allerdings nicht zufriedenstellend gewesen.

Münchener Merkur am 16.05.2023

Generalsekretär Wolfgang Steiger sprach gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe von einem Alarmzeichen für die Zukunftsfähigkeit des **Bundeshaushaltes.** Er pochte auf das Einhalten der Schuldenbremse.

Das ***Handelsblatt*** am 21.05.2023

„Steuererhöhungen passen nicht zur DNA der CDU. Wir fordern **Steuersenkungen**“, sagte Präsidentin Astrid Hamker im Interview. „Natürlich sehen wir die Schuldenlast des Staates, wir sehen aber auch die hohen Ausgaben: Nehmen Sie nur die unzähligen Subventionen oder die immer neuen Stellen beim Staat. Und bei der Transformation frage ich mich: Warum wird nicht privates Kapital mobilisiert? Der Staat kann und muss nicht alles machen!“

Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** schrieb am 22.05.2023

„Die Ampel hat sich mit dem Bürgergeld, der Kindergrundsicherung und der Väterauszeit einige Kamellen aus der Mottenkiste der Verteilungsideologie vorgenommen“, sagte Wolfgang Steiger im Interview. „Dazu kommt die politisch motivierte Erhöhung des **Mindestlohnes** und der Versuch, Stimmung für eine weitere kräftige Erhöhung durch die Kommission zu machen. Stattdessen sollte die Bundesregierung Arbeitnehmer lieber entlasten, indem sie den Grundfreibetrag erhöht. Davon hätten alle arbeitenden Bürger etwas.“

Fuldaer Zeitung am 04.08.2023

„Entweder machen wir neue Schulden oder wir haben keine Industrie mehr“ – drohte Bundesminister Robert Habeck Bundesminister Christian Lindner. Diese Aussage vertauscht nicht nur Ursache und Wirkung, sondern ist eine Bankrotterklärung für die deutsche **Wirtschaftspolitik**. Sie suggeriert, dass Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit nur entstehen, wo der Staat Milliarden überreicht. Aber beides lässt sich nicht herbeisubventionieren, warnte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Börsen-Zeitung am 08.08.2023

Generalsekretär Wolfgang Steiger kritisiert in einem Namensbeitrag die **Haushalts- und Finanzplanung** der Bundesregierung. Sie ließen von einer „Zeitenwende“ nichts erkennen. So werde zum einen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO verfehlt. Zum anderen werde auch der digitale Wandel nicht abgebildet.

Frankfurter Allgemeine Zeitung am 23.08.2023

In seinem Gastbeitrag kritisiert Generalsekretär Wolfgang Steiger die Perspektivlosigkeit der **Mittelschicht** eigenes Vermögen aufzubauen, hervorgerufen durch steigende Kosten, hohe Abgaben und eine unfaire Verteilungspolitik. Der Staat verliere die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung aus dem Blick und verfolge stattdessen Partikularinteressen und ideologische Ziele. Es brauche eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

©Klaus Suttmann

Zahlen des Quartals

23,8

Die Zahl der **Insolvenzen** ist im Juli deutlich gestiegen: Nach ersten Schätzungen lagen sie im Juli 23,8 Prozent über denen des Vorjahresmonats. Schon im Juni hatte der Wert um 13,9 Prozent zugenommen. Besonders stark betroffen: Die Verkehrs- und Logistikbranche.

Quelle: Statistisches Bundesamt

57.214

Seit fünf Jahren ist die Zahl der **Patentanmeldungen** in Deutschland rückläufig und von 2021 auf 2022 um 2,3 Prozent gefallen, gegenüber 2017 sind es jedoch 15,7 Prozent. Trotzdem stehen deutsche Wirtschaft und Erfinder im internationalen Vergleich noch gut da – Tendenz allerdings sinkend. Wettbewerber holen im internationalen Vergleich auf – besonders in Zukunftsbranchen.

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

4

Ärzte verlangen angesichts von **Inflation und steigenden Lohnkosten** in den laufenden Honorarverhandlungen mehr als zehn Prozent mehr. Das wären rund vier Milliarden Euro, die die ohnehin schon unter Druck stehenden gesetzlichen Krankenkassen nicht haben.

Quelle: Handelsblatt

-0,3

Deutschlands **Wachstumsprognose** für 2023 lautet minus 0,3 Prozent. China wächst mit sechs, die USA mit zwei Prozent, die EU im Schnitt um ein Prozent.

Quelle: Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW)

7.000.000.000

In Meseberg hat sich die Ampel-Koalition nach dem Streit zwischen Bundesfamilienministerin und Bundesfinanzminister nun auf ein mehr als sieben Milliarden Euro **Wachstums-Chancen-Gesetz** verständigt, das die **Wirtschaft entlasten** soll und auf eine Kindergrundsicherung von 2,4 Milliarden pro Jahr – Tendenz steigend.

Quelle: Welt

9.200.000.000

Das **Heizungsgesetz** wird Bürger und Wirtschaft, aber auch Bund, Länder und Gemeinden in zweistelliger Milliardenhöhe belasten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klima schätzt die Kosten für Bürger bis 2028 jährlich auf 9,157 Milliarden Euro, ab 2029 auf 5,039 Milliarden. Dem gegenüber stehen Ersparnisse von 11,125 Milliarden Euro in 18 Jahren. Die Wirtschaft muss bis 2028 geschätzt 2,7 Milliarden Euro pro Jahr tragen, danach 2,5 Milliarden Euro. Die Einsparungen über 18 Jahre liegen bei acht Milliarden.

Quelle: Handelsblatt

27,6

Der jahrelange Bauboom von **Wohnungen** ist mit dem Zinsenanstieg und den Preisen von Baumaterialien jäh abgebrochen. Im ersten Halbjahr wurden 135.200 Baugenehmigungen erteilt, das sind 27,2 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2022.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Friendly fire

Erinnern Sie sich an eine alte SPD-Krankheit: Sozialdemokraten waren über Jahrzehnte Experten darin, ihre Parteivorsitzenden sturmreif zu schießen. Eine „Spitze“ in einem Interview da, ein vertraulicher Spin „aus Parteikreisen“ in einem Hintergrundkreis mit Hauptstadtjournalisten dort – und heute noch ein schneller Tweet hier. Acht SPD-Vorsitzende seit Gerhard Schröder wurden so verschlissen. Juso-Kampagnen und andere linke Flügelvertreter gegen Gabriel, Nahles & Schulz liefen vor allem über Social Media. Über Twitter – nach Umbenennung heute X – hebelten nicht nur parteiinterne Gegner kräftig mit, sondern auch Anhänger anderer Parteien schütteten ihre Häme über die SPD aus. Viele Tweets schafften es in die Berichterstattung der konventionellen Medien. Inzwischen hat sich die SPD auskuriert: Mit der neuen Einigkeit zwischen Parteilinken und Olaf Scholz, auch indem Kevin Kühnert vom Bock zum Gärtner umgeschult hat, konnten sie sogar das Kanzleramt zurückgewinnen. Nun scheint der Virus auf eine andere Partei übergesprungen zu sein: die CDU.

Ihr Spindoktor

Fotos: Jens Schicke; AdobeStock©Kiattisak; ©Daniel Ernst; ©sutthichai; ©M. Schuppich; ©bluedesign; ©Claudia Ayuso; Fotolia.com©psdesign1

WIRTSCHAFTSRAT
Deutschland

WirtschaftsratExklusiv ist mehr als nur ein Mitgliederausweis.

Freuen Sie sich auch in diesem Jahr über vielfältige Angebote unserer langjährigen Kooperationspartner:

- Mindspace
- Business-Clubs:
  - Airport Club Frankfurt
  - Industrie-Club Düsseldorf
  - ROTONDA Business Club Köln

sowie über viele weitere Möglichkeiten, die wir Ihnen im Laufe des Jahres 2023 offerieren werden.

quirion

Wir danken der Quirin Privatbank AG und ihrer digitalen Tochter quirion AG für ihre freundliche Unterstützung.

Neugierig geworden?
Entdecken Sie alle Informationen auf unserer Website.

Industriestandort Deutschland: Höchste Zeit für neue Perspektiven

Digitalisierung, Energiewende, Kosten … Die Herausforderungen an unsere Industrie sind komplex. Und so eng miteinander verknüpft, dass es längst nicht mehr ausreicht, nach und nach an ein paar Stellschrauben zu drehen. Es ist Zeit, strategische Neuausrichtung neu zu denken, an vielen Punkten gleichzeitig anzusetzen und gewohnte Prozesse radikal zu verändern. Vertrauen Sie auf einen Partner, der Sie vom strategischen Konzept bis hin zur nachhaltigen Realisierung begleitet – mit mutigen Ideen, Lösungen von Menschen für Menschen und der Unterstützung wegweisender Technologie. Lassen Sie uns gemeinsam die richtigen Antworten finden. Jetzt.

www.pwc.de/industrielle-produktion

pwc

strategy&
Part of the PwC network

© 2023 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„PwC“ bezieht sich auf die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.